

## Sozialraum ist die Antwort Was war nochmals die Frage?

Matthias Drilling, Patrick Oehler & Olaf Schnur  
Über den emanzipatorisch-utopischen Gehalt von Sozialraumorientierung

Sebastian Dirks, Fabian Kessl & Kristina Schulz  
(Re)Produktion von (Un)Ordnung im öffentlichen Raum

Friedemann Affolderbach  
Gemeinwesen und Sozialraum im Spannungsfeld von Rechtsextremismus –  
Gemeinwesenorientierte Beratungsarbeit Mobiler Beratungsteams

Philipp Mattern & Matthias Lindner  
Warum Bildungslandschaften? Einige Überlegungen zu Form und Funktion  
einer eigenartigen Figur

Klaus Engelberty  
Der lange Weg zur Sozialraumorientierung – Unterschiedliche Sichtweisen  
beim Umstrukturierungsprozess

Forum

Albert Scherr  
Was leisten Sozialpolitik und Soziale Arbeit in wohlfahrtsstaatlich verfassten  
Nationalgesellschaften? Eine Replik

Bill Hughes  
Zivilisierung und ontologische Invalidierung von Menschen  
mit Behinderung – Teil I

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

AG Kritische Bildungsarbeit junge GEW Berlin  
Die kritische Schreibwerkstatt



# Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

35. Jahrgang, Dezember 2015

Herausgegeben vom Widersprüche e.V.

Verein für kritische Analyse und Bildung im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich

**Redaktion:** Manfred Kappeler, Friedel Schürte (Berlin); Christof Beckmann, Holger Ziegler (Bielefeld); Henning Schmidt-Semisch (Bremen); Friedemann Affolderbach, Uwe Hirschfeld (Dresden); Fabian Kessl (Essen); Karl August Chassé, Helga Cremer-Schäfer, Kirsten Huckenbeck (Frankfurt); Frank Düchting, Timm Kunstreich (V.i.S.d.P.), Annita Kalpaka, Michael Lindenberg, Tilman Lutz, Barbara Rose, Wolfgang Völker, Heiner Zillmer (Hamburg); Dietlinde Gipsper (Hannover); Ellen Bareis, Thomas Wagner, Kerstin Herzog (Ludwigshafen); Joachim Weber (Mannheim); Maria Bitzan, Eberhard Bolay (Reutlingen); Günter Pabst (Schwalbach/Ts.); Holger Adam, Michael May, Arne Schäfer (Wiesbaden); Gertrud Oelerich, Andreas Schaar-schuch, Heinz Sünker (Wuppertal)..

Die Schwerpunkte der nächsten Nummern sind:

Widersprüche 136 Leben auf Raten (Juni 2015)

Widersprüche 137 Das Kommune: von Commons, Gemeingütern und sozialer Infrastruktur (September 2015)

Widersprüche 138 Mobilitäten: Wider den Zwang, sesshaft oder mobil sein zu müssen

Die **Widersprüche** erscheinen regelmäßig mit vier Nummern im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 520 Seiten. Einzelheft € 15,00, Jahresabonnement € 42,00; StudentInnen-abonnement (Studienbescheinigung beilegen) € 27,00; Preise jeweils zzgl. Versand. Das Abonnement kann mit einer Frist von acht Wochen zum Jahresende schriftlich gekündigt werden.

**Hinweis der Redaktion:** Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Manuskripte zur Veröffentlichung nimmt die Redaktion gerne entgegen. Für eingesandtes Material wird keine Haftung übernommen.

**Redaktionsadresse:** Widersprüche, Nicoletta Rapetti c/o Redaktion express/AFP e.V., Nidda-straße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel.: (0 69) 67 99 84, E-Mail: widersprueche@gmx.de

**Verlagsadresse:** Verlag Westfälisches Dampfboot, Hafenweg 26a, 48155 Münster, Tel.: (02 51) 39 00 48-0, FAX (02 51) 39 00 48 50, E-Mail: info@dampfboot-verlag.de, Internet: <http://www.dampfboot-verlag.de>

**Vertrieb an Einzelkunden:** Germinal GmbH, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 4 17 00, E-Mail: bestellservice@germinal.de

**Vertrieb an Institutionen/Buchhandlungen:** Prolit Verlagsauslieferung, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 9 43 93 33, Fax: +49 (0) 641 / 9 43 93 39, E-Mail: R.Eckert@prolit.de

© 2015 Verlag Westfälisches Dampfboot. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten  
Druck und Bindung: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz  
ISSN 0721-8834 ISBN 978-3-89691-995-3

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

# Widersprüche

135



Knochenbrüche  
Z'sammenbrüche  
Bibelsprüche  
Lehrerflüche  
Mutters Küche  
sind 'ne Menge  
Widersprüche  
(Volksmund)

## Sozialraum ist die Antwort Was war nochmals die Frage?

Zu diesem Heft.....3

### Schwerpunkt

*Matthias Drilling, Patrick Oehler & Olaf Schnur*

Über den emanzipatorisch-utopischen Gehalt von Sozialraumorientierung. .... 21

*Sebastian Dirks, Fabian Kessl & Kristina Schulz*

(Re)Produktion von (Un)Ordnung im öffentlichen Raum ..... 41

*Friedemann Affolderbach*

Gemeinwesen und Sozialraum im Spannungsfeld von Rechtsextremismus –  
Gemeinwesenorientierte Beratungsarbeit Mobiler Beratungsteams ..... 63

*Philipp Mattern & Matthias Lindner*

Warum Bildungslandschaften? Einige Überlegungen zu Form und  
Funktion einer eigenartigen Figur. .... 81

*Klaus Engelberty*

Der lange Weg zur Sozialraumorientierung – Unterschiedliche Sichtweisen  
beim Umstrukturierungsprozess..... 97

## Forum

*Albert Scherr*

Was leisten Sozialpolitik und Soziale Arbeit in wohlfahrtsstaatlich verfassten Nationalgesellschaften? Eine Replik ..... 115

*Bill Hughes*

Zivilisierung und ontologische Invalidierung von Menschen mit Behinderung – Teil I ..... 121

## Rezensionen

*Michael May*

Reproduktion, Subjektivität und der Staat  
Über: *Mechthild Bereswill, Carmen Figlestahler, Lisa Yashodhara Haller, Marko Perels, Franz Zahradnik (Hg.) 2012: Wechselverhältnisse im Wohlfahrtsstaat. Dynamiken gesellschaftlicher Justierungsprozesse, Westfälisches Dampfboot Münster* ..... 133

## Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

*AG Kritische Bildungsarbeit junge GEW Berlin*

Die kritische Schreibwerkstatt ..... 143

Bildnachweise

Fotos im Innenteil: © Walburga Freitag, Bielefeld

## Zu diesem Heft

Von einem 'turn' wird in der Wissenschaftsgeschichte üblicherweise erst dann gesprochen, „wenn der neue Forschungsfokus von der Gegenstandsebene neuartiger Untersuchungsfelder auf die Ebene von Analysekategorien und Konzepten 'umschlägt', wenn er also nicht mehr nur neue Erkenntnisobjekte ausweist, sondern selbst zum Erkenntnismedium und -medium wird“ (Bachmann-Medick 2006: 26). In Auseinandersetzung mit dem „Spannungsverhältnis zwischen Auflösung und Wiederkehr des Raumes“ (ebd.: 288) wurde in den 1990er und frühen 2000er Jahren ein qualitativer Sprung hin zu einem „spatial turn“ diagnostiziert, indem in vielen Wissenschaftsdisziplinen „das Denken selbst raumbezogen wird und in ein methodisches Verfahren der Spatialisierung“ (ebd.: 303) übergeht. Dieser „spatial turn“ in den Gesellschafts-, Sozial- und Kulturwissenschaften scheint inzwischen vollzogen.

Der Raum ist also die Antwort. Doch was war nochmals die Frage? Dieser Frage an den spatial turn insgesamt stellen sich die Beiträge im vorliegenden Widersprüche-Schwerpunkt mit Blick auf sozialräumliche Aspekte: Auf welche Fragen verheißen sozialraumbezogene Analysen und Begriffsbildungen eine Antwort? Anlass für diese Vergewisserung ist der Sachverhalt, dass in unterschiedlichen Forschungs- (z.B. Sozialpädagogik, Stadtsoziologie oder Geografie) wie Handlungsfeldern (z.B. Kinder- und Jugendhilfe, Stadtplanung oder Architektur), aber auch innerhalb dieser Felder, unter der angeblichen gleichen Antwort – „Sozialraum“ – ganz unterschiedliche Fragen bearbeitet werden – und damit verbundene Interessen bedient werden.

So konnte trotz all der Rede von einem „spatial turn“ die disziplinäre Arbeitsteilung, wonach sich in bestimmten Denktraditionen in der Soziologie einerseits und in der Humangeographie andererseits Tendenzen herausgebildet haben, die den Gegenstand der eigenen Wissenschaftsdisziplin durch den isolierenden Bezug der Beschäftigung entweder mit dem Sozialen (Soziologie) oder mit dem Räumlichen (Humangeographie) zu profilieren versucht haben, nicht gänzlich überwunden werden. Dominiert in dieser Weise die Frage nach dem Sozialen das Erkenntnisinteresse, bleibt bei der Antwort „Sozialraum“ immer wieder die räumliche Dimension unterbestimmt, wie umgekehrt bei einer stark räumlich

ausgerichteten Fragestellung die soziale Dimension tendenziell unterbelichtet bleibt.

Beispielhaft für Letzteres „zielte die traditionelle Geographie bis in die 1960er Jahre auf die Identifizierung und Beschreibung von Räumen, die als gegebene, wesentliche Ganzheiten gedacht wurden. Aufgebrochen wurde dieses Paradigma im Kontext der quantitativen Revolution mit der Hinwendung zu raumwissenschaftlichen Ansätzen“ (Glazze/Mattisek 2009: 39). Trotz ihres Anspruches, „Gesetzmäßigkeiten der räumlichen Organisation gesellschaftlicher Prozesse und Strukturen heraus[zu]arbeiten“ (ebd.: 40) tendier(t)en jedoch auch diese raumwissenschaftlich orientierten Arbeiten – selbst wenn sie sich auf Begriffe wie Sozialraum oder vergleichbare stützten – „vielfach dazu, die Räume zu verdinglichen, die sie selbst auf der Basis der quantitativen Sozialforschung konstruiert haben“ (ebd.). Und gerade solche disziplinären Ansätze stellen bis heute ganz zentral die analytische Basis für Konzepte der Sozialraumorientierung in den Handlungsfeldern von Sozialplanung, Sozialadministration oder Sozialer Arbeit da. Bearbeitet werden hier aber teilweise sehr unterschiedliche Fragen, wie die Schwerpunktbeiträge unseres Heftes verdeutlichen.

Richtungsweisend für forschersichere Ansätze der Klassifizierung von Gebietseinheiten wurde für die Bildungs- und Sozialplanung der Bundesrepublik das „Soziotopen“-Konzept der Gruppe um Tino Bargel. Auf der Basis solcher Merkmale der amtlichen Statistik – wie z.B. Berufsstruktur, Bildungsstand der erwachsenen Bevölkerung, Verteilung der Heranwachsenden auf Schularten, Ausländeranteil (vgl. Kuthe et al. 1979: 41-55) – hat diese acht Typen städtischer sowie sechs Typen ländlicher „Soziotope“ als „abgrenzbare sozial-ökologische Einheiten“ (ebd.: 29) herausdestilliert, „in denen jeweils spezifische Bündel von Faktoren jeweils andersartige Grundmuster sozialer Situationen und Probleme erzeugen“ (ebd.) würden. Mit ihrem „Soziotopen“-Konzept versuchten sie also eine statistisch faktorenanalytische Antwort zu geben auf die Frage nach idealtypisch in ihren sozialisatorischen Qualitäten zu unterscheidenden sozial-ökologischen Räumen.

Indem sie aber den von ihnen interferenzstatistisch ermittelten „Soziotopen“ unterschiedliche sozialisatorische Qualität zusprechen, unterstellen sie in einem ökologischen Fehlschluss Kompositionseffekte solch bestimmter Faktorenbündel von Variablen als Wirkungen dieses Gebietes im Sinne eines Kontexteffektes (vgl. Häußermann 2007). Empirisch lassen sich Kontexteffekte jedoch nur durch den Umkehrschluss eines „durch sozioökonomische Faktoren nicht erkläraren Rest von Varianz“ (ebd.: 236 f.) bestimmen. Und selbst dann ist noch nicht klar, wie

ein gebietsspezifischer, sozialökologischer ‚Kontext‘ tatsächlich wirkt und welche Mechanismen dabei am Werk sind [...]. Dazu bedarf es plausibler Theorien und auch genauerer Analysen mit qualitativen Methoden“ (ebd.: 235).

Solche Theorien und Analysen wurden schon durch die Sozialökologie der Chicagoer Schule zu entwickeln versucht. Ihr Begriff von Sozialraum als „Habitat“ bzw. „homogenes Gebiet“ war von ihr als Antwort auf die Frage nach der wohlgeordneten und wechselseitig vorteilhaften Balance unterschiedlicher soziokultureller Bevölkerungsgruppen konzipiert in Übertragung des Symbiose-Konzeptes der Ökologie auch für den „Organismus“ Stadt. Eine solche „Untersuchung von Entwicklung und Form der Gesellschaftsstruktur, wie sie unter den verschiedenen Umweltbedingungen anzutreffen ist“ (Hawley 1974: 122), übersieht jedoch, dass diese „Umweltbedingungen“ immer schon Produkt gesellschaftlicher Praxen und Konflikte sind. Vor dem Hintergrund, dass so „die spezifischen Formen städtischer Milieus [...] als gesellschaftliche Produkte verstanden werden“ (Castells 1977: 107) müssen, hat Manuel Castells dann auch schon in den 1970er Jahren gefordert, „die Verbindung Raum-Gesellschaft“ (ebd.) zu einer Forschungsfrage zu erheben, anstatt aus ihr – im Sinne: ‚Sozialraum ist die Antwort‘ – „einen Angelpunkt für die Interpretation der Unterschiede im sozialen Leben zu machen“ (ebd.: 107).

Wenn Castells vor diesem Hintergrund grundsätzlich in Frage stellt, „ob es Wohnsiedlungen gibt, die unter ökologischen Gesichtspunkten derart fest umrissen sind, daß sie eine Aufteilung der Siedlung in Untereinheiten mit wirklich spezifischer Eigenart zulassen“ (1977: 96), dann trifft diese Kritik auch nimmermüde Forderungen nach einer „klugen Zuschneidung“ (Hinte 2005: 549) administrativer Steuerungs- und Planungsräume. Derartige Forderungen tappen regelmäßig in die Falle ökologischer Fehlschlüsse, weil z.B. ein Stadtteil zur Maßstabsgröße einer scheinbar einheitlichen Bevölkerungseinheit wird (z.B. Kategorisierung als ‚benachteiligte Stadtteile‘).

Begründete und nicht nur programmatische Varianten des Sozialraumbezugs argumentieren in diesem Kontext stattdessen für eine handlungstheoretische Bestimmung von Sozialräumen: So argumentiert Christian Reutlinger (2007: 104) für das Feld der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Sozialen Arbeit insgesamt, der soziale Raum solle „von den Konstitutionsleistungen bzw. Handlungen des dynamischen Subjekts her (aufgeschlossen werden)“. Das mache aber auch eine Erweiterung soziologischer und raumsoziologischer Diskussionen notwendig. Zwar werde in soziologischen Diskussionen in jüngerer Zeit an der Erkenntnis angesetzt, dass alle Räume soziale – weil von Menschen konstituierte – Räume seien. Das geschehe aber „ohne (...) der Frage der Qualität bzw. der Frage der Entwicklung nachzugehen“ (ebd.: 103). Allerdings wäre zu klären, wie Reutlin-

gers – mit Hilfe von „Bewältigungskarten“ erhobener – Sozialraum ebenso wie Martina Löws (2001) raumtheoretischer Begriff von „Syntheseleistung“ eine wahrnehmungsgeographische Verkürzung vermeiden kann. Als entscheidend erweist sich insgesamt die Dimension der widersprüchlichen und konflikthaften gesellschaftlichen Produktionsprozesse sozialer Räume und ihres Verhältnisses zu anderen gesellschaftlichen Produktionsprozessen, wie sie neben Castells nicht zuletzt Henri Lefebvre schon seit den 1970er Jahren verfolgt hat.

Raumdimensionen systematisch in die Gesellschaftsanalyse zu integrieren, ist jedoch auch von soziologischer Seite bisher nur bedingt realisiert worden. Zwar gründete die „sozialwissenschaftliche Theoriebildung im 20. Jahrhundert“ (Pries 2010: 150) auf einem Begriff von Gesellschaften, mit dem diese „mehrheitlich als nationalstaatlich in jeweils zusammenhängende Territorien eingefasste und relativ dichte und dauerhafte Sozialverbände konzipiert“ (ebd.: 151) wurden. Und im Unterschied zu den Klassikern der Soziologie, wie Marx und Weber, prägte dieser „methodologische Nationalismus“ – wie Ulrich Beck (2008) in seinem Eröffnungsvortrag zum Soziologentag 2008 kritisch hervorhob – auch die Ungleichheitsforschung des 20. Jahrhunderts. Allerdings wurde dessen räumliche Dimension – vor allem in ihren Beschränkungen – gerade nicht systematisch reflektiert.

Ohne Zweifel hat Pierre Bourdieu der Ungleichheitsforschung und Gesellschaftstheorie – nicht zuletzt in Überwindung jenes „methodologischen Nationalismus“ – bedeutende Anstöße gegeben und dabei einen ganz neuen Begriff des „sozialen Raumes“ geprägt. Als Antwort auf die Frage nach der Hierarchisierung soziokultureller Unterschiede in einer Gesellschaft und deren Gründen, konstruiert er rein epistemologisch den „sozialen Raum“ auf einem gedachten Tableau quasi topologisch als relationale Anordnung von Menschen und Gruppen entsprechend des Volumens und der jeweiligen Kombination verschiedener von ihm heuristisch unterschiedenen Kapitalarten. Bourdieu sieht aufgrund entsprechender Verteilungs- und Kombinationsmuster der Kapitalsorten – vor allem des kulturellen und sozialen Kapitals – auch territoriale Konzentrationen von Menschen ähnlicher „Lebensstile“ entstehen. Bourdieu geht in diesem Zusammenhang davon aus, dass ein spezifischer, sich auch in einer „körperlichen Seinsweise“ niederschlagender Habitus als „System dauerhafter Dispositionen“ (1979: 143) von entsprechenden Wahrnehmungs-, Beurteilungs- und Handlungsmustern auch entsprechende „Habitate“ als ebenso spezifisch geprägte kulturell und sozial geschlossene Wohnquartiere hervorbringe (vgl. 1991: 32). Umgekehrt könnten nur auf der Grundlage dessen, dass unterschiedliche Existenzbedingungen auch unterschiedliche Formen des Habitus hervorbrächten, die von einem bestimmten

Habitus erzeugten Praxisformen sich als Ausdruck jener Unterschiede erweisen, die – „von den Akteuren mit den erforderlichen Wahrnehmungs- und Beurteilungsschemata zum Erkennen, Interpretieren und Bewerten der relevanten Merkmale wahrgenommen“ (1982: 279) – dann als „Lebensstile“ fungierten und sich auch in entsprechenden „Habitaten“ Ausdruck verliehen. Physische Orte als verobjektivierter sozialer Raum versucht er so als Ergebnis des Verteilungskampfes unterschiedlicher Akteure mit unterschiedlichen Chancen der Aneignung zu analysieren.

Der als Habitat physisch verobjektivierte soziale Raum fungiert so für Bourdieu als Antwort auf die Frage, wie die für einen spezifischen soziokulturellen und sozialräumlichen Kontext konstitutiven Strukturen einen bestimmten Habitus erzeugen, so dass die vom Habitus hervorgebrachten Praxisformen und Praktiken durch die vergangenen Bedingungen, auf die sich diese richteten, dann in der Weise determiniert werden, dass sie die Tendenz aufweisen, die objektiven Bedingungen, deren Produkt sie in letzter Konsequenz sind, auch sozialräumlich zu reproduzieren. Zwar unterscheidet sich die dialektische Ausrichtung der Frage deutlich von jener der Chicago School nach der wohlgeordneten und wechselseitig vorteilhaften Balance unterschiedlicher soziokultureller Bevölkerungsgruppen. Ähnlich wie dem Habitat-Begriff der Chicago-School weist jedoch auch Bourdieus Entsprechung zwischen Habitus und Habitat einen gewissen Funktionalismus auf.

Dass ein funktionalistischer Zugang auch gänzlich ohne räumliche Dimension auskommen kann, zeigt in kaum zu übertreffender Weise die Luhmann'sche Systemtheorie, in der „alles Materielle und Räumliche“ – wie Ludger Pries (2006: 25) etwas polemisch vermerkt – geradezu „per definitionem aus dem soziologischen Fokus“ (ebd.) herauszufallen scheinen. Luhmann könne „den Gesellschaftsbegriff in seinen flächenextensionalen Aspekten nur so weit (auf den gesamten Globus) ausdehnen, weil er ihn gleichzeitig inhaltlich extrem stark einschränkt, nämlich auf 'alle Kommunikationen'“ (Pries 2010: 151). Offensichtlich benötigen Luhmanns Fragen nach sozialer Evolution wie gesellschaftlichen Funktionszusammenhängen keine sozialräumliche Antwort.

Während auch in anderen Gesellschaftsdiagnosen und -theorien, die sehr stark auf Prozesse der Enträumlichung im Zuge von Globalisierung und digitaler Virtualisierung abheben, sich die Raumdimension des Sozialen gleichsam zu verflüchtigen scheint, deuten sich in Begriffen wie Transnationalismus (vgl. Pries 2010), Glocalisation (vgl. Robertson 1998) oder Politics of Scale (vgl. Wissen/Röttger/Heeg 2008) andere paradigmatische Weiterentwicklungen der Antwort auf die Frage des Verhältnisses von Räumlichem und Sozialem an. Diesen zufolge verliert das Räumliche durch Globalisierung nicht seine Bedeutung.

So bleibt auch unter transnationalistischer Perspektive im Blick, dass sich Subjekte „immer noch in einer konkreten Umwelt verorten“ (Lutz/Schwalgin 2006: 100f.) müssen und sich „weiterhin in einem Feld heteronomer Möglichkeitsräume“ (ebd.) bewegen, wo ihre Handlungsfähigkeit multiplen Begrenzungen unterliegen „durch an einem jeweils spezifischen Ort wirksame Regelungen, etwa von Einreise- oder Zulassungsbegrenzungen, (institutionellen) Rassismen etc. sowie von individuellen und kollektiven Differenzfaktoren (Gender, Ethnizität, Klasse, Nationalität etc.)“ (ebd.). Allerdings gründet der Transnationalismus – wie Pries (vgl. 2003: 27) betont – auf einer „relativen Raumvorstellung“ (ebd.) von einem „pluri-lokalen transnationalen Sozialraum“ (ebd.). „Als relativ dichtes und dauerhaftes relationales Anordnungsgefüge von alltagsweltlichen sozialen Praktiken sowie von ihm konstituierenden spezifischen Symbolsystemen und Artefaktstrukturen“ (ebd.) verteile sich dieser auf „mehrere (geographisch-physische) Flächenräume in unterschiedlichen ‘Container-Gesellschaften’“ (ebd.).

Über die im Transnationalismus im Vordergrund stehende Frage der Organisation von Migration durch die Betroffenen hinaus, auf die der vor allem von Pries vorgeschlagene Sozialraumbegriff eine Antwort versucht, stellt die Glocalisation-Perspektive „die Beziehungen zwischen an bestimmte locales als Orte oder Plätze gebundenen Ereignissen, Ursachen oder Folgewirkungen einerseits und globalen, omnipräsenten Ereignissen, Ursachen oder Folgewirkungen andererseits in den Mittelpunkt der Betrachtung“ (Pries 2003: 24). Daran anschließend wird unter der Perspektive „politics of scale“ das dialektische Zusammenspiel zwischen jenem dem Kapitalismus eigenen Streben nach „Raum-Zeit-Kompression“ (Harvey 1994) und der andauernden (Re-)Produktion von relativ dauerhaften, unbeweglichen räumlichen Konfigurationen und Regulationen analysiert. Globalisierung wird dabei „als Reterritorialisierung sowohl sozio-ökonomischer als auch politisch-institutioneller Räume verstanden, die sich gleichzeitig auf mehreren, sich gegenseitig überlappenden geographischen Ebenen (scales) entfaltet“ (Brenner 1997: 8). Deren Verhältnis muss „gleichermaßen als Voraussetzung, Medium und Ergebnis dieses in hohem Maße widersprüchlichen globalen Neuordnungsprozesses“ (Brenner 1997: 8) analysiert werden, in dem sich die Beziehungen und Gewichtungen zwischen den verschiedenen Ebenen politischer und wirtschaftlicher Organisation (lokal, regional, national, makro-regional, global) verändern.

Röttger/Wissen zufolge dominiert dabei „die Logik des Standortes [...]“ zunehmend die Logik der sozialen Dimension des lokalen Staates und gewinnt in der dramatischen Zunahme sozialräumlicher Polarisierungen Gestalt, die zugleich herrschaftlich für die Durchsetzung neuer Regulationsprozesse verwendet werden“ (2005: 220). Entsprechend entpuppten sich auch die praktizierten Formen

von Governance mehr und mehr „als eine neue Qualität der Entstaatlichung/Ökonomisierung“ (ebd.: 212) in „Abkehr von partizipationsorientierten und demokratisch legitimierten Prozessen der Lokalisierung/Regionalisierung“ (ebd.). Auf diese Weise sehen sie sich zwei Dynamiken überlagern: „zum einen Veränderungen in den Beziehungen von Staat, Ökonomie und Gesellschaft, die neue Formen lokaler/regionaler Governance, neue Formen politischer Repräsentation sowie neuartige Identifikationsangebote generieren; zum anderen Veränderungen in den Beziehungen und Gewichtungen zwischen den verschiedenen Ebenen politischer und wirtschaftlicher Organisation und der auf ihnen handelnden Akteure [...], durch die soziale Konflikte und Kompromisse strategisch selektiert werden“ (ebd.).

Unter der regulationstheoretisch inspirierten Perspektive „politics of scale“ kann so neben der „räumliche[n] Restrukturierung von Politik und politischer Auseinandersetzung innerhalb des Territorialstaates selbst“ (Brenner 1997: 22), auch „die konflikthafte Konstruktion räumlicher Hierarchien und deren strukturierende Wirkung auf soziales Handeln“ (Röttger/Wissen 2005: 219) in den Blick genommen werden. Ja, es lassen sich bezüglich solcher „Konstruktionen“ dann unter politischer Perspektive auch Überlegungen anstellen, „inwieweit gesellschaftliche Widersprüche erfolgreich bearbeitet werden könnten bzw. inwieweit es subalternen Akteuren gelinge, diese Widersprüche zu politisieren und bestehende Machtverhältnisse herauszufordern“ (ebd.). Konkret analysiert wurden bisher jedoch vor allem „das sich dynamisch verändernde Artikulationsverhältnis von Ökonomie, Politik und Zivilgesellschaft, ihre jeweiligen Akteurskonstellationen und Bündnisse“ (ebd.: 220) im Hinblick darauf, „wer auf welcher Maßstabsebene was reguliert“ (ebd.: 218). In regulationstheoretischer Tradition konzentrierten sich die Untersuchungen dabei sehr stark auf Prozesse und Strategien der Konstitution eines hegemonialen Machtblockes. In der analytischen Terminologie von Henri Lefebvres Theorie der Raumproduktion konzentrieren sie sich damit auf die Ebene der „Repräsentation des Raumes“ (1991) als den herrschenden Raum in einer Gesellschaft bzw. einer Produktionsweise und seiner „Iso-Topien“ (vgl. Lefebvre 2003: 44), die als „homologe[] oder analoge[] Ort[e]“ (ebd.: 45) „an Hand von Bildern und Stadtplänen mehr oder weniger gut lesbar“ (ebd.: 44) sind. Kaum in den Blick genommen wurden hingegen gegenhegemoniale Raumproduktionen als – in Lefebvres Terminologie – Ansätze, sich „Räume der Repräsentation“ der eigenen Lebenserfahrung und Interessen in den „contrasting places“ (1991: 63) von „Hetero-Topien“ (2003: 44) zu schaffen, die sich konflikthaft zuspitzen können, „sofern man sich auf die Menschen bezieht, die den Ort besetzt haben“ (ebd.: 45).

Gleiches gilt auch für die Rezeption diskurs- und machtanalytischer Perspektiven (vgl. Belina/Dzudzek 2009) im sozialwissenschaftlichen Diskurs um Raum und Gesellschaft. Zwar operiert auch Foucault (1993) mit einem Begriff von Hetero-Topie. Dieser ist aber bei ihm als En- bzw. Exklave, in der eine Gesellschaft ihr Anderes ein- bzw. ausschließt, etwas anders als der von Lefebvre akzentuiert. Lefebvre (1991: 4) hat an Foucault nicht nur kritisiert, dass in seinen Arbeiten unklar bliebe, wie er die Kluft zwischen theoretisch-epistemologischen und dem praktischen Raum überbrücke. Seine Raumtheorie tendiere darüber hinaus zu einer entsubjektivierenden Re-Etablierung eines geschlossenen Raumes. Deshalb hat Lefebvre (ebd.: 163ff.; 2003: 44ff.) angemahnt, neben „Iso-“ und „Hetero-Topien“ auch „U-Topien“ als „objektive“ raumbezogene Möglichkeiten zu fokussieren, um in einer – die ursprünglich griechische Wortbedeutung als „Hebammenkunst“ sozial transformierenden – „mäeutischen“ Hervorbringungsarbeit in der Alltäglichkeit „anwesende“ Eigenschaften und Vermögen, die durch (intersektionale) Blockierungen vielfältigster Art in deren Wirklichkeit zugleich in dem Sinne „abwesend“ sind, dass sie sich darin bisher nicht angemessen verwirklichen können, vermittelt entsprechender Raumproduktionen zur Geltung zu bringen. Damit hat ein solch „U-Topische[s] [...] nichts mit dem imaginären Abstrakten gemein [...]. Es ist wirklich. Es ist im Herzen dieses Wirklichen, es ist die urbane Wirklichkeit, die selber nicht ohne dieses Ferment besteht“ (ebd.: 45).

Mit seiner These, dass „sozialpädagogisches Denken in pragmatischer Absicht“ (1988: 278) generell mit der Frage beginne, „wie ein Ort beschaffen sein muß, damit ein Subjekt an ihm leben und sich entwickeln kann, damit er auch als Lebensbedingung vom Subjekt kontrolliert wird“ (ebd.: 278f.), ist Michael Winklers Theorie der Sozialpädagogik daran unmittelbar anschlussfähig. Die durch ein derart motiviertes „sozialpädagogisches Ortshandeln“ geschaffenen Sozialräume stellen damit die im Sinne Lefebvres „U-Topische“ praktische Antwort auf diese Frage da. Zwar ist der historischen Rekonstruktion Winklers zufolge die Geschichte der Sozialpädagogik als Disziplin und Profession in dieser Weise von Beginn an zumindest implizit in ihrem „Denken selbst raumbezogen“ (Bachmann-Medick 2006: 303) und durch „ein methodisches Verfahren der Spatialisierung“ (ebd.) geprägt, wie es dann ein viertel Jahrtausend später zu einem Kriterium eines „spatial turn“ herangezogen wird. Der Wirklichkeit sozialpädagogischer Orte ist jedoch in dieser Geschichte, wie der Gegenwart, häufig wenig „U-Topisches“ im Sinne Lefebvres eigen gewesen. Vielmehr muss sie als Hetero-Topie häufig wohl eher im Sinne Foucaults, aber zumindest zum Teil auch im Lefebvres Widersprüche fokussierenden Verständnis von „Hetero-Topien“ analysiert werden. Doch wenn es gelingt, den „aufgeklärten“ Gehalt von Sozialpädagogik in all seinen „Bestim-

mungen und Momenten“ (ebd.: 51) zur Geltung zu bringen, vermögen solche sozialpädagogischen Orte sogar „u-topische“ Dimensionen im Sinne Lefebvres zu verwirklichen.

Winkler hat zugleich einen (selbst-)kritischen Maßstab geliefert, ob es sich bei den entsprechenden pädagogischen Orten um „Hetero-“ oder sogar „U-Topien“ im Sinne Lefebvres handelt oder aber um „Hetero-Topie“ im Sinne Foucaults. Solche Differenzierungen könnten auch hilfreich sein, um die im Sinne einer sozialpädagogischen Professionalisierung durchaus verständliche Interessengeleitetheit von Raumbezügen sozialpädagogischer Fachkräfte (vgl. z.B. Landhäuser 2009: Kap. 4.1.1) kritisch zu bearbeiten. Auch Fachkräfte nutzen „Raumbezüge auf der territorialen Ebene überwiegend dazu, die Probleme ihrer AdressatInnen zu beschreiben“ (ebd.: 105), wobei sie zum Teil auch auf entsprechende raumwissenschaftliche Ansätze, wie sie am Beispiel des Modells Bargel et al. skizziert wurden, zurückgreifen. Der entsprechende Begriff eines sozialisatorisch wirksamen Sozialraumes dient ihnen den Fachkräften wie den Trägerorganisationen in diesen Fällen also als Antwort auf die Frage nach dem Entstehungszusammenhang sozialer Probleme, deren Konsequenzen auf der Ebene von Lebenslagen und Lebensführung Soziale Arbeit zu bearbeiten hat oder im gelungenen Fall sogar abmildern kann: „Der pädagogische Raum, sei es jener zwischen AdressatInnen und Professionellen oder der Institution, dient (...) zur Verortung der Problemlösung“ (ebd.). Damit ist „Sozialraumorientierung“ hier eine vorschnelle Antwort auf die praktisch-methodische Frage der fachlichen Bearbeitung, da mit ihr eine professionelle, also situativ-adäquate Reaktion eher vermieden als ermöglicht wird.

Die Frage ist daher vielmehr, wie unter Berücksichtigung der Einsicht in die Gefahr der Einbindung sozialraumbezogener Strategien und Maßnahmen in die vorherrschende Gouvernementalität einer kleinräumigen „Territorialisierung des Sozialen“ (Kessl/Otto 2007), Fachkräfte wie Träger – aber gerade auch Fachpolitik – die bestehenden Interessenlagen und Herrschaftsverhältnisse in den Blick nehmen können, die sich hinter der vermeintlich gemeinsamen Antwort „Sozialraum“ verbergen. Diesen Zusammenhang einer gemeinsamen Reflexion zugänglich zu machen und dabei möglicherweise benachteiligende Folgen der jeweils verfolgten Interessenlagen für andere gesellschaftliche Interessensgruppen mit einzubeziehen, könnte so auch neue Koalitionen einer solidarischen Arbeit am Sozialen und dessen räumlichen Grundlagen eröffnen bzw. eines gesellschaftlichen Kampfes um eine auch räumlich gerechtere Verteilung von Ressourcen.

Hier sehen wir auch mit Blick auf die bisherigen Widersprüchen-Debatten durchaus Nachholbedarf: Zwar haben wir schon 1992 im Heft 44: „Armut in

Frankfurt“ lokale Sozialpolitik fokussiert und diesen Strang 1996 u.a. mit dem Heft 60: „Zur Krise der kommunalen Sozialpolitik“ noch einmal aufgenommen. Auch fand sich ein Jahr später im Sonderheft 66: „Gesellschaft ohne Klassen? Politik des Sozialen wider Ausgrenzung und Repression“ im Teil II. „Politik der Ausgrenzung“ ein Beitrag der Gruppe spaceLab mit dem Titel „Macht und Raum – Zu postfordistischen Territorial- und Kontrollstrategien“. Dabei ist es sicher gelungen, gemäß unserem Positionspapier „Verteidigen, Kritisieren und Überwinden zugleich! Alternative Sozialpolitik – Gegen Resignation und Wende“ (vgl. Heft 11/1984), sich, auch auf lokaler Ebene, kritisch mit den Widersprüchen der kompensatorischen, subsidiären wie auch legitimatorischen Funktion des Sozialstaates auseinanderzusetzen. Und in dieser Tradition steht auch Heft 82: „Raum-Effekte – Politische Strategien und kommunale Programmierung“ aus dem Jahr 2001. Zu diesem hatte uns jener Artikel der Gruppe spaceLab veranlasst – vor allem mit seiner Warnung, dass „sozialraumorientierte Aktivierungsstrategien“ Gefahr laufen, durch die Aufnötigung von „Entwicklungsprogrammen“ räumliche Segregationsprozesse erst ordnungspolitisch zu fixieren. Damals lagen nur wenige analytische Rekonstruktionsversuche vor, was denn die Fragen sind, auf die mit entsprechenden Sozialraum orientierten Konzepten und Strategien geantwortet wird, obwohl andererseits solche sozialraumorientierten, pragmatischen Antworten bereits in verschiedensten Projekten konzipiert und realisiert wurden – wenn auch auf höchst unterschiedliche Arten und Weisen, wie das Editorial vermerkt.

Schon allein durch die Titel wird jedoch deutlich, dass wir mit den Heften und ihren Beiträgen nur teilweise zu dem auf die subsidiäre Funktion zielenden „zweite[n] Strang: Gegen die ‘Hilfe-Herrschaft’-Logik – Produzenten-Sozialpolitik“ unseres Positionspapieres vorgedrungen sind. Mit diesem haben wir, ausgehend von den Erfahrungen der Arbeiter-Medizin und der Frauenhausarbeit, versucht, eine Strategie zu entwerfen, wie Betroffene nicht nur die Definitionsmacht darüber wiedererlangen können, was ihre sozialen Probleme sind, sondern auch in die Bedingungen einzugreifen vermögen, die diese Probleme verursachen. Das Heft 65: „Zur Politischen Produktivität von Gemeinwesenarbeit“ präsentiert dazu zwar Konzepte und reflektiert auch erste projektstudiumsbezogene Erfahrungen. Ansätze raumbezogener Sozialpolitiken der Produzierenden, in denen diese die Angelegenheiten ihres sozialen Lebens gleichermaßen selbstbestimmt wie solidarisch in die Hand nehmen, kamen dabei jedoch nicht in den Blick.

Ähnlich selbstkritisch äußerte sich die Gruppe spaceLab in ihrer Einleitung zum Schwerpunkt von Heft 78: „Fragmente städtischen Alltags“ unter dem Titel „Auf der Suche nach dem Subjekt“. So gesteht die Gruppe ein, dass sich die

Theoreme der Regulationsschule, mit denen sie bislang explizit oder implizit gearbeitet hatte, gerade was die Frage der handelnden Subjekte anbetraf, als nicht ausreichend erwiesen. Ebenso sei ihre Forderung, angesichts der „Krise der Stadt“ ein Verständnis des Sozialen zu entwickeln, das nicht nur als eine „Kultur der Probleme“ erscheint, sondern auch als Entfaltungs- und Möglichkeitsraum, eine Leerformel geblieben. Und so sind zumindest in diesem Heft 78 der Widersprüche, das maßgeblich von der Gruppe gestaltet wurde, erste Ansätze deutlich geworden, diese Blindstellen auszugleichen.

Mit unseren beiden Heften zu „Schöner Wohnen?“ haben wir dann mit unterschiedlichen Akzenten das Wohnen als gesellschaftliches und politisches Konfliktfeld in den Blick genommen, in dessen Zentrum mehr oder weniger offen das Problem steht, dass die waren- und marktformige Befriedigung des Grundbedürfnisses „Wohnen“ soziale Ungleichheiten nicht nur reproduziert, sondern auch verschärft. Die Beiträge des Heftes 121 mit dem Untertitel „Wohnungspolitik zwischen Markt und sozialer Daseinsvorsorge“ fokussieren diesbezüglich einerseits das Zusammenspiel von Marktfunktionen, politischen und sozialgesetzlichen Regelungen, Stadtentwicklungspolitiken, öffentlichen Diskursen und institutionellen Praktiken, die dazu führen, dass es Bevölkerungsgruppen mit schlechten Chancen auf dem Wohnungsmarkt oder gar keinem Zugang zu ihm gibt. Andererseits diskutieren sie die politische Frage, wie über staatliche Aktivitäten, über private Projekte, Eigentumserwerb oder Genossenschaften eine Dekommodifizierung gelingen kann, die dem Markt möglichst viele Wohnungen entzieht.

Im Heft 127 mit dem Untertitel „Wohnung, Wohnen und soziale Arbeit“ haben wir uns dann den sozialpolitischen Implikationen der Veränderungen des Wohnungsmarktes für spezielle Zielgruppen zugewandt und sind der Frage nachgegangen, ob und entsprechend wie der Wohlfahrtsstaat mit seinen Instrumenten auf diesem agieren kann. Dabei haben wir auch die Wohnung als Lebensort sowie Interventionsfeld sozialer Arbeit in ihrer Doppelheit von Hilfe und Herrschaft in den Blick genommen. Zwar konnte in diesem Zusammenhang auch das Spannungsfeld zwischen öffentlichen Interessen, normativen Vorstellungen der richtigen Lebensführung sowie Unterstützungswünschen und Schutzbedürfnissen von Personen in ihrer Wohnung als grundgesetzlich geschützter Privatsphäre fokussiert werden. Jedoch gelang es in beiden Heften nur bedingt zu einer Analyse der jeweils konkret verfolgten Interessen, von Interessenkonflikten und Koalitionsbildungen vorzudringen, die für die in beiden Heften immer auch mitverfolgte Suche nach (emanzipatorischen) Handlungsmöglichkeiten von professionellen wie nichtprofessionellen, staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren so bedeutsam ist.

Genau an diesem Punkt will das neue Heft einen Schwerpunkt setzen. Unter dem Titel „Sozialraum ist die Antwort. Was war nochmals die Frage?“ wollen wir die häufig gerade nicht explizierten heterogenen Interessen analysieren, die in sozialpolitischen, sozialadministrativen und sozialpädagogischen Projekten – mittlerweile aber auch im Bildungssektor – unter der anscheinend gemeinsamen Programmatik einer „Sozialraumorientierung“ verfolgt werden. Zugleich wollen wir damit auch „objektive Möglichkeiten“ zur Verwirklichung emanzipatorischer Potenziale in entsprechenden Arbeitsbündnissen und gegenhegemonialen politischen Projekten ausloten.

### Zu den Beiträgen im Einzelnen

In ihrem Beitrag „Über den emanzipatorisch-utopischen Gehalt von Sozialraumorientierung“ verfolgen *Matthias Drilling, Patrick Oehler und Olaf Schnur* diesen zurück bis hin zum Beginn Sozialer Arbeit in den Settlements, um dann die „Transformation emanzipativer Programmatiken“ in der Gemeinwesenarbeit und Alltags- und Lebensweltorientierung nachzuzeichnen. Gegenüber den „utopie- und bewegungslos“ gewordenen aktuellen Debatten um den Sozialraum entdecken sie im Vergleich der Positionen Jacques Rancières und Benjamin Barbers radikal-demokratische bzw. kommunitarische, dystopische bzw. utopische Fragmente, mit denen sie die „festgefahrenen“ Debatten in der Sozialen Arbeit zu öffnen beanspruchen.

*Sebastian Dirks, Fabian Kessl und Kristina Schulz* diskutieren in ihrem Beitrag die Beteiligung einer sozialraumbezogenen Sozialen Arbeit an der (Re)Produktion öffentlicher Ordnung. Ihre Überlegungen basieren auf zwei ethnographischen Fallstudien in zwei bundesdeutschen Großstädten. Hier wurden die alltäglichen räumlichen Praktiken von sozialpädagogischen Fachkräften in Einrichtungen der Sozialen Arbeit untersucht, die in Stadtentwicklungsprogramme eingebunden sind. Die Autor\_innen nehmen dabei eine raum(re)produktionstheoretische und praxeologische Perspektive ein. Soziale Arbeit erweist sich auf Basis ihrer Befunde als Akteurin im Prozess der Herstellung öffentlicher Ordnung.

In seinem Beitrag „Gemeinwesen und Sozialraum im Spannungsfeld von Rechtsextremismus – Gemeinwesenorientierte Beratungsarbeit Mobiler Beratungsteams“ zeigt *Friedemann Affolderbach*, wie die dabei vorgenommene Verortung von Sozialraum und Gemeinwesen als Territorium sich als Selbstbegrenzung und neue Form von „gouvernance“ erweist. Zudem zeichnet er nach, wie die in der Beratungsarbeit angelegte antirassistische Politik in Deutungsmustern und ideologischen Grenzziehungen von Rassismus und Kulturalismus gebrochen

wird. Vor diesem Hintergrund fordert er, das Lokale als sinnlich-kooperativen Zusammenhang zu denken.

Warum eine der zentralen Antworten auf bildungspolitische Fragen der Aufbau von kommunalen resp. regionalen Bildungslandschaften darstellen soll, fragen *Philipp Mattern und Matthias Lindner* in ihrem Beitrag. Sie wenden dabei ihren Blick von der Form auf die Funktion der Figur der Bildungslandschaften, die konzeptionell uneinheitlich bestimmt wird und teilweise auch unbestimmt bleibt. Das Erkenntnisinteresse von Mattern und Lindner gilt also der Frage, was die Prozesse und Herausforderungen sind, die Bildungslandschaften als Antwort so attraktiv machen. Ihre Analyse kann dabei deutlich machen, dass die Figur der Bildungslandschaften passgenau zur Neuprogrammierung und Restrukturierung von Bildung im veränderten wohlfahrtsstaatlichen Kontext ist.

*Klaus Engelberty* untersucht in seinem Beitrag „Der lange Weg zur Sozialraumorientierung – Unterschiedliche Sichtweisen beim Umstrukturierungsprozess“ den Change-Management-Prozess eines regionalen Wohlfahrtsverbandes weg von einer traditionell „versäulenden“ Struktur nach Fachgebieten hin zu einer Sozialraumorientierung, die sich auch organisatorisch in der Bildung entsprechender Sozialraumteams niederschlagen soll. Dabei analysiert er nicht nur, wie und mit welchen Strategien verschiedene Akteurskonstellationen ganz unterschiedliche Interessenlagen in diesem Prozess verfolgen. Es werden auch Verbindungen zu in bestimmten Arbeitsfeldern präferierten Methoden Sozialer Arbeit hergestellt und aufgezeigt, wie damit korrespondierende Professionsverständnisse durch den Umsteuerungsprozess auf Sozialraumorientierung in je eigener Weise tangiert werden.

Im Heft 134: „Inklusion – Versprechungen vom Ende der Ausgrenzung“ hat Norbert Wohlfahrt in seinem Beitrag „Vom ‘Klassenkompromiss‘ zur klassenlosen Staatsbürgergesellschaft? Zu einigen Widersprüchen einer ‘inkluisiven‘ Sozialpolitik“ die provozierende These vertreten, dass die systemtheoretische Unterscheidung von Inklusion und Exklusion einen normativen Maßstab und ein normatives Verständnis der Aufgaben Sozialer Arbeit voraussetzt oder impliziert. Darauf, wie auf Wohlfahrts dezidierte Kritik, dass „weder das Bildungswesen noch die Arbeitswelt oder der Zugang zu sozialen Leistungen [...] einem Prinzip von Einschluss oder Ausschluss“ folgen, reagiert *Albert Scherr* im Forum in seiner Replik „Was leisten Sozialpolitik und Soziale Arbeit in wohlfahrtsstaatlich verfassten Nationalgesellschaften?“

In Heft 134 war auch *Bill Hughes* mit einer sehr komprimierten Zusammenfassung seiner Theoretisierung der Ausschließung von Behinderung als

„Invalidierung“ vertreten. Wir hatten damals für das darauffolgende Heft eine Übersetzung seines ausführlicheren Beitrages „Civilising Modernity and the ontological Invalidation of disabled people“ angekündigt, in der er seine Theorie gestützt auf Norbert Elias Prozess der Zivilisation etwas ausführlicher entfaltet. Leider musste jedoch aus Platzgründen diese Übersetzung noch einmal verschoben werden. Im Forum findet sich nun der erste Teil dieser Übersetzung. Dieser entfaltet Hughes grundlegende These, dass Behinderung bzw. Beeinträchtigung als Produkt des Zivilisationsprozesses gelesen werden kann, und untersucht die „Psychogenese“ der Entwicklung des Ableismus als vor allem über Ekelreaktionen erfolgreicher Ausschluss von Menschen mit Behinderung aus dem ‚psychischen Habitus‘ (Elias) der Moderne. In Heft 136 folgt dann der zweite Teil, in dem Hughes die „Soziogenese“ von Behinderung in der Moderne in den Blick nimmt, indem er die beiden zentralen ‚zivilisierenden‘ gesellschaftlichen Antworten auf Beeinträchtigung – die Eliminierung und die Korrektur bzw. Behandlung – analysiert.

### Literatur

- Bachmann-Medick, Doris 2010: Cultural turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl. (Rororo Rowohlt's Enzyklopädie, 55675)
- Beck, Ulrich 2008: Die Neuvermessung der Ungleichheit unter den Menschen. Soziologische Aufklärung im 21. Jahrhundert ; Eröffnungsvortrag zum Soziologentag „Unsichere Zeiten“ am 6. Oktober 2008 in Jena. Frankfurt, M.
- Belina, Bernd; Dzudzek, Iris 2009: Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse. Ideologiekritik und Kritische Diskursanalyse. In: Georg Glasze und Annika Matissek (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld, 129–152
- Bourdieu, Pierre 1979: Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyrischen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 291).
- 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 658).
  - 1991: Physischer, sozialer und angeeigneter Raum. In: Wentz, Martin (Hg.): Stadträume. Frankfurt/Main: Campus-Verlag (Die Zukunft des Städtischen, 2), S. 25–34.
- Brenner, Neil 1997: Globalisierung und Reterritorialisierung. Städte, Staaten und die Politik der räumlichen Redimensionierung im heutigen Europa. In: WeltTrends 5 (17), 7–30

- Castells, Manuel 1977: Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung. Hamburg
- Foucault, Michel 1993: Andere Räume. In: Karlheinz Barck, Peter Gente, Heidi Paris und Richter Stefan (Hg.): Aisthesis. Wahrnehmung heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik; Essais. Leipzig, 34–46
- Häußermann, Hartmut 2007: Effekte der Segregation. In: FORUM WOHNEN UND STADTENTWICKLUNG (FW): Zeitschrift des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., H. 5, 234–240
- Harvey, David 1994: The urban experience. Baltimore
- Hinte, Wolfgang 2005: Diskussionsbeitrag Gemeinwesenarbeit. In: Fabian Kessel, Christian Reutlinger, Susanne Maurer u. Oliver Frey (Hg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden, 548-554
- 2005a: Gemeinwesenarbeit – zeitgenössische Verirrungen in der aktuellen Diskussion. In: Werner Thole; Peter Cloos; Friedrich Ortman; Volkhardt Strutwolf (Hg.): Soziale Arbeit im öffentlichen Raum: Soziale Gerechtigkeit in der Gestaltung des Sozialen. Wiesbaden, 151-160
- Glasze, Georg; Matissek, Annika 2009: Diskursforschung in der Humangeographie: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen. In: Georg Glasze und Annika Matissek (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld, 11–59
- Kuthe, Manfred; Bargel, Tino; Nagl, Willi, Reinhardt, Klaus 1979: Siedlungsstruktur und Schulstandort. Sozialräumliche Gliederung der Städte mit Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen. Paderborn: Schöningh (Schule und Weiterbildung)
- Landhäuser, Sandra 2009: Communityorientierung in der Sozialen Arbeit. Die Aktivierung von sozialem Kapital. Wiesbaden
- Lefebvre, Henri (1991): The production of space. Oxford: Blackwell.
- 2003: Die Revolution der Städte. 1. Aufl. Berlin: Geene Stephan.
- Löw, Martina 2001: Raumsoziologie. Frankfurt am Main
- Lutz, Helma; Schwalgin, Susanne 2006: Globalisierte Biographien: Das Beispiel einer Haushaltsarbeiterin. In: Wolf-Dietrich Bukow, Markus Ottersbach, Erol Yildiz und Elisabeth Tuidar (Hg.): Biographische Konstruktionen im multikulturellen Bildungsprozess. Individuelle Standortsicherung im globalisierten Alltag. Wiesbaden, 99–113
- Pries, Ludger 2010: Transnationalisierung. Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung. Wiesbaden
- 2006: Verschiedene Formen der Migration – verschiedene Wege der Integration. In: Hans-Uwe Otto (Hg.): Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Multikulturalismus – Neo Assimilation – Transnationalität. Lahnstein: Verlag neue praxis (Neue Praxis, Sonderheft 8), 19–28
  - 2003: Transnationalismus, Migration und Inkorporation. Herausforderungen an Raum und Sozialwissenschaften. In: geographische revue (2), 23–39

Robertson, Roland 1998: Glokalisierung: Homogenität und Heterogenität in Raum und Zeit. In: Ulrich Beck (Hg.): Perspektiven der Weltgesellschaft. 1. Aufl. Frankfurt am Main, 192–220

Röttger, Bernd; Wissen, Markus 2005: (Re-)Regulation des Lokalen. In: Fabian Kessl, Christian Reutlinger, Susanne Maurer und Oliver Frey (Hg.): Handbuch Sozialraum. 1. Aufl. Wiesbaden, 207–225

Winkler, Michael 1988: Eine Theorie der Sozialpädagogik. Stuttgart

Wissen, Markus; Röttger, Bernd; Heeg, Susanne (Hg.) 2008: Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. 1. Aufl. Münster

### Die Redaktion

**LATEIN AMERIKA**  
NACHRICHTEN

// DIE MONATSZEITSCHRIFT



Foto: Immo Berger



**Probeabo** 3 Ausgaben // Für 10 Euro // Endet automatisch  
**Bestellung** Per E-Mail an [abo@LN-Berlin.de](mailto:abo@LN-Berlin.de) // Telefonisch 030 694 61 00 // Oder über [www.lateinamerika-nachrichten.de](http://www.lateinamerika-nachrichten.de)

kultuRR evolution

## krisenlabor griechenland

nr. 66/67 – 1–2|2014  
hg. von jürgen link und rolf parr

ISSN 0723-8088, 82 Seiten  
Die kultuRR evolution erscheint zweimal jährlich.  
Das Jahresabonnement kostet 17,50 €  
(inkl. Versand innerhalb Deutschlands).  
Das Einzelheft kostet 10,00 €, das Doppelheft 20,00 €.



### aus dem inhalt:

Anke Bennholdt-Thomsen/Alfredo Guzzoni:  
Bildinitiale R mit Bert Brecht-Gestus

### krisenlabor griechenland

Margarita Tsomou: Das Versuchskaninchen baut am eigenen Labor ...! Zum Aufschwung solidarischer Ökonomien als Exoduspraktiken im Griechenland der Krise

Jacques Rancière: Die Gegenwart denken

Gregor Kritidis: Eingeschränkte Demokratie. Zur Etablierung des postdemokratischen Maßnahmestaats in Griechenland

Karl Heinz Roth: Die griechische Tragödie und die Krise Europas. Egalitarian Europe Working Paper No. 20.01–2013 (December 2013)

Christos Zisis: Political/Socially-engaged/interfering art in Greece during the years of the economic crisis. Tendencies in Cinema, Theater and Public Art

Alain Badiou: Die demokratische Nichtexistenz

Jürgen Link: Den »Archipelagus« lesen, oder: Wie konkret ist Hölderlins Utopie einer »griechischen« As-Sociation? –

gefolgt von: Mit Zeltstädten und direkter Demokratie zu einem polyeurhythmischen Ausweg aus der griechischen Krise?

Helmut Schareika: Rigas Velestinlis, der griechische Aufstand 1821 ff. und die aktuelle Krise Griechenlands

Rolf Parr: Griechenland: Symbolisches und reales Experiment

Jürgen Link: Notate, teils bei Lektüre von Beiträgen zu diesem Doppelheft

Thomas Lischeid: Die Krise der Reportage – die Krise als Laborexperiment. Über Katja Kullmanns dokumentarliterarischen Bericht »Rasende Ruinen, Wie Detroit sich neu erfindet« (2012)

Angelika Dennhardt-Bringmann/Bernhard Kühmel: Die europäischen Sommerakademien der Weiterbildungseinrichtungen

### anschlüsse/rückkopplungen

Sarah Maaß: Normalisierte Körper und hypernormale Subjekte. Technologien des Körpers und des Selbst in der Castingshow Germany's next Topmodel

Leander Scholz: Universalität und Partikularität der Kulturtheorie. Anmerkungen zur Hegel-Interpretation bei Susan Buck-Morss

Wolf Nikolaus Wingefeld: Die ägyptische Trikolore – Sinnbild des braven Untertanen?

Wolfram Breger: Briefmarken-Markenschwindel

Thomas Lischeid: »Sinnen & Simulieren« diskurs- und kultursemiotisch – Symbole und Narrative der Großen Krise zwischen aktuellem Medien-dispositiv, Spielfilm und Gegenwartsliteratur

### besprechungen

Jürgen Link: Ist die Ameisengesellschaft ein systemtheoretischer Schlüssel zur Menschengesellschaft und/oder umgekehrt? Niels Werbers »Faszinationsgeschichte«

Rolf Parr: Tatort interdiskursiv. Hendrik Buhls Analyse der gesellschaftspolitischen Themen in der Krimireihe

[www.klartext-verlag.de](http://www.klartext-verlag.de)  
[info@klartext-verlag.de](mailto:info@klartext-verlag.de)  
Tel.: +49 (0)201 86206-33  
Fax: +49 (0)201 86206-22

**KLARTEXT**



Matthias Drilling, Patrick Oehler & Olaf Schnur

## Über den emanzipatorisch-utopischen Gehalt von Sozialraumorientierung

Sich heute mit Sozialraum und Sozialräumlichen zu beschäftigen, führt unweigerlich zur Frage nach dem Sinn dieses Tuns. Sind nicht alle historischen Bezüge hergestellt, alle organisationalen Konsequenzen kritisiert und jegliche zukunftsweisenden professionstheoretischen Bedeutsamkeiten herausgeschält worden? Wurde die Trendmetapher „Sozialraum“ nicht schon als ordoliberales Steuerung Vehikel im Kontext unternehmerischer Stadtpolitik entlarvt und hat sie auf diesem Weg nicht ihr Charisma einer positiven Gestaltungs vision verloren? In Anbetracht der vielen Reden über den Sozialraum, ihrer Gegenreden und Fürbitten könnte man versucht sein, keine weiteren Debatten mehr anzustoßen.

Und dennoch ist der Begriff in vielen Disziplinen nach wie vor wichtig. Besonders prominent ist dies spürbar in der Sozialen Arbeit. Hier versucht die Sozialraum-Idee theoriebildend zu wirken und hat dabei die Praxis, die sich lange gegen die mit „Sozialraum“ transportierte Neufassung ihrer Handlungstraditionen wehrte, längst durchdrungen. Der Sozialraum-Begriff scheint für die Soziale Arbeit zu einem ihrer Zentralbegriffe aufgestiegen zu sein; das macht ihn gegenüber Kritik resistenter und zugleich verweist es darauf, „Sozialraum“ vornehmlich in seiner Funktion als Ordnungsprinzip einer programmatischen Neuausrichtung Sozialer Arbeit im Kontext ihrer jeweiligen Handlungsformen zu thematisieren.

Eine solche Fokussierung beabsichtigt der vorliegende Beitrag, indem er die für die hier geführte Argumentation wesentlichen Etappen dieser Neuausrichtungen skizziert. Als zielführend sehen wir, dazu nochmals auf die Anfänge professioneller Sozialer Arbeit im Chicago des vorletzten Jahrhunderts zu rekurrieren. Dort finden wir Grundgedanken des hier herauszuarbeitenden utopischen Potenzials, das von Begriffen wie „Selbstbestimmung“, „Emanzipation“ und „radikale Demokratie“ begleitet wird. Von Chicago aus legen wir einen Faden durch die Theoriegeschichte Sozialer Arbeit und orten weitere Um- und Neupositionierungen, in denen sozi-

alträumliche Utopien erkannt werden können. Diesen Gang beenden wir an den aktuellen Debatten um den Sozialraum, die sich aus unserer Sicht zu stark auf den aktuellen sozialstaatlichen Kontexte rückbeziehen und damit nicht nur den emanzipativen Gehalt der Sozialraumorientierung weitgehend „verdrängt“ haben, sondern zugleich utopielos und bewegungslos geworden sind. Stattdessen sehen wir in der neueren post-modernistischen Demokratieforschung weiterführende Ansätze für unsere Absicht. Denn durch diese strukturalistischen (statt handlungstheoretischen) Zugänge wird eine Einordnung der vorgängig verhandelten Verhältnisse von Sozialraum, Soziale Arbeit und Demokratie möglich; gerade im Vergleich der Positionen beispielsweise von Jacques Rancière und Benjamin Barber kristallisieren sich radikal-demokratische und kommunitarische, dystopische und utopische Fragmente heraus, die im Kontext der zum teil „festgefahrenen“ Debatten in der Sozialen Arbeit öffnend wirken.

## 1 Zur Ätiologie des Sozialräumlichen: Zurück nach Chicago

Für Bingle (2011), die zuletzt eine umfangreichere Forschung zur sozialraumbezogenen Sozialen Arbeit vorlegt, hängt die „herausragende Bedeutung“ (ebd.: 35) für ein entsprechendes Utopiebewusstsein mit dem Werden der industriellen Stadt und ihren sozialen Problemen zusammen. Gerade das industrielle Pionierland Großbritannien steht dafür bildlich, denn hier war die Freisetzung des Subjektes aus seinen ständischen Kontexten und die damit verbundene Liberalisierung von Lebenschancen mit einer Verarmung großer Teile der Bevölkerung in den rasant anwachsenden Industriestädten verbunden. Eine akademisch portierte sozialdarwinistische Grundüberzeugung verhinderte zudem Gesetze, die Versorgungsansprüche gesichert hätten. Kunstreich (2014) sieht die Abkehr des Staates von einer Armutspolitik insbesondere durch den Einfluss des Ökonomen Malthus verursacht. Überzeugt von einer naturgegebenen Unterschiedlichkeit zwischen Besitzenden und Arbeiterklasse war für Malthus Armut eine Konsequenz des Sich-nicht-versorgen-Könnens, verursacht durch Konkurrenzkämpfe auf dem Arbeitsmarkt. „Da Konkurrenz aber das einzig sinnvolle Regulativ ist [...], ist es nicht nur falsch, sondern geradezu unsinnig und unmoralisch, den Armen etwas zu geben: Das untergräbt nur ihre Moral, von dem Zuwenigen wenigstens noch etwas zu erhaschen.“ (Malthus, zitiert nach Kunstreich 2014: 72) Ganz im Sinne dieses Naturgesetzmythos folgert Malthus: „Man glaubt allgemein, dass der Mensch ein Recht habe, von dem ich überzeugt bin, dass er es nicht besitzt, nämlich das Recht auf das Leben, wenn seine Arbeit den Lebensunterhalt nicht herbeischafft.“ (Malthus, zitiert nach Freund 1965: 135).

In der Konsequenz waren die Armenhäuser Englands unter dem Deckmantel eines „sich seiner sozialreformerischen Aufgaben bewussten Staates“ (Aschrott 1886, zitiert nach Müller 1988: 40) zuvorderst Disziplinierungsanstalten, denen nicht wenige Verarmte den Freitod vorzogen.

Der Manchesterkapitalismus duldete keine Verlierer und dort, wo das autonome Subjekt auf den liberalen Staat zurückgreifen musste, griff dieser geschmückt als sein eigenes soziales Gewissen und mit einem ausgeprägten philanthropen Vokabular in materieller (Armenhäuser), organisationaler (die kurz darauf gegründeten Charity Organization Society) und methodischer Form („friendly visiting“) ein, segmentierte das Armutsklientel nach seiner Nützlichkeit und überließ diejenigen, die als wertlos angesehen wurden, den Bedingungen einer staatlich beaufsichtigten Verelendung (vgl. Wendt 2008: 327ff.).

Doch Gesellschaften im Umbruch entwickeln sich nie einlinig. Auf der Suche nach Gegenbewegungen ortet die Sozialarbeitswissenschaft den Ursprung ihres professionellen Handelns (Franklin 1986). Getragen von Ideen Diltheys, Demokratie als einen Prozess des Sich-Bildens zu verstehen, entwickelte sich um die Querdenker Samuel Barnett und Arnold Toynbee die Settlement-Bewegung, die ihr Ziel vor allem in einer Politisierung von Armut sahen und die aus dem Nachlass des jung gestorbenen Toynbee „Toynbee Hall“ (1883) gründete. In diesem Nachbarschafts- bzw. Bildungszentrum lebten und wirkten Wohlhabende und Arme gemeinsam, versuchten von einander zu lernen und obschon die Probleme beim „gegenseitigen Durchdringen der Klassen“ (Kunstreich 2014: 73) zu zahlreichen Konflikten führten, setzten sich die Gegenbewegungen gegen Not und Armut, aber auch Liberalismus und Marktwirtschaft nach einem Besuch von Jane Addams auch in Amerika fort. Die Settlements waren ein strategisches Konzept: zahlreiche Gründungen vergleichbar ausgerichteter Clubs und erste Forschungsarbeiten, die die kooperativen Angebote der Bildung, Erziehung und Freizeitgestaltung, die Selbstaktionen und das Wirken auf Basis des Quartiers und der Nachbarschaft als ein Gewebe von sozialen Praxen im Raum zu erklären versuchten, entstanden. Unter anderem hier liegen die Wurzeln unseres Verständnisses von Sozialräumlichkeit.

## 2 Transformationen emanzipativer Programmatiken

Doch parallel zur Moderne wird auch das Ideal des autonomen bzw. emanzipierten Subjekts brüchig(er) und erfordert Programme einer am Sozialraum orientierten Sozialen Arbeit – dabei aufgefordert, den emanzipativen Anspruch immer wieder – und ohne den Rückgriff auf essentialistische Dualismen – zu

reformulieren. Es gilt nunmehr, das Subjekt und die Gemeinschaft, die professionelle und zivilgesellschaftliche (Laien-)Arbeit, die Feldforschung und sozialarbeiterische Hilfepraxis, die Bildungsarrangements sowie politische, lebensweltlich-sozialräumlich oder fachliche Aktivitäten immer wieder neu in ihrer Wechselwirkung und Bedeutung für Emanzipation zu begreifen.

Solches Denken begegnet uns in den Arbeiten von Brülle und Marschall (1981). Sie stellen zunächst fest, dass Soziale Arbeit in einer „spätkapitalistischen Gesellschaft“ ein Bestandteil „des reproduktions- und legitimationssichernden Systems“ geworden ist. (ebd.: 82f.). Dies brachte, so ihre Kritik, eine dominierende Organisationsform Sozialer Arbeit hervor: eine zuvorderst an der gesetzlichen Aufgabenzuweisung und damit dem Einzelfall und nicht an den tatsächlichen Problemlagen der Adressaten orientierte Soziale Arbeit. Die Autoren sprechen im Gegenzug von einer lebensweltbezogenen Sozialen Arbeit, bei der sozialarbeiterische Interventionen „an der konkreten Lebenslage der Adressaten festgemacht werden“.

Mit dieser Emanzipation gegenüber dem Dogma des Individuellen verliert das Denken am Einzelfall „seine dominierende Bedeutung als Adressat sozialarbeiterischer Maßnahmen zugunsten des ‚sozialen Raumes‘, in dem sich die Reproduktion der Individuen vollzieht“ (ebd.: 84). Konzeptionell geht es um eine Politisierung der sozial-räumlichen Strukturen der Lebenswelt und um eine Kennzeichnung der stadtteil-spezifischen Reproduktionssituation. Methodisch folgt eine sozial-ökologische Untersuchung, die zwei Analyseebenen miteinander verwebt: eine eher großräumige morphologische Betrachtung der Gebiete (z.B. Stadtteile) und eine eher kleinräumige (z.B. Block oder Straße), mehr die interaktive und sozial-kulturelle Handlungsebene in den Blick nehmende Betrachtungsweise.

Der soziale Raum wird so als Umwelt der Menschen begriffen, aus der sie Ressourcen erschließen können – an dieser Stelle werden dann auch die sozialpolitische und sozialarbeiterische Bedeutung dieses Konzepts offensichtlicher. Im Grunde läuft dieses Verständnis auf eine Reform der Verwaltung bzw. eine Neuorganisation Sozialer Arbeit hinaus. Diese sollen stärker als bisher an sozialarbeiterischen und sozialökologischen Logiken oder Perspektiven orientiert sein und dadurch Rahmenbedingungen für eine lebenslagenorientierte Soziale Arbeit schaffen. Und fragt man nach dem emanzipativen Impetus in diesem Ansatz, so liegt dieser vor allem in dem Versuch, die Abhängigkeit von fachfremden Logiken zu überwinden und den Anspruch einer „sozialarbeitsorientierten Verwaltungsgliederung“ als Rahmenbedingung professionellen Handelns Sozialer Arbeit zu formulieren.

Diese Makroperspektive findet sich auch in dem von Hans Thiersch entwickelten Konzept der Alltags- oder Lebensweltorientierung. Der Alltag bzw. die

Lebenswelt wird zum zentralen Ansatzpunkt für Hilfe (zur Selbsthilfe) und fördert selbstbestimmte Lebensmöglichkeiten durch die Veränderung von Rahmenbedingungen. Alltagsorientierung zielt „auf die Eigensinnigkeit der Deutungs- und Handlungsmuster der Adressaten. Sie betont den Bezug der Adressaten in ihrem sozialen und regionalen Lebensfeld; sie sieht Menschen also im Kontext von Familiennetzen, Altersgruppenbeziehungen, Stadtteil- und Regionenbezügen“ (Thiersch 1993: 17f.). So verstandene Soziale Arbeit orientiert sich an den Problemen und Ressourcen der AdressatInnen, und das auch vor dem Hintergrund der jeweiligen (sozial-)räumlichen Dimension in der Lebenswelt.

Alltags- und Lebensweltorientierung konkretisiert und entwickelt sich in unterschiedlichen Arbeitsfeldern Sozialer Arbeit entlang der Strukturmaximen Prävention, Dezentralisierung/Regionalisierung, Alltagsorientierung (in den institutionellen Settings und in den Methoden), Integration/Normalisierung sowie Partizipation. Auch wenn diese Strukturmaximen eine Einheit bilden (vgl. BMJFFG 1990: 17f.; vgl. ebd.: 85ff. und Thiersch 1992: 28ff.), kommt der sozialräumliche Bezug hauptsächlich durch die Maxime der Dezentralisierung/Regionalisierung zum Ausdruck: Dezentralisierung bedeutet, die Zugangsmöglichkeiten der Adressatinnen zu Angeboten Sozialer Arbeit zu erleichtern und damit die Nutzung „jener Ressourcen zur Selbsthilfe, wie sie in den Lebenswelten der Adressaten, im Alltag ihrer überschaubaren Verhältnisse verfügbar sind oder sein könnten“ (BMJFFG 1990: 86) zu erschließen. Dafür muss das Konzept der Dezentralisierung zwingend ergänzt werden um das der Regionalisierung, was „die Einbettung der Arbeit in die gleichsam gewachsenen, konkreten lokalen und regionalen Strukturen, wie sie gegeben sind in den Lebenswelt- und Alltagstraditionen und in den sozialen Versorgungsangeboten“ verlangt (ebd.: 86). Mit der Kodifizierung von Leistungen und Pflichtaufgaben verbunden und flankiert von einer sozialpolitischen Absicherung werden so Standards in der Angebotsstruktur und damit eine verbindliche und einheitliche Sicherung von Lebensverhältnissen gewährleistet.

Das emanzipative Moment besteht dann vor allem darin, die Menschen in ihrem Eigensinn zu respektieren und diesem Aspekt bei der Leistung von sozialarbeiterischer Hilfen Rechnung zu tragen. Bereits bestehende Selbstbestimmungsanteile werden nicht untergraben, die Lebenswelt wird nicht durch System- und Fachrationalitäten „kolonialisiert“ und in neue Abhängigkeits- und fremdbestimmte Verhältnisse überführt (vgl. Habermas 1981).

Ein noch weit mehr und expliziter emanzipatorischer Anspruch sozialräumlicher bzw. sozialraumorientierter Sozialer Arbeit wird von Boulet, Krauss und Oelschlägel (später nur noch von Oelschlägel) formuliert. Soziale Arbeit bezie-

he sich mehrdimensional (d.h. territorial, kategorial und funktional) „auf ein räumlich erkennbares und ‚subjektiv‘ wahrgenommenes Gemeinwesen“ (Boulet/Krauss/Oelschlägel 1980: 293). Dieses Verständnis fordert dazu auf, Gemeinwesenarbeit als grundsätzliches Arbeitsprinzip aufzufassen, zunächst also nicht nur auf einen bestimmten Raum zu fokussieren. Ein Gemeinwesen „ist gleichzeitig Wesen des Menschen als ‚Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse‘ [...] wie auch die Manifestation solcher Bedürfnisse in der ‚gegenständlichen Praxis‘ in Erscheinungsformen wie Stadtteil, Verein, Institution“ (ebd.: 156). Durch den historischen Prozess hat sich ersteres „äusserlich sichtbares Gemeinwesen [...] vom inneren »wahren« Gemeinwesen entfremdet“ (ebd.) und tritt nur noch in „verkrüppelten“ Formen als Ausdruck des »inneren« Gemeinwesens in Erscheinung.

Dementsprechend muss Gemeinwesenarbeit als eine auf ein (dialektisch verstandenes) Gemeinwesen bezogene professionelle Tätigkeit Sozialer Arbeit, ebenfalls dialektisch vorgehen. Soziale Arbeit setzt beim »äußeren« Gemeinwesen an, um das »innere« Gemeinwesen und damit das wahre menschliche Wesen zum Vorschein zu bringen (ebd.: 156). Für Boulet et al. geraten so sozialpolitische Ziele und die Utopie einer gerechten Gesellschaft immer wieder in das Blickfeld; so soll Gemeinwesenarbeit Beiträge zur Aufhebung und Überwindung von Entfremdung leisten und dadurch die Selbstbestimmung handelnder Subjekte fördern. Gemeinwesenarbeit wird zur „Befreiungsarbeit“ (ebd.) und berücksichtigt dabei die historischen und politischen Makrokontexte – eine durchaus neomarxistische Perspektive, wie die Autoren auch verdeutlichen, wenn sie von „Aufhebung von Entfremdung“ und „Herausführung aus allen versklavenden Verhältnissen“ (ebd.: 195) sprechen.

Gemeinwesenarbeit, die sich der Aufgabe und dem Ziel der Emanzipation verschreibt, geht es folglich zum einen um die Herstellung von Handlungszusammenhängen, innerhalb derer die Menschen lernen können, politisch zu handeln bzw. Entfremdung zu anderen Menschen aufzuheben, und zum anderen, Aneignung anzuregen und zu unterstützen, damit „Menschen lernen, die Entfremdung zu sich selbst, zur eigenen Geschichte aufzuarbeiten und zu neuem Selbstbewusstsein zu kommen“ (ebd.: 196). Eine so verstandene sozialräumlich wirkende Soziale Arbeit entfaltet eine politische Dimension (gesellschaftliche Veränderung), eine pädagogische Dimension (da gesellschaftliche Veränderungen an Bewusstseins- und Lernprozesse bei Individuen gebunden sind) und eine im weitesten Sinne auch therapeutische Dimension (Aufbrechen von „Strukturen“ verschiedenster Art, die „krank“ machen).

### 3 Vervielfachungen des Sozialen und des Räumlichen

Die von Brülle und Marschall, Thiersch sowie Boulet, Krauss und Oelschlägel in den frühen 1980er Jahren entwickelten Ansätze beinhalteten immer auch (real-) utopische Momente, während die sozialraumorientierten Konzepte ab den 1990er Jahren als Folge der Bemühung um Fachlichkeit, Kompetenzorientierung, Professionalisierung, (wissenschaftlicher) Objektivierung, Effektivierung und (kritischer) Reflexivität sich des scheinbar unnötig gewordenen Ballasts der Emanzipation entledigten. Mit diesem „Traditionsbruch“ gingen eine Abspaltung von bisherigen Fachdiskussionen Sozialer Arbeit (z.B. von der Gemeinwesenarbeit) und damit erreichter fachlich-methodischer Differenzierung einher, gleichzeitig fand Sozialraumorientierung aber auch Eingang in verschiedenste neue Arenen, wenn auch zum Preis einer sichtbaren Beliebigkeit des Sozialraumverständnisses.

Bei Hinte verdichtet sich Sozialraumorientierung immer mehr auf eine Steuerung von Angeboten Sozialer Arbeit durch die kommunalen Verwaltungen:

„Die bislang [...] dominanten Steuerungsparameter sind Abteilungen, Paragraphen, Immobilien und Fälle. Darüber wird Identifikation geschaffen, Geld verteilt, Ordnung hergestellt und Energie gebunden. Ich plädiere [...] dafür, das Gebiet (den »Sozialraum«) als zusätzliche oder – besser – dominante Steuerungsgröße einzuführen. Dies nicht in dem (...) Sinne, dass jetzt alle Ressourcen dezentralisiert werden oder jede Abteilung nachweisen muss, dass sie »etwas Sozialräumliches« tut, sondern als strukturelle Grundlage für die Realisierung des Fachkonzepts »Sozialraumorientierung«. Organisation und Finanzierungsformen der Jugend- und Sozialhilfe müssen der sozialarbeiterischen Fachlichkeit folgen und nicht umgekehrt“ (Hinte 2006: 8f.).

Die Kernprinzipien dieses Ansatzes, so Hinte, existieren im Grunde bereits seit den 1970er Jahren. Im heutigen Vokabular sei dieser Ansatz: „systemisch, lebensweltorientiert, ökosozial, lösungsorientiert und empowernd“ (Hinte 2006: 9f.). Den „inneren Kern“ des Fachkonzepts Sozialraumorientierung bildet der „konsequente Bezug auf die Interessen und den Willen der Menschen [...], dem Aspekte wie der geographische Bezug, die Ressourcenorientierung, die Suche nach Selbsthilfekräften und der über den Fall hinausreichenden Feldblick logisch folgen“ (Hinte 2006: 11). Tonangebend sei im Konzept der Sozialraumorientierung nicht etwa der Sozialraum, wie der Name des Konzepts vermuten lassen könnte, sondern „das Individuum mit seinen Interessen und Ressourcen“ (Hinte 2006: 11). Der Ansatz ist „hochgradig personenbezogen“ und zugleich sozialökologisch, weil er auf die Veränderung von Verhältnissen abzielt.

Prägend für diese vorgenommene Fokussierung auf den Willen der Betroffenen sind eine systemisch-antipädagogische Grundhaltung und eine weitgehende Loslö-

sung des Konzepts von gesellschaftstheoretischen Rahmungen. Der emanzipative Gehalt der Sozialraumorientierung bleibt in diesem Fachkonzept nur schwer auffind- und benennbar, da eine Ethik oder Pädagogik der Emanzipation dem Primat der Orientierung am Willen der Betroffenen „untergeordnet“ wird und Emanzipation als Ziel und Prozess von Sozialraumorientierung dabei zwar nicht unmöglich bleibt, aber nicht notwendig oder besonders erwähnenswert ist. Die Provokation der Emanzipation fehlt.

Vor diesem Hintergrund des seit den 1990er Jahren einsetzenden Paradigmenwechsels ist auch die „Theorie-Intervention“ von Kessl und Reutlinger zu sehen. Als Herausgeber einer Einführung zum Sozialraum (Kessl und Reutlinger 2007) versuchen sie den Begriff Sozialraumorientierung, genauer: den Begriff Sozialraum, wieder zu schärfen und für die Soziale Arbeit raumtheoretisch (neu) zu fundieren. Sozialräumliche Handlungstraditionen der Sozialen Arbeit, wie die der Settlement-Bewegung und Gemeinwesenarbeit, spielen dabei eine nebensächliche Rolle. Im Vordergrund steht der Versuch, über eine multidisziplinär angereicherte Theoriediskussion auf die Spezifika eines sozialräumlichen Etwas in der Sozialen Arbeit zuzusteuern. In einem ersten Schritt erfolgt dies in Abgrenzung, also bei der Benennung dessen, was einengt.

„eine adäquate Sozialraumperspektive [darf, Anm. MD/PO,OS] ihren Bezug weder auf erdräumliche Anordnungsmuster (wie bspw. physisch-materielle Objekte) reduzieren [...], also auf (...) Gebäude, Straßenzüge oder Stadtteile. Noch sollte eine Sozialraumperspektive nur auf soziale Handlungsmuster reduziert werden [...], weil damit die materielle Dimension von Räumen aus dem Blick geraten und die im Räumlichen eingeschriebenen gesellschaftlichen Verhältnisse (bspw. Macht und Herrschaft) potenziell vernachlässigt werden. Vielmehr rückt eine raumtheoretisch fundierte Sozialraumperspektive die von den beteiligten Akteuren permanent (re) produzierten Räumlichkeiten ins Zentrum des Interesses: die räumlichen Formate sozialer Interaktion [...], die hegemonialen Deutungsmuster [...] und die historisch-spezifischen sozialen Verhältnisse“ (Kessl/Reutlinger 2010: 250).

Damit weisen sie – zweifellos in einem emanzipativen Sinn – auf die Kontingenz von Räumen und ihre Veränderbarkeit hin. Den Ansprüchen der oben skizzierten Sozialraumperspektive versuchen sie mit dem Konzept der „Sozialraumarbeit“ bzw. einer reflexiven räumlichen Haltung – als Gegenmodell zur Sozialraumorientierung – einzulösen, was nahe legt, „bestehende Reproduktionsmuster vorherrschender Raumordnungen und -deutungen, in die sozialpädagogische AkteurInnen wie ihre NutzerInnen permanent eingewoben sind“ zu berücksichtigen (Kessl/Reutlinger 2010: 251). Konkretisiert werde eine so reflexiv gewendete räumliche Haltung dadurch, dass die Professionellen ihr Handeln systematisch kontextualisieren.

Auch bei Otto und Ziegler spielen bestehende Denkfiguren für ihre Argumentation kaum eine Rolle. Für sie beginnt die Geschichte des Sozialraums bei der Kritik am neoliberalen Staatsverständnis. Sozialraumorientierung verkümmere im Prinzip zur gouvernementalen Regierungsweise und AdressatInnen Sozialer Arbeit werden aufgefordert, sich nicht „einfach zum ‚Mitspielen‘ zu bewegen, ohne die ‚Regeln des Spiels‘ einer kritischen Analyse zu unterziehen“ (Otto und Ziegler 2005: 134). Allerdings orientieren sie sich an der Idee sozialer Gerechtigkeit, was immer auch utopische Anteile beinhaltet. Dabei greifen sie auf das Modell des Ökonomen Sen zurück und fordern weitgehend losgelöst von sozialräumlichen Dimensionen dazu auf,

„AdressatInnen Zugänge zu Gütern und Ressourcen zu schaffen – seien sie nun lokal oder nicht – und sie dabei zu unterstützen diese Ressourcen in reale Freiheitsräume zu transformieren. Anders formuliert könnte der Beitrag der Sozialen Arbeit darin bestehen [...], die, wie es Amartya Sen formuliert, ‚Verwirklichungschancen‘ ihrer AdressatInnen im Sinne jener substanziellen Freiheiten zu erhöhen, die es ihnen erlauben, das von ihnen erstrebte Leben zu führen (ebd.).“

#### 4 Emanzipation am Übergang in die Postmoderne

Wie in den bisherigen Abschnitten deutlich wurde, ist die auf eine lange Tradition zurückblickende Sozialraumorientierung immer stärker auf eine Kritik an neoliberalen Reformen und den Folgen für die institutionelle Soziale Arbeit verengt. Über die ursprünglichen Utopien einer emanzipatorisch angelegten Demokratisierung der Gesellschaft wird dabei nicht mehr verhandelt. An diesem Punkt scheint es eröffnend, die Handlungsebene der Sozialraumorientierung zugunsten der Strukturebene zu verlassen. Dies ermöglicht, einen erneuten Anschluss an aktuelle demokratietheoretische Kontexte, die ebenfalls den Sozialraum als Arena kennen, zu suchen. Dazu lassen sich mindestens zwei verschiedene, demokratietheoretisch begründete Makro-Positionen identifizieren: eine eher dystopische und eine eher utopische Perspektive. Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass es nicht das Ziel ist, die zum Teil äußerst umfangreichen Debatten der Forschung neuerer Politischer Theorie hier auch nur annähernd vollständig zu diskutieren, so dass wir uns auf die Grundaussagen und einige wichtige Vertreter konzentrieren möchten. Die Bezüge zur Sozialraumorientierung werden dabei dezidiert hervorgehoben bzw. andiskutiert.

#### 4.1 Radikaldemokratische Perspektiven – postdemokratische Dystopien?

Die prominenteste Denkrichtung – wir wollen sie etwas überspitzt „dystopisch“ nennen, was zumindest auf deren Gegenwartsanalysen zutreffend erscheint (kritisch: Meyer 2011) – ist in diesem Zusammenhang die der radikalen Demokratietheorien bzw. der Postdemokratie, als deren Hauptvertreter u.a. der Soziologe Colin Crouch sowie der Philosoph Jacques Rancière gelten (vgl. Ritzi 2014: 11ff.). Bei allen hier nicht darstellbaren Unterschieden (vgl. hierzu die ausführliche Analyse von Ritzi 2014) gehen die Autoren von der Annahme aus, dass die Verbreitung neoliberaler Regierungsformen spätestens seit den 1980er Jahren – und verstärkt seit der globalpolitischen und -ökonomischen Zäsur des Falls der Berliner Mauer – einen Machtverlust der Bürger und eine Demokratiekrise mit sich bringt. Nach Crouch existiert die heutige Postdemokratie nur noch als institutionelles, marketingorientiertes Gebilde, jedoch nicht mehr als Leitidee (Crouch 2008, vgl. auch Ritzi 2014: 23). Der vor allem im Kontext der Planungs- und Stadtforschung gern zitierte und deshalb für unsere Fragestellung besonders gut geeignete Jacques Rancière (vgl. Swyngedouw 2013; Mullis & Schipper 2013; Rosemann 2013) sticht hier mit einem ebenso eigenwilligen wie elaborierten theoretischen Konzept heraus. Rancières poststrukturalistischer Ansatz fußt u.a. in der Diskurs- und Hegemonietheorie von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau (nach Glasze & Matissek 2009), die einen objektiven Wahrheitsanspruch ablehnen und die Realität als diskursiv produziertes Machtkonstrukt verstehen.

Rancière sieht „echte“ Demokratie als eine Form des Strukturbruchs an (ein „demokratisches Moment“), der in drei Erscheinungsweisen auftreten kann (Rosemann 2013: 46f., Rancière 2002: 110):

- Politische Bewegungen werden in einer „Erscheinungssphäre“ eines Volks, also einem Ort, der dies überhaupt erst ermöglicht, sichtbar („Erscheinung“).
- Es existieren Vernachlässigte oder exkludierte Personen und Gruppen („nichtidentitäre Subjekte“), die sich weder staatlichen noch gesellschaftlichen Logiken verpflichtet fühlen und sich ihrer Außenseiterrolle bewusst sind („Selbstdifferenzierung“).
- Nichtidentitäre Subjekte stellen auf der „Bühne der Erscheinung“ die bestehende Ordnung in Frage und provozieren Konflikte („Streithandel“).

Alle drei Dimensionen der Demokratie – aus der Praxis der Sozialen Arbeit hinlänglich bekannt – sieht Rancière durch die von ihm angenommene derzeit herrschende postdemokratische Ordnung gefährdet, d.h. durch eine breit angelegte Depolitisierung unserer Gesellschaften wird das Aufkommen „demokratischer Momente“ erschwert.

Dies geschieht durch die Simulation von allumfassender Gemeinsamkeit und Gemeinschaftlichkeit in einer Gesellschaft, in der alles als sichtbar und vieles als alternativlos dargestellt wird (wie etwa die bestehende ökonomische Ordnung, welche wiederum die Staatlichkeit zunehmend ihrer Einflussbereiche beraubt):

- Wo alles als sichtbar gilt, wird das „Erscheinen“ widerständiger und konflikthafter politischer Ideen erschwert (vgl. Rosemann 2013: 49).
- Wo scheinbar alle Menschen vollständig repräsentiert sind, können marginalisierte Gruppen („Anteilslose“) nicht selbstdifferent wirksam werden.
- Wo scheinbar alle Probleme „konsensual“ gelöst werden (sollen), wird der nicht auflösbare Kerndissens verdeckt. Der „Streithandel“ selbst wird problematisiert und durch Wissenschaftler, Juristen oder auch Professionelle aus dem Bereich der Sozialen Arbeit „objektiviert“, analysiert und seiner Grundlage beraubt (vgl. ebd.: 50). Widersprüche werden also konsequent „externalisiert“ (Swyngedouw 2013: 147). Verdeckte Konflikte suchen sich schließlich ihren Weg in anderen Ausdrucksformen wie etwa Aufständen, Xenophobie oder Ethnisierung (vgl. Rosemann 2013: 51).

Rosemann projiziert das Konzept Rancières erstmals auch auf stadträumliche Gegebenheiten (vgl. auch Dikeç 2002): „Räumliche Postdemokratie wäre dann die Verschließung einer räumlichen Ordnung und der Produktionsweise des Raumes, indem diese Ordnung und Produktionsweise zunehmend unveränderbar erscheinen und alternative Raummodelle unsichtbar bleiben“ (Rosemann 2013: 51).

Auch Sozialraumorientierung könnte man in diesem Sinne als Teil eines hegemonialen Diskurses kritisieren, der (soziale) Stadtentwicklungspolitik als „alternativlos“ darstellt, letztlich aber der höheren persistenten Ordnung zuarbeitet. Diese Perspektive wird auch von Autoren vertreten, die das poststrukturalistische Gouvernementalitätskonzept Foucaults bzw. die Idee des „Regierens durch Community“ von Nikolas Rose aufgreifen (Rose 2000; vgl. auch Kamleithner 2009; Lanz 2009). Durch eine Herunterskalierung der (sozialen) Stadtpolitik auf kleinräumliche Kontexte (Quartiere, Sozialräume) wird dieser Sichtweise zufolge lediglich die gängige neoliberale Regierungstechnologie verfeinert. Die im sozialen Gewand erscheinende neue Politik des „Empowerment“ und der „Aktivierung“ benutzt dieser Lesart zufolge Werte wie Selbstverantwortlichkeit und Gemeinschaftlichkeit als Instrumente der Disziplinierung und des Ausschlusses (vgl. Gomes de Matos 2013 am Beispiel Barcelonas).

#### 4.2 Kommunitaristische Perspektiven – emanzipatorische Utopien?

Die zweite Perspektive – bisweilen lesbar wie die Kehrseite der dystopischen Medaille – ist die kommunitaristische Auffassung, dass die Diagnose einer postmodernen „Gesellschaft der Ichlinge“ zu pauschal sei: „Die Selbsthilfegesellschaft ist keine Utopie. Es gibt sie wirklich. Sie funktioniert im Nahmilieu“ (Keupp 2013: 8, vgl. auch Keupp 2000 oder Hüther 2013) – also mit anderen Worten im Quartier, im Wohnumfeld oder im Sozialraum. Bürgerschaftlichem Engagement und neuen ehrenamtlichen Beteiligungsformen werden hier ein enormes zivilgesellschaftliches Potenzial zugesprochen, was sich in empirischen Untersuchungen und Surveys immer wieder feststellen lässt. Gleichzeitig nimmt, wie empirische Studien suggerieren, auch der Glaube der Menschen an ihre Selbstwirksamkeit insgesamt zu (Institut für Demoskopie 2013), sodass im Grunde gute Rahmenbedingungen für „von unten“ wachsende politisch-emanzipative Strukturen gegeben sein müssten. Die zahlreich aufkommenden (meist städtischen) sozialen Bewegungen der letzten Jahre können als weitere Belege dafür gelten (z.B. „Recht auf Stadt“-Bewegungen).

In diesen Bereich fallen zahlreiche, sehr heterogene theoriegeleitete Perspektiven, die sich – ähnlich wie viele Vordenker der Sozialen Arbeit – u.a. mit Lebenswelten, sozialen Netzwerken und Sozialkapital beschäftigen. So verbergen sich hinter der an ökonomische Interessen angelehnt erscheinenden Idee des „sozialen Kapitals“ im sozialräumlichen Kontext Erkenntnispotenziale sowie Implikationen für die Praxis einer demokratischen „Emanzipation von unten“, wie sie beispielsweise von Paulo Freire (1971) in „Pädagogik der Unterdrückten“ beschrieben wurde. Je nach Theorievariante (z.B. strukturalistisch orientiert wie bei Bourdieu oder an rational choice-Prinzipien ausgerichtet wie bei Coleman oder Putnam (vgl. zusammenfassend Franzen & Freitag 2007) wird zwar bisweilen auf die Gefahr einer missbräuchlichen politischen Adaption für die Praxis gewarnt (Mayer 2003), jedoch sollten die analytischen Potenziale eines theoretischen Konzepts nicht durch potenzielle normative Verwendungen diskreditiert werden.

Dass „Sozialkapital“ – unabhängig von einer möglichen kommunitären Lust an Kommunikation und Reziprozität – gerade auch in sozialräumlichen Kontexten nützlich sein und deshalb auch durchaus eine rationale und zweckorientierte Entscheidung hinter einem „Engagement für eine Gemeinschaft“ stecken kann, ist unzweifelhaft – und dies hervorzuheben kann als eine Stärke der „Kapital-Konzepte“ gelten. Es stellt sich jedoch – gerade auch aus der Perspektive postdemokratischer Ansätze – die Frage, ob ein gewisses Verantwortungsgefühl für eine Gemeinschaft oder die Freude am Engagement als „erlernte Fähigkeiten“ einer neoliberalen Gouvernementalität oder als eine intrinsische Motivation in

Richtung einer sich erneuernden emanzipativen Form lokaler Demokratie zu bewerten wären.

Eines der bekanntesten Konzepte partizipativer Demokratie ist das des amerikanischen Politologen Benjamin Barber, dessen Rezeption u.a. wegen seiner kleinräumigen Bezüge in den aktuellen Debatten z.B. um soziale Stadtentwicklung häufiger gefordert wurde (z.B. Schnur 2003). Bisher haben sich Barbers Ideen in der deutschsprachigen Debatte kaum verfangen – vielleicht, weil sein Konzept in recht konkreten Vorschlägen für eine bodenständige Partizipationspraxis manchem zu verbindlich scheinen mag und einen konsequenzfreien Diskurs erschwert. Er nennt seinen Ansatz „starke Demokratie“ (Barber 1994) und meint dies im Sinne einer „Praxis des alltäglichen Miteinanders“ (Weber 2012: 232) – was in großer Übereinstimmung zu den sozialutopischen Konzepten von Sozialraumorientierung der Settlements steht (vgl. Wendt 2008: 367ff.).

Anders als Rancière folgt Barber der Vorstellung einer auf einem gewissen Konsens basierenden Form von Politik. Diese verbindet er mit der Forderung nach umfassender Bürgerbeteiligung im weitesten Sinne, dies jedoch in Abgrenzung zu den krisenhaften repräsentativ-demokratischen Formen, welche die Politologin Ingeborg Maus mit dem Begriff „Refeudalisierung“ (nach Weber 2012: 229) bzw. Benjamin Barber selbst mit „thin democracy“ (Barber 2003) umschrieben hat. Unter Partizipation können in diesem Sinne auch Formen des „zivilen Ungehorsams“ oder „symbolischer Gewaltanwendung“ zählen, also durchaus Formen, die auch im Rancièreschen Sinne „wahre“ Politik darstellten (Weber 2012: 223).

Barbers Ausgangspunkt ist die Diagnose einer Selbst- und Weltentfremdung der Menschen und des damit einhergehenden Sinnverlusts: Trotz (oder wegen) zunehmender Vergesellschaftung nehme die Anonymisierung zu (ebd.: 231). Damit greift ein ähnliches Argumentationsmuster wie etwa beim Soziologen Anthony Giddens (Entbettung, vgl. Giddens 1988) oder beim Geographen Benno Werlen (Entankerung, vgl. Werlen 1987): „Der abstrakte Begriff der Person, der als emanzipatorische Hypothese so fruchtbar war, hat durch seine unvermeidliche Verdinglichung (...) die Ideen des demokratischen Gemeinwesens und der demokratischen Kooperation untergraben und zerrüttet“ (Barber 1995: 368, zit. n. Weber 2012: 231). Barber stellt fest, dass insbesondere durch die ökonomische Globalisierung Subjekte immer weniger eine politische Bürger- und immer mehr eine entpolitisierte Konsumentenrolle tragen (Weber 2012: 232) – ein Aspekt, der auf die sozialraumorientierten Politiken der „Sozialen Stadt“, „Projets Urbains“ oder „Politique de la Ville“ übertragbar ist, wo „Bewohner“ als „Zielpersonen“ oder „Zielgruppen“ „aktiviert“, „motiviert“ und „Selbstverantwortlichkeit lernen“ sollen (vgl. Guhl 2015).

Das Partizipationsverständnis von Barber ist transformativ und intrinsisch zugleich. Nach Barber hat die vielfach diagnostizierte Politikverdrossenheit weniger mit mangelndem politischen Interesse zu tun als eher mit einem Gefühl geringer Selbstwirksamkeit. Diese Selbstwirksamkeit, so Barber, ließe sich am besten in der alltäglichen Lebenswelt vor Ort, also z.B. im Sozialraum- bzw. im Quartierskontext, erfahren (vgl. Weber 2012: 235f). Transformativ könnte dies nach Barber wirken, indem von der lokalen Ebene aus auch die Gesamtgesellschaft reformiert würde, d.h. ausgehend von einer Demokratisierung z.B. in Quartieren und Nachbarschaften kann auch von der Makroebene aus eine demokratische Erneuerung im Sinne einer Emanzipation ausgehen (bottom up).

Dabei legt er davon zugrunde, dass individuelle Freiheit ihren Ursprung in der Praxis kooperativen Handelns und in der Urteilskraft hat (nicht im subjekten „Willen“) und sich darüber hinaus Partizipation vor allem in der lokalen Selbstverwaltung manifestiert. Handeln stellt nach Barber Kommunikation dar, ist aber nicht auf maximalen Konsens oder gar Wahrheitsfindung ausgerichtet: Vielmehr können auch konflikthafte sowie auf einer bestmöglichen Urteilskraft beruhende politische Aushandlungsformen im Mittelpunkt stehen. Dieser Maßstab setzt hohe selbstreflexive Anforderungen an den Sprechakt voraus, was vielfach als überfordernd und nicht umsetzbar kritisiert wurde (vgl. Weber 2012: 237f.). Barber jedoch vertraut auf die Wirkungen des „learning by doing“ und auf einen geradezu „ansteckenden“ Effekt von Partizipation auf der lokalen Ebene, welcher der Entfremdung entgegenwirke (ebd.: 238, vgl. auch Hüther 2013). Auch diese Ideen wurden oft als zu idealistisch kritisiert: „Seine Erwartung, durch Partizipation könnten das Konfliktpotenzial vermindert und ‘Fremde’ zu ‘Nachbarn’ [...] werden, beruht auf der These einer rein partizipativen Gemeinschaftsbildung [...], die utopisch anmutet“ (Weber 2012: 244).

Barbers Demokratietheorie unterscheidet sich von vielen anderen Ansätzen (insbesondere auch postpolitischen Ansätzen, die weithin in einer dystopischen Gegenwartsanalyse verbleiben oder sich nur sehr allgemeine Empfehlungen abringen) darin, dass sie auch konkrete Organisations- und Handlungsoptionen für eine neue partizipativ-demokratische Ausrichtung vor Ort bereithält. So werden zum einen sog. Nachbarschaftsversammlungen vorgeschlagen, in denen lokale Probleme diskutiert und gelöst werden sollen (vgl. Barber 1994: 241ff.). Höhere Entscheidungsebenen sollen zugänglicher gemacht werden, indem z.B. Ämter per Losverfahren vergeben und Schöffengerichte eingeführt werden. Durch unterstützende Maßnahmen, wie z.B. im Bereich der Stadtplanung, der Architektur, der Gestaltung öffentlicher Räume oder auch des Bildungswesens, soll darüber hinaus ein partizipationsfreundliches Klima geschaffen werden. Dies soll durch

entsprechende Kommunikationskampagnen und Wissensvermittlung auch durch elektronische Medien begleitet werden (von Barber in der Originalausgabe 1984 „Teledemokratie“ genannt). In weiten Teilen ist der Ansatz Barbers auf der sozialräumlichen Quartiersebene angesiedelt und deshalb höchst anschlussfähig an die Debatten um eine Sozialraumorientierung.

## 5 Fazit: Sozialräume als Heterotopien

Geht man davon aus, dass postpolitische Ansätze bisweilen als zu dystopisch (und „normativ defätistisch“ [Jörke 2010: o.S.]) und partizipativ-demokratische oder kommunitaristische Ansätze letzten Endes doch als zu utopisch erscheinen, um sie direkt umzusetzen, stellt sich die Frage, worin eine echte, emanzipatorische Perspektive für die künftige Stadtentwicklung und damit auch die Handlungsfelder Sozialer Arbeit im Kontext Stadt bestehen könnte.

Die treffende Gegenwarts-Diagnose mag darin liegen, die langfristige Utopie in neuen, emanzipatorischen Formen sozialen Miteinanders in sozialräumlichen Kontexten zu sehen – die urbanen, politischen Experimente auf dem Weg dorthin sind jedoch anderswo zu verorten. Nischen der Redemokratisierung und echter sozialer Stadtentwicklung gibt es bereits heute, und dies vor allem in Quartieren und Nachbarschaften (vgl. dazu auch Oehler/Drilling/Guhl 2015).

Swyngedouw plädiert daher für eine Öffnung gegenüber urbanen Utopien, die neue Wege und Gesellschaftsentwürfe aufzeigen und benennen können (2013: 154). Darüber hinaus betont aber auch er die Relevanz von „Zwischenräumen“ und „Fragmenten“ in der Stadt, in denen die Rancièresche „Polizeiordnung“ zumindest temporär nicht greifen mag und in denen sich neue, ggf. wegweisende soziale und kulturelle Praktiken entfalten können (ebd.: 154f.), wie etwa in Sojas „Dritten Räumen“ (Soja 1996) oder Foucaults „Heterotopien“ (Foucault 1991). Derartige Situationen sind z.B. bei nonkonformen Community Organizing-Aktivitäten in benachteiligten Quartieren, in systemabweichenden Organisationen wie z.B. Mietshäuser-Syndikaten oder ungeplanten Entwicklungen wie etwa bei Hausbesetzungen zu beobachten, in denen „Anteilslose“ – temporär oder dauerhaft – Strukturen aufbauen und sich Gehör verschaffen können.

Versteht man Raum (oder auch: den Sozialraum) als eine durch diskursiv konstruierte Machtstrukturen geschaffene Ordnungsstruktur, so kann man anknüpfend an Rancière die (sozial)räumliche Ordnung auch als eine emanzipative Sphäre des „Demokratiemachens“ verstehen (vgl. Rosemann 2013: 48). Zwar könne, wie Rosemann betont (ebd.: 53 ff.), angesichts der gängigen Planungspraxis (konsensorientiert, kommunikativ, etc.) mit Rancière nie von „echten“ demokratischen

Gelegenheiten gesprochen werden, es sei aber zumindest möglich, bewusst im Kontext einer demokratischen Idee zu handeln. Gerade in der Planungspraxis und damit auch der darauf bezogenen sozialarbeiterischen Praxis gibt es immer wieder Situationen, in denen demokratische Momente im Sinne Rancières oder auch utopische im Sinne der frühen Sozialraumorientierung aufkommen. Rosemann plädiert deshalb für eine „demokratiebewusste Planung“, also „eine Planung, die möglichst wenige politische Momente unterdrückt und Konflikt und Subjektivierung ermöglicht“ (ebd.: 56). Sozialraumorientierung könnte so als ein Nukleus einer gesamtgesellschaftlichen Erneuerung und demokratischen Emanzipation verstehbar werden.

### Literatur

- Barber, B. 1994: *Starke Demokratie*. Hamburg  
– 2003: *Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age*. Berkeley, Los Angeles, London
- Bingel, G. 2011: *Sozialraumorientierung revisited. Geschichte, Funktion und Theorie sozialraumbezogener Sozialer Arbeit*. Wiesbaden
- Boulet, J./Krauss, J./Oelschlägel, D. 1980: *Gemeinwesenarbeit. Eine Grundlegung*. Bielefeld
- Brülle, H./Marschall, A. 1981: *Sozialarbeit im Stadtteil -Der soziale Raum als Strukturprinzip kommunaler Sozialarbeit*. In: *Neue Praxis, Sonderheft 6*, Neuwied, 82-88
- Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG) 1990 (Hrsg.): *Achter Jugendbericht. Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe*. Bonn
- Crouch, C. 2008: *Postdemokratie*. Frankfurt am Main
- Curavia 2013: *Fachzeitschrift Verband Heime und Institutionen Schweiz, Ausgabe 7/8 2013: Sozialraumorientierung*. Bern
- Dewey, J. 1927: *The Public and Its Problems*. New York
- Dikeç, M. 2002: *Police, Politics, and the right to the city*. *GeoJournal* 58: 91-98
- Foucault, M. 1991: *Andere Räume*. In: Wentz, M. (ed.): *Stadt-Räume*. Frankfurt am Main/New York, 65-72
- Franklin, D., L. 1986: *Mary Richmond and Jane Addams: From Moral Certainty to Rational Inquiry in Social Work Practice*. In: *Social Service Review* (60) 4, 504-525
- Franzen, A./Freitag, M. 2007: *Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen*. Sonderheft 47/2007 der KZfSS (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie)
- Freire, P. 1971: *Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit*. Stuttgart
- Freund, M. 1965: *Der Liberalismus*. Stuttgart
- Giddens, A. 1988: *Die Konstitution der Gesellschaft*. Frankfurt am Main

- Glazze, G./Mattissek, A. 2009: *Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe*. In: Glazze, G./Mattissek, A. (eds.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld
- Gomes de Matos, C. (2013): *Das Modell Barcelona – Partizipation, Protest und Postpolitik*. *sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*(2): 121-140.
- Guhl, Jutta 2015 (i.E.): *Die Programme der integrierten Stadt- und Quartiersentwicklung in Deutschland und der Schweiz und die Rolle der Gemeinwesenarbeit*. In: Drilling, M./Oehler, P. (Hrsg.): *Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen*. Wiesbaden
- Habermas, J. 1981: *Theorie des kommunikativen Handelns* (2 Bände). Frankfurt a.M.
- Hinte, W. 2006: *Geschichte, Quellen und Prinzipien des Fachkonzepts „Sozialraumorientierung“* (Einleitung). In: Budde, Wolfgang/Früchtel, Frank/Hinte, Wolfgang (Hrsg.): *Sozialraumorientierung. Wege zu einer veränderten Praxis*. Wiesbaden, 7-24
- Hüther, G. 2013: *Kommunale Intelligenz. Potenzialentfaltung in Städten und Gemeinden*. Hamburg
- Institut für Demoskopie, Allensbach (ed.) 2013: *Motive des bürgerschaftlichen Engagements. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung. Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. Allensbach
- Jörke, D. 2010: *Was kommt nach der Postdemokratie? vorgänge* (online) 190(2): o.S.
- Kamleithner, C. 2009: *„Regieren durch Community“: Neoliberale Formen der Stadtplanung*. In: Drilling, M./Schnur, O. (eds.): *Governance der Quartiersentwicklung*. Wiesbaden, 29-48
- Kessl, F./Reutlinger, Ch. 2007: *Sozialraum. Eine Einführung*. Wiesbaden  
– 2010: *Sozialraum*. In: Reutlinger, Christian/Fritsche, Caroline/Lingg, Eva (Hrsg.): *Raumwissenschaftliche Basics. Eine Einführung für die Soziale Arbeit*. Wiesbaden, 247-255
- Keupp, H. 2000: *Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden* (Autorenband 3 der SPI-Schriftenreihe). München  
– 2013: *Entwickeln wir uns zu einer Gesellschaft der Ichlinge? Neue Formen des Zusammenlebens* (Vortrag). 13. Münchner Wissenschaftstage
- Kunstreich, T. 2014: *Grundkurs Soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit*. Bd. 1, Blicke auf die Jahre 1850, 1890, 1925 und 1935. 2014 (Impulse – Werkstatt Fachhochschule 6). URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-369583> (Zugriff 10.1.2014)
- Lanz, S. 2009: *Powered by Quartiersmanagement: Füreinander Leben im „Problemkiez“*. In: Drilling, M./Schnur, O. (eds.): *Governance der Quartiersentwicklung. Theoretische und praktische Zugänge zu neuen Steuerungsformen*. Wiesbaden, 219-225

- Mayer, M. 2003: The Onward Sweep of Social Capital: Causes and Consequences for Understanding Cities, Communities and Urban Movements. *International Journal of Urban and Regional Research* 27(1), 110-132
- Meyer, K. 2011: Kritik der Postdemokratie. Rancière und Arendt über die Paradoxien von Macht und Gleichheit. *Leviathan* 39, 21-38
- Müller, C.W. 1988 *Wie Helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der Sozialarbeit.* Bd. 1, 1883-1945. Weinheim
- Mullis, D./Schipper, S. 2013: Die postdemokratische Stadt zwischen Politisierung und Kontinuität. Oder ist die Stadt jemals demokratisch gewesen? *sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*(2), 79-100
- Oehler, P./Drilling, M. 2013. Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Stadtentwicklung: Eine theoriegeschichtliche Spurensuche. In: Drilling, Matthias/Oehler, Patrick (Hg.): *Soziale Arbeit und Stadtentwicklung: Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen.* Wiesbaden, 13-41
- Oehler, P./Drilling, M./Guhl, J. 2015 (i.E.): Nachbarschaft – Reformulierung eines Konzeptes von Sozialer Arbeit im Kontext der unternehmerischen Stadt. In: Oehler, Patrick/Thomas, Nicola/Drilling, Matthias (Hrsg.): *Quartiersbezogene Soziale Arbeit in der unternehmerischen Stadt – Kontextanalysen und Handlungsansätze.* Wiesbaden
- Oelschlägel, D. 2013: Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer parteilichen Perspektive. In: Drilling, Matthias/Oehler, Patrick (Hrsg.): *Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen.* Wiesbaden
- Otto H.-U./Ziegler H. 2005: Sozialraum und sozialer Ausschluss – Die analytische Ordnung neo-sozialer Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit. In: Anhorn, R./Bettinger, F./Stehr, J (Hrsg.): *Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit.* Wiesbaden, 115-145
- Rancière, J. 2002: *Das Unvernehmen.* Frankfurt am Main
- Ritzi, C. 2014: *Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit.* Wiesbaden
- Rose, N. 2000: Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, T. (eds.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen.* Frankfurt/Main, 72-109
- Rosemann, T. 2013: Planning in the Face of Democracy. Mit Jacques Rancière über Raumplanung und Demokratie nachdenken *sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*(2), 41-60
- Schnur, O. 2003: *Lokales Sozialkapital für die 'soziale Stadt'. Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit.* Opladen
- Soja, E. W. 1996: *Thirdspace: Journeys to Los Angeles and Other Real-and-Imagined Places.* Malden (Mass.)
- Swyngedouw, E. 2013: Die postpolitische Stadt. *sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*(2), 141-158

- Thiersch, H. 1992: *Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel.* Weinheim/München
- 1993: *Alltag.* In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.): *Fachlexikon der Sozialen Arbeit.* Frankfurt/Main, 17-19
- Weber, F. 2012: Selbstbestimmung durch Teilhabe. Theorie der partizipativen Demokratie (Benjamin Barber, Ingeborg Maus). In: Lembcke, O. W./Ritzi, C./Schaal, G. S. (eds.): *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien.* Wiesbaden, 223-254
- Wendt, R. W. 2008: *Geschichte der Sozialen Arbeit. Die Gesellschaft vor der sozialen Frage.* Bd 1. Stuttgart
- Werlen, B. 1987: *Gesellschaft, Handlung und Raum. Grundlagen handlungstheoretischer Sozialgeographie.* *Erdkundliches Wissen, Heft 89.* Stuttgart

*Matthias Drilling, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, Hochschule für Soziale Arbeit, Thiersteinallee 57, 4053 Basel  
E-Mail: matthias.drilling@fhnw.ch*

*Patrick Oehler, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, Hochschule für Soziale Arbeit, Thiersteinallee 57, 4053 Basel  
E-Mail: patrick.oehler@fhnw.ch*

*Olaf Schnur, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, Hochschule für Soziale Arbeit, Thiersteinallee 57, 4053 Basel  
E-Mail: olaf.schnur@fhnw.ch*



Sebastian Dirks, Fabian Kessl & Kristina Schulz

## (Re)Produktion von (Un)Ordnung im öffentlichen Raum

### Einleitung

„Sozialraumorientierung“ dient inzwischen als Catch-all-Begriff, der differente Praxiskonzepte im Feld der sozialen Dienstleistungen wie die der Gemeinwesenarbeit, der sozialen Stadtteilarbeit oder des Quartiersmanagements, zusammenzufassen versucht (vgl. zum Überblick Kessl & Reutlinger 2015/i.E.). Soziale Arbeit findet sich dabei zunehmend in einem stadtentwicklungs-, aber auch ordnungspolitischen Zusammenhang wieder (vgl. Baum 2007, Diebäcker 2014). In der Entwicklung und Umsetzung entsprechender sozialraumorientierter Angebote zeigt sich eine Verschiebung von einer Klient\_innenzentrierung hin zu einer Ortsorientierung Sozialer Arbeit (Dirks et. al. 2016/i.E.). Soziale Arbeit sieht sich mit dem Auftrag konfrontiert, problematisierte Orte zu bearbeiten, statt die Lebenslagen und die damit verbundenen Alltagspraktiken der Menschen, wie z.B. Nutzungsstrategien und Bewältigungsleistungen, in den Blick zu nehmen. Besonders deutlich zeigt sich diese Transformation Sozialer Arbeit in den Fällen, wo ihre Angebote im öffentlichen Raum verortet sind, wie die vorliegenden Forschungsergebnisse zeigen.

Die folgenden Überlegungen basieren auf den Befunden des Forschungsprojektes „Urbane Raum(re)produktion Sozialer Arbeit“<sup>1</sup>, das von Oktober 2012 bis Februar 2015 an der Universität Duisburg-Essen durchgeführt wurde. Das Projekt

---

<sup>1</sup> In dem Forschungsprojekt „Urbane Raum(re)produktion Sozialer Arbeit“ wurden in einem Zeitraum von sechs Monaten vier Projekte der Sozialen Arbeit ethnographisch begleitet und untersucht. Jeweils zwei dieser Projekte sind in einem Stadtentwicklungsgebiet einer bundesdeutschen Großstadt situiert und weisen einen direkten, konzeptionellen Bezug zu Fragen der Stadtteilentwicklung auf. Im Fokus der Forschung standen die professionellen Praktiken der Fachkräfte Sozialer Arbeit in

fokussierte u.a. Prozesse der (Re)Produktion öffentlicher (Un)Ordnung, an denen Soziale Arbeit im Kontext laufender Stadtteilentwicklungsprozesse beteiligt ist. Der vorliegende Beitrag zielt daher auf einen spezifischen Ausschnitt einer sozialraumorientierten Sozialen Arbeit, nämlich auf diejenigen sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Angebote, in denen (Un)Ordnung im öffentlichen Raum den Gegenstand der fachlichen Bearbeitung darstellt.

Grundlagentheoretisch beziehen wir unsere Überlegungen auf Henri Lefebvres theoretische Konzeption zur Produktion des Raumes, die wir methodologisch an eine Praxeografie (Schmidt 2012) anschließen. Unsere Analyseperspektive ist demnach auf Soziale Arbeit in ihrem alltäglichen Tun gerichtet, um zu rekonstruieren, wie diese dazu beiträgt, Prozesse der (Re)Produktion von (Un)Ordnung im öffentlichen Raum zu gestalten, neu auszuloten, zu verändern und damit professionell Raum herzustellen bzw. Raum zu machen.

Im ersten Abschnitt werden wir anhand der Analyse von Beobachtungsprotokollen und offiziellen Planungsdokumenten zeigen, wie Fachkräfte der Sozialen Arbeit in ihrem alltäglichen Tun den Prozess der (Re)Produktion von (Un)Ordnung realisieren. Die beobachteten Praktiken werden dabei als Muster der Sortierung und Zonierung gefasst. Der zweite Abschnitt stellt im Anschluss an Lefebvres Theorie über die Produktion des Raumes (Lefebvre 1974/2010) eine raumtheoretische Position vor, die Räumlichkeit als gesellschaftliches Produkt begreift. So kann die Herstellung der von (Un)Ordnung im öffentlichen Raum als in einer „nie zum Stillstand kommenden Dialektik“ (Dünne & Günzel 2006: 298) eines materiell-wahrgenommenen, diskursiv-konzipierten und subjektiv-gelebten Raumes analysiert werden. Diese theoretische Deutungsfolie eröffnet im dritten Abschnitt den Blick auf Ambivalenzen und Widersprüche in der räumlichen Praxis Sozialer Arbeit. Der vierte Abschnitt wird vor diesem Hintergrund den Vorschlag eines empirischen, prozessualen Ordnungsbegriffs vorstellen, der die Dualität von öffentlich/privat hin zu einer Dualität von sichtbar/unsichtbar verschiebt.

---

den vier Einrichtungen der beiden Kommunen mit Blick auf die darin analysierbaren Prozesse der urbanen Raum(re)produktion.

## 1 Sortierung als Muster von Praktiken der urbanen Raum(re)produktion

### 1.1 Das Ordnungskonzept: „ein genereller Eindruck von Unordnung und Unsauberkeit verunsichern“

Der Einsatz Sozialer Arbeit im öffentlichen Raum ist hinsichtlich der jeweiligen kommunalpolitisch formulierten Aufgabenstellung wie dem fachlichen Selbstverständnis eng mit Ordnungsvorstellungen verbunden (vgl. Abeling & Ziegler 2004). Grundlage der alltäglichen Arbeit der in diesem Beitrag dargestellten Einrichtung ist das Konzeptpapier „Lebenswertes Holzhausen“<sup>2</sup>, das Ziele für eine bauliche sowie soziale Entwicklung des Stadtteils Holzhausen ausformuliert. Basis des Konzepts ist eine Analyse des aktuellen Zustands des Stadtteils, der als defizitär bestimmt, aber zugleich in Bezug auf mögliche Entwicklungspotentiale und aktivierbare Ressourcen beschrieben wird.

Zentral gesetzt werden dabei Fragen einer „sozialen“ Entwicklung des Stadtteils. Als Kernaufgaben findet sich die Bearbeitung von „Problemen, die mit einer räumlichen Segregation in der Großstadt verbunden sind“ (Aktionsplan: 7). Diese sollen über die Schaffung einer sozialräumlichen Betreuungsstruktur, so das Konzept weiter, für die verschiedenen aufgeführten Problemgruppen, Alkohol- und Drogenkonsumierende, Migrant\_innen sowie erziehungsschwache Familien vermindert werden. Darüber hinaus wird in dem Konzept ein „lokales Managementsystem für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit“ gefordert, mit dem nicht nur Toleranz und Hilfe für benachteiligte Menschen angeboten werden sollen, sondern in dem auch betont wird, dass „von diesen Problemgruppen (ein) sozialverträgliches Verhalten einzufordern“ sei. Das „saubere“, „sichere“ und „soziale“ Holzhausen markiert die drei ausgewiesenen Leitziele der Stadtteilentwicklung. Erreichbar sei dies durch die Umsetzung zahlreicher Maßnahmen, u.a. eben durch die Installierung von Angeboten der Sozialen Arbeit.

Dem Entwicklungskonzept für Holzhausen ist somit eine explizite und spezifische Vorstellung von Ordnung im öffentlichen Raum einer Großstadt inhärent. Das zeigt sich explizit unter dem Punkt „Sicheres Holzhausen“. Hinsichtlich der Zielgröße Sicherheit wird hier konkretisiert:

---

2 Alle Namen von Einrichtungen, Personen sowie Stadtteilen sind anonymisiert. Holzhausen ist ein Stadtteil in einer Großstadt im Ruhrgebiet. Die Nennung des Stadtnamens würde Rückschlüsse auf die beobachtete Einrichtung zulassen. Zitierte Konzeptpapiere sowie Verordnungen sind daher ebenfalls anonymisiert.

„Eines der großen Aufgabenfelder in Holzhausen ist, dafür Sorge zu tragen, dass sich die dort lebenden Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen. Ansammlungen von Menschen auf Gehwegen, Trinkerszenen in Grünanlagen und ein genereller Eindruck von Unordnung und Unsauberkeit verunsichern die Bevölkerung zunehmend.“ (Konzept Lebenswertes Holzhausen: 8)

Ordnung im öffentlichen Raum meint hier also die Abwesenheit von Menschenansammlungen und Trinkerszenen an bestimmten Orten sowie die Abwesenheit einer nicht weiter bestimmten fehlenden Ordnung und Sauberkeit. Der Ausschluss von Menschen mit einem bestimmten Verhalten von öffentlichen Orten, der sich auch empirisch als Alltagspraxis in Holzhausen zeigt, wie im weiteren Text noch deutlich wird, ist für die Autor\_innen des Konzepts „Lebenswertes Holzhausen“ eine Grundbedingung für die Herstellung von Ordnung im öffentlichen Raum. Die Umsetzung der damit verbundenen Ordnungsmaßnahmen ist u.a. Aufgabe der, im Rahmen unseres Forschungsprojekts begleiteten Einrichtung *Treffpunkt Zusa*.

### 1.2 Die Ordnung in der Praxis: Sortierung als räumliches Muster

Der *Treffpunkt Zusa* ist eine, an Alkohol konsumierende Menschen gerichtete Einrichtung und befindet sich in einer zuvor als Eckkneipe genutzten Räumlichkeit fußläufig zum Holzmarkt, dem zentralen Platz im Quartier. Der Aufenthalt der als „Trinkerszene“ problematisierten Menschen auf dem Holzmarkt wird in einem medial vermittelten Diskurs als störend thematisiert und ist Inhalt von kommunalpolitischen, medialen wie nachbarschaftlichen Auseinandersetzungen über die Nutzung und Attraktivität des Platzes. Faktisches Ziel des Angebots im *Treffpunkt Zusa* ist es – im Sinne des Konzeptes „Lebenswertes Holzhausen“ –, die Zielgruppe vom Holzmarkt in die Einrichtung zu lenken. Für die Beratung und Betreuung der dortigen Gäste, einschließlich der Vermittlung an andere Beratungs- und Hilfseinrichtungen, ist eine angestellte Fachkraft (Sozialarbeiterin) zuständig.

Politische Legitimation erhält die Einrichtung aus dem übergreifenden Ziel, den Holzmarkt für andere Nutzer\_innen, z.B. Familien, Kinder und ältere Menschen, attraktiver zu machen. Damit wird bereits die Einbettung des Projektes *Treffpunkt Zusa* in die kommunale Stadterneuerungsstrategie für den Stadtteil deutlich, die im Konzeptpapier festgeschrieben ist. Beim *Treffpunkt Zusa* handelt es sich um ein relativ junges Projekt (seit 2012), dessen organisationale Bedingungen durch eine vorab festgelegte Befristung – mit der Option auf eine kurz- bis mittelfristige Verlängerung – gekennzeichnet sind. Eine Ordnungsinstanz stellt der *Treffpunkt*

*Zusa* insofern dar, als er beauftragt ist, sich daran zu beteiligen, die ausgemachte Un-Ordnung im Stadtteil in eine spezifische (neue) Ordnung zu überführen. Ein zentrales Instrument dafür stellen die täglichen Rundgänge der Fachkräfte durch den Stadtteil dar.

Isabell, die Sozialarbeiterin im *Treffpunkt Zusa*, geht einmal täglich mit ihrem Kollegen Günther<sup>3</sup> eine Runde durch Holzhausen. Dabei orientieren sie sich an einer vom Ordnungsamt der Stadt vorgegebenen Route, in der einschlägige und vermeintliche Aufenthaltsorte der Zielgruppe des *Zusa* vermerkt sind. Die Beobachtungen der Alltagspraktiken zeigten allerdings schnell, dass Isabell und Günther diese Route in unterschiedlicher Weise variieren bzw. von dieser abweichen. Diese Variationen und Abweichungen begründen sie mit tagesaktuellen Geschehnissen (Wetter, Zeit, andere Erledigungen auf dem Weg), der eigenen Arbeitserfahrung, wo Menschen anzutreffen sind und wo nicht oder wo mit ihnen Kontakt aufgenommen werden kann, aber auch mit Ansprüchen, die von Dritten ihnen gegenüber formuliert werden: Bei einem Koordinationstreffen mit Mitarbeiter\_innen des Ordnungsamtes und anderen Vertreter\_innen sozialer Einrichtungen aus dem Stadtteil, wurden die Fachkräfte des *Treffpunkts* dazu aufgefordert, ihre tägliche Runde zu einem nahe gelegenen Park auszudehnen. Dort werde ebenfalls die Zielgruppe des *Treffpunkt Zusa* – Alkohol konsumierende Menschen – vermutet:

„Am Susannenpark angekommen, verlangsamten sich Günnis und Isabells Schritte, die beiden besprechen etwas miteinander. Dabei bleiben sie stehen und erklären uns mit Blick auf die wenigen anwesenden Menschen, die sich in Zweier- und Dreier-Grüppchen im Park aufhalten, warum sie diese jetzt nicht ansprechen.“ (BP07\_TZ01\_K Zeile 125-129)

In welcher Weise wird die Zielgruppe von den Fachkräften auf diesen Rundgängen von den Mitarbeiter\_innen des *Zusa* fokussiert, wie realisiert sich im Alltag also die aufgegebene Ordnungsvorstellung für den öffentlichen Raum in Holzhausen? Zuerst einmal wird deutlich, dass Personen territorial verortet werden: „Auf einer Parkbank sitzen zwei Männer, die ein Bier trinken und ihre Fahrräder neben sich stehen haben.“ (BP07\_TZ01\_K Zeile 129f.) Artefakte, also bestimmte Dinge, dienen an dieser und anderen Stellen im ethnographischen Material zur Identifizierung von Akteur\_innen gemäß ihrer Zuordnung oder Nichtzuordnung zur fokussierten Zielgruppe. So dienen im vorliegenden

3 Günther wird im Arbeitsalltag der Einrichtung Günni genannt und wurde auch von den Beobachter\_innen so angesprochen, deswegen wird im Folgenden diese Form hier beibehalten.

Fall die mitgeführten Fahrräder als Erklärung dafür, warum die beiden Personen von den *Zusa*-Mitarbeiter\_innen nicht angesprochen werden, obwohl sie „ein Bier trinken“ und damit ein zentrales Charakteristikum für Mitglieder der Zielgruppe des *Treffpunkt Zusa* aufweisen: „Günni erklärt, dass allein das mitgeführte Fahrrad dafür spreche, dass sie sich hier nicht langfristig aufhalten, sondern mehr auf dem Weg hier vorbeigekommen sind, um die Nachmittags-sonne und ein Feierabendbier zu genießen (BP07\_TZ01\_K Zeile 130-132).“ Weitere anwesende Personen werden anschließend von Isabell identifiziert und ebenfalls hinsichtlich ihrer (Nicht-)Zugehörigkeit zur Zielgruppe des *Zusa* eingeordnet:

„Sie sagt, dass es doch schwierig wäre damit umzugehen, wen sie ansprechen soll und wen nicht. Sie zeigt auf eine Gruppe von drei Menschen, die nicht weit von uns auf dem Gras sitzen. Sie sagt, dass das nicht die Zielgruppe vom Treffpunkt Zusa wäre, aber sie würden auch im Park sitzen, ihr Bierchen trinken und die Sonne genießen.“ (BP08\_TZ01\_M Zeile 115-119)

Die Fokussierung der Zielgruppe geschieht also nicht nur territorial, sondern ist zugleich mit einem, durchaus elaborierten, Identifizierungsprozess verbunden, der sich als mehrschrittiges Verfahren beschreiben lässt: Zuerst wird eine personenbezogene Benennung (‘Dreiergruppe’) der Akteur\_innen vollzogen, diese werden territorial verortet (‘im Gras sitzend’) und schließlich wird eine Erklärung für die (Nicht-)Ansprache der Personen durch die *Zusa*-Mitarbeiter\_innen (‘Sonne genießen’) formuliert.

Wie die Mitglieder der Zielgruppe des *Zusa* von den beiden Mitarbeiter\_innen ausgemacht werden, zeigt die folgende Sequenz. „Isabell fügt hinzu, dass es am besten an regnerischen/ kalten Tagen auszumachen ist, denn keine Menschen, die nur mal zwischendurch trinken würden, würden sich dann in den Park oder auf den Holzmarkt setzen (BP08\_TZ01\_M Zeile 124-126). Potenzielle Nutzer\_innen des *Treffpunkt Zusa*, regelmäßige Trinker\_innen, werden also dadurch identifiziert, dass sie auch bei schlechtem Wetter auf dem Platz sind – im Unterschied zu denjenigen, die „nur mal zwischendurch trinken“ bzw. nur ein „Feierabendbier“.

Diese Sequenz macht auch deutlich, wie das Muster der Sortierung in der Alltagspraxis der *Zusa*-Mitarbeiter\_innen greift: Ein Bündel von Praktiken, das mit dem mehrschrittigen Identifizierungsprozess benannt wurde, erlaubt es den Mitarbeiter\_innen des *Treffpunkts*, die Personen im öffentlichen Raum als Mitglieder oder Nicht-Mitglieder ihrer Zielgruppe auszumachen und sie entsprechend zuzuordnen. Sortiert wird dabei visuell, also durch Beobachtung der anwesenden Personen. Einen verbalen Kontakt nehmen die *Zusa*-Mitarbeiter\_innen ggf. erst anschließend auf.

Für die Frage nach der Ordnungspraxis der *Zusa*-Mitarbeiter\_innen ist dabei besonders interessant, dass eine Zugehörigkeit zur Zielgruppe nicht alleine über das Kriterium des beobachtbaren „Alkoholkonsums“ bestimmt wird, sondern erst im Zusammenwirken dieses Verhaltensmusters mit anderen Kriterien: Nicht der Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit an sich, wie er inzwischen z.B. in manchen Kommunen an bestimmten Plätzen oder im öffentlichen Nahverkehr verboten ist, ist das allein entscheidende Kriterium, sondern die Unterscheidung bestimmter Formen des Alkoholkonsums. Allerdings machen die Fachkräfte nicht explizit deutlich, welche Art des Alkoholkonsums genau die Trinkenden zu Angehörigen der Zielgruppe des *Treffpunkts Zusa* macht. In ihrem Praxismuster „Sortierung“ – mit einer lokalisierten Zuordnung bestimmter Personen zur Zielgruppe und anderer Personen nicht – zeigt sich somit eine situative Ordnung: Die Fachkräfte sortieren die vorgefundenen Personen in der Situation. Erst diese vorgefundene (situative) Ordnung wird als aktueller Zustand der Verteilung von Personengruppen mit einer konzeptionell gewünschten Ordnung sowie eigenen fachlichen Ansprüchen abgeglichen. Nun könnte vermutet werden, dass diese situative Ordnungsproduktion ein Ergebnis der Ausnahmesituation darstellt, den Susannenpark zu besuchen, der außerhalb der behördlich vorgegebenen Route, und auch tatsächlich einmalig in der Praxis der *Zusa*-Mitarbeiter\_innen blieb.<sup>4</sup> Die beschriebenen Identifizierungspraktiken waren jedoch auch an Orten zu beobachten, die die Fachkräfte regelmäßig besuchen. Zugleich modifiziert sich dort das Muster der Sortierung und wird hier nun zu einer Zonierung, die eine vorgefundene territoriale Ordnung bestätigt und festschreibt.

### 1.3 Zonierung als eine Sonderform der Sortierung

Der Holzmarkt ist regelmäßig Ziel des Rundgangs, das Isabell und Günni bei ihrer täglichen Runde durch den Stadtteil aufsuchen. Auch hier wird das räumliche Muster der Sortierung wirksam, jedoch in einer etwas anderen Art und Weise. Nicht die Verhaltensmuster der Personen auf dem Platz, sondern ihre dortige territoriale Verortung bildet hier den Ausgangspunkt für die Zuordnung von Personen oder Personengruppen zur Zielgruppe des *Treffpunkts*. Der Platz wird von den Mitarbeiter\_innen dazu in verschiedene Bereiche eingeteilt. Daher sprechen wir bei dieser Form der Sortierung von einer Zonierung (vgl. Mohan 2006).

<sup>4</sup> Aufgrund der Feststellung, dass die avisierte Zielgruppe sich nicht an diesem Ort aufhält, schlossen die Fachkräfte den Ort von den folgenden Rundgängen aus.

Eine Zonierung meint einen geographischen Einteilungsprozess, der auf bereits erworbenem Wissen über die jeweiligen Teiltterritorien basiert und über die Territorialität selbst realisiert wird (von Borries 2012). Die Zuordnung von Personen oder Personengruppen zu einer Zone erfolgt über das Ausweisen einer Fläche oder eines Bereichs. So entsteht eine mentale Karte des Holzmarktes: Die westliche Seite des Platzes, von einem mittig durch den Platz führenden Weg aus gedacht, stellt für die *Zusa*-Mitarbeiter\_innen die Seite des „harten Kerns“ dar, mit einer Gruppe von Alkohol konsumierenden Personen. Diese treffen Isabell und Günni von Beginn ihrer Tätigkeit im Stadtteil an nach eigenen Aussagen immer auf dem Holzmarkt an. Alle Bemühungen, diese Personen in den *Treffpunkt Zusa* zu lenken, seien fehlgeschlagen:

„Wir gehen auf dem breiten Wege auf dem Holzmarkt alle nebeneinander. Wir bleiben stehen. Günni sagt, dass das links die „harte Truppe“ ist, die man nicht vom Holzmarkt wegbekommt. Er sagt, sie hätten oft mit ihnen geredet, immer ohne Erfolg. In der Gruppe sind Menschen, die sagen sie kommen nicht mit, weil schon ihr Großvater und Vater genau an dem Platz standen und ihr Bierchen getrunken haben.“ (TZ\_BP01\_M, Z. 96-101)

Die östliche Seite des Platzes ordnen Isabell und Günni einer anderen Gruppe zu, die ebenfalls spezifiziert wird, als sogenannte „Billardtruppe“. Diese hat ihren Namen von früheren Aufenthalten im *Treffpunkt Zusa*, wo die Mitglieder sich stets am Billardtisch aufhielten.

„Am Holzmarkt ist es deutlich voller als sonst. Viele Grüppchen befinden sich rund um die Bänke und Sitzgelegenheiten. Isabell und Günni grüßen in einige Richtungen. Sie erkennen genau, wer schon mal bei ihnen war und kennen einige Namen. Im rechten Teil des Holzmarkts steht die sog. Billardtruppe, auch Isabells „Freund“ ist da. Unter ihnen ist auch einer, der bis vor etwa einem halben Jahr täglich im *Treffpunkt Zusa* war und dann plötzlich nicht mehr gekommen ist. Sie weiß bis heute nicht warum und würde ihn eigentlich gerne ansprechen.“ (BP07\_TZ\_K, Z. 143-149)

Bereits diese beiden Ausschnitte verdeutlichen, in welcher Weise sich Isabell und ihr Kollege Günni bei ihren täglichen Rundgängen ein bestimmtes Wissen über ihre Klientel aufgebaut haben, das sich auf deren konkreten Aufenthaltsort auf dem Holzmarkt bezieht. Besonders auffällig wird dies gerade im Fall von Veränderungen, die sich in der einmal etablierten territorialen Ordnung zeigen. Im Rückgriff auf ihre mentale Kartografie fallen den Mitarbeiter\_innen des *Treffpunkts* Verschiebungen in der angenommenen territorialen Ordnung auf: „Auf der linken Seite ist auch heute wieder nicht soviel los, was Isabell erneut erstaunt. Sie sagt, dass sie es so gar nicht kenne, weil auf der linken Seite immer so der harte Kern sitzen würde, die aber gerade gar nicht mehr da wären.“

(BP24\_TZ\_M, Z. 106) Wie das Muster der Zonierung auf Basis des bereits erworbenen Wissens über die Verortung bestimmter Teilgruppen ihrer Klientel greift, zeigt das folgende Beispiel:

„Wir bleiben kurz in der Mitte stehen und sprechen über die Billardtruppe, die an ihrem angestammten Platz auf der rechten Seite sitzt. An einem Tisch in der Nähe sitzen drei junge Herren. Isabell rätselt, welchen Migrationshintergrund die drei haben könnten und sagt, dass es sie erstaune, dass die Billardtruppe mit ihnen in einem „Bezirk“ sitzen würde, weil sie sonst eher nicht so gut auf Menschen mit Migrationshintergrund zu sprechen sein würden. Während sie spricht, guckt sie in Richtung der Billardtruppe.“ (BP22\_TZ\_M Zeile 116-122)

Isabells Erstaunen über den Aufenthalt der „drei jungen Herren“ im „Bezirk“ der Billardtruppe in dieser Situation macht deutlich, wie sie auf ihre mentale Karte der Zonierung zurückgreift, die durch eine veränderte territoriale Ordnung verunsichert wird.

Mit dieser informellen zonierenden Praxis der *Zusa*-Mitarbeiter\_innen während ihrer Rundgänge, bei der spezifische Orte mit der Erwartung aufgesucht werden, die Zielgruppe bzw. einzelne von deren Mitglieder dort anzutreffen, verbinden sich aber auch mit formellen Zonierungen: Im Rahmen der Gefahrenabwehr (OBG §27(1)) und anderen damit verbundenen Gesetzesgrundlagen ist es legitim, bestimmte Orte mit spezifischen Rechtsnormen zu belegen. Dies wird auch im Fall des Holzmarktes genutzt: Eine Hälfte des Holzmarktes ist als „Spielplatz“ ausgewiesen, auf dem gemäß der ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung das Konsumieren von Alkohol verboten ist. Mit dieser Regelung ist der Holzmarkt also bereits formal zониert: in einen Bereich, der als Spielplatz den Konsum von Alkohol verbietet, und in einen parkähnlichen Bereich, der zum Aufenthalt und zur Erholung und eben auch als Ort des Alkoholkonsums nutzbar ist. Diese Zonierung materialisiert sich im Fall des Holzmarktes auch in Form einer baulichen Abgrenzung der beiden Territorien durch eine Reihe von Pollern.

Parallel zu den Sortierungs- und Zonierungspraktiken im öffentlichen Raum steht die Schaffung des *Treffpunkt Zusa* als neue Zone: Erst diese, eigens für die Klient\_innengruppe geschaffene Sonderzone erlaubt deren Verlagerung aus der Sichtbarkeit des öffentlichen Raumes in die weitgehende Unsichtbarkeit des zwar öffentlich geschaffenen, aber dennoch nicht-öffentlichen Raumes. Die ‘Zone der Alkohol Konsumierenden’ auf dem Holzmarkt wird damit – politisch gewollt – in eine Einrichtung der Sozialen Arbeit verlagert. Der damit einhergehende Ordnungsprozess erweist sich als durchaus ambivalent und widersprüchlich, wie noch zu zeigen sein wird (siehe Kap. 3.).

Alle drei zonierenden Praxen greifen als Prozesse des Ordnen in den öffentlichen Raum ein und bearbeiten diesen mit der Schaffung und Reproduktion neuer Ordnungen. Die Sortierung dient dabei der Bestimmung von Nutzer\_innen des öffentlichen Raumes als (Nicht-)Mitglieder der Zielgruppe. Die Zonierung als eine spezifische Form der Sortierung meint den Prozess des örtlichen Erkennens und Wissens, wo sich bestimmte Personen oder Teilgruppen der Zielgruppe aufhalten. So werden Zonen geschaffen, deren Nutzer\_innen durch die öffentlich verfasste Instanz Soziale Arbeit angerufen werden. Soziale Differenzen – als „Alkoholiker“ pathologisierte Menschen in Armutslagen gegenüber normalisierten Kindern, Familien und Senior\_innen – werden so räumlich (re)produziert sowie räumlich sortiert und markiert. Der *Treffpunkt Zusa* als Einrichtung, die für den legitimen Aufenthalt Alkohol konsumierender Menschen geschaffen wurde, delegitimiert damit zugleich den Aufenthalt der Menschen, die als Mitglieder der Zielgruppe des *Zusa* ausgemacht werden, an ihrem (bisherigen) Treffpunkt, dem Holzmarkt. Damit werden diese Personen aus diesem Teil des öffentlichen Raumes faktisch ausgeschlossen. Im Sinne des Konzepts „Lebenswertes Holzhausen“ dient dieser Ausschluss dazu, dem Holzmarkt seinen „öffentlichen“ Charakter zurückzugeben, und somit den diagnostizierten Zustand einer „Unordnung“ in eine „öffentliche Ordnung“ zurück zu überführen.

#### 1.4 Ordnung und Öffentlichkeit

Die Analyse der beschriebenen Muster von Praktiken, der Sortierung und der Zonierung im Kontext von Ordnung und Öffentlichkeit ergibt sich nicht zuletzt aus der Rede über Ordnung und Unordnung sowie die Problematisierung des Verlustes der Zugänglichkeit zu öffentlichen Räumen im anfangs benannten Stadtentwicklungskonzept und der Konzeption des *Treffpunkt Zusa*. Diesen Konzeptionen, die in der juristisch-formellen Zonierung des Parks ebenso ihre praktische Umsetzung finden wie in den informellen Zonierungspraktiken durch die *Zusa*-Mitarbeiter\_innen, liegen spezifische Ordnungs- und Öffentlichkeitsvorstellungen zugrunde. Das zeigt sich u.a. darin, dass bestimmt wird, welche Verhaltensweisen im öffentlichen Raum zulässig sind und welche einen Eindruck der Unordnung hinterlassen. Die in Holzhausen umgesetzten Maßnahmen erweisen sich damit als Teil der veränderten Differenzierung von privatem und öffentlichem Raum, wie sie seit den 1990er Jahren v.a. in der kritischen Stadtforschung thematisiert wird. Autor\_innen, wie Ronneberger et al. (1999), Belina (2006b) oder Siebel und Wehrheim (2006) machen dabei deutlich, wie politische Steuerungsentscheidungen, z.B. in Form einer zunehmenden Etablie-

rung kommerzialisierter und privatisierter urbaner Areale (Bareis 2007, Siebel & Wehrheim 2006), diese Differenzierung in ihrer bisherigen Form unterlaufen, verändern oder durchlässig machen.

Ausgangspunkt systematischer Bestimmungen des öffentlichen Raumes ist häufig die Konzeption von Öffentlichkeit als Ort eines nicht-ausschließenden, potenziell herrschaftsfreien Diskurses (Habermas 1962). Ohne auf die genaue theoretische Bestimmung dieser Öffentlichkeitsvorstellung und deren Bedingungen weiter einzugehen, ist für die vorliegende Betrachtung von Interesse, dass räumliche Arrangements – idealtypisch – dann als öffentlich kategorisiert werden können, wenn niemand von den entsprechenden Orten exkludiert ist. Oder vice versa: Ein Ausschluss macht diese Orte zu nicht-öffentlichen, eben privaten oder privatisierten Räumen (Belina 2006a). Dieser idealtypischen Dichotomisierung stehen nun allerdings die empirischen, also realen Verhältnisse entgegen (vgl. Siebel & Wehrheim 2003, Belina 2006a), wie sie auch in unseren empirischen Befunden deutlich werden. Deshalb sind diese alltäglichen Raumproduktionspraktiken auch an einigen Stellen in der jüngeren Vergangenheit zum Gegenstand der kritischen Stadtforschung geworden: Siebel und Wehrheim (2003: 4) schlagen in diesem Zusammenhang vor, die Veränderungen des öffentlichen Raumes im Spannungsfeld von privat und öffentlich in den vier Ebenen juristisch, funktional, sozial und materiell/ symbolisch zu fassen<sup>5</sup>. Damit beschreiben sie Prozesse der Privatisierung des öffentlichen Raumes, also der 'Ent-Öffentlichung', sowie des Vordringens des Öffentlichen in das Private. In den aktuellen Veränderungen der bisherigen Differenzierung von öffentlich und privat machen sie u.a. die Entstehung eines „halböffentlichen Raumes“ aus, wie er sich u.a. in Form von Shoppingmalls materialisiere, welche juristisch zwar privat, dem sozialen Charakter nach aber dem öffentlichen Raum zuzuordnen sind. Ebenso entstehe ein solcher Raum z.B. durch Mobiltelefone, durch die das Private in den öffentlichen Raum getragen werde. Diese Differenzierung geht jedoch davon aus, dass bestimmte Räume oder auch Praktiken (wie das Telefonieren) Träger der Eigenschaft privat bzw. öffentlich sind. Eine solche Konstruktion problematisiert wiederum Belina (2006a) und

5 Die Ebenen bestimmen sich folgendermaßen: Auf der juristischen Ebene ist der öffentliche Raum durch das öffentliche Recht bestimmt, über das die Hoheit über Ein- und Ausschluss bestimmt wird. Funktional weisen sie dem Öffentlichen den Markt und die Politik zu, während das Wohnen und der Betrieb dem Privaten zugeordnet sind. Sozial ist der öffentliche Raum der Ort des zurückgenommenen, distanzierten Verhaltens in einer Anonymität. Über die materiell/ symbolische Ebene werden die Zugänglichkeit auf der einen (öffentlich) und Exklusivität auf der anderen Seite (privat) signalisiert (Siebel & Wehrheim 2003: 4)

verweist darauf, dass das Habermassche Ideal für eine emanzipatorische Politik in Anspruch genommen werden könne, dies aber wie jede Rede vom Öffentlichen immer nur „ein strategisch eingesetztes, normatives Ideal [darstellt], das einem Raum interessegeleitet zugeschrieben wird“ (Belina 2006a: 24, Herv. im Original).

Diese strategische Ausrichtung wird in den empirischen Beispielen aus unseren Projekten sehr deutlich. Dem *de jure* öffentlichen Raum Holzmarkt wird seine soziale Öffentlichkeit abgesprochen. Die Nutzung des Ortes durch die als Ansammlung von Trinkern spezifizierte Gruppe macht es demnach anderen, erwünschten Gruppen, wie Kindern, Familien und Senior\_innen, unmöglich, diesen Raum ebenfalls zu nutzen. Die in dieser Argumentation enthaltene Privatisierungsunterstellung impliziert dreierlei. Erstens wird ein bestimmtes Verhalten, hier: das Trinken von Alkohol durch arme Menschen, als privat kategorisiert, während das gleiche Verhalten bei anderen Menschen als tolerierbares Freizeitverhalten gedeutet wird. Zweitens wird ein Ort, hier der Holzmarkt, dadurch charakterisiert, dass bestimmte Menschen ein spezifisches Verhalten an den Tag legen: Hier führt das dazu, dass der Platz als nicht-(mehr)-öffentlicher Raum beschrieben wird – aufgrund der exklusiven Nutzung durch die Menschen, die als Trinkergruppe zusammengefasst werden. Drittens wird deutlich, dass die Deutung über öffentlich und nicht-öffentlich in der Deutung von Praktiken vor dem Hintergrund einer idealisierten Nutzungsidee entsteht. Diese beschreibt aber nicht das Ideal einer Öffentlichkeit als von allen nutzbaren Orten, sondern als Konstellation, die von vornherein den Ausschluss derer, die nicht in das Bild passen, annimmt: Der Ausschluss bestimmter Menschen ist solange vorgesehen, solange sie ihre Verhaltensweisen nicht ändern, d.h. anpassen.

## 2 Raum als soziales Produkt – zur Perspektive der Raum(re)produktionstheorie

Die Ordnung der Öffentlichkeit fassen wir im Kontext unserer ethnographischen Analysen als räumliche Praxis: Im Vollzug alltäglicher Praktiken stellen sich Ordnungen des öffentlichen Raumes permanent her. Die damit eingenummene Fokussierung auf raum(re)produzierende Praktiken Sozialer Arbeit, die im Alltag des professionellen und organisationalen Tuns nicht nur eine materielle, symbolische und sozialisierende Räumlichkeit produzieren, sondern im Umkehrschluss auch von diesen geprägt sind, schließt grundagentheoretisch an die Theorie der Raumproduktion Lefebvres (1974/2010) an. Lefebvre bezeichnet die verschiedenen miteinander verwobenen Ebenen als Triade der Räumlichkeit. Er beschreibt damit erstens den wahrgenommenen Raum als materielle

Rahmung sowie Ort der sozialen Praktiken. Dazu gehören z.B. Architekturen, die Beschaffenheit von Grünanlagen oder baulichen Zugängen, insgesamt der Raum so wie er im Alltag erfahren und wahrgenommen wird. Zweitens nennt Lefebvre den konzipierten Raum, der in Repräsentationen entworfen und daher in Stadtplänen verzeichnet ist oder in Bildern repräsentiert wird. Diese Ebene vom Raum der Deutungen und Konzeptionen kann daher auch als diskursive Dimension der Raumproduktion bezeichnet werden. Als dritte und uneindeutigste Ebene wird der gelebte Raum oder der Raum der Repräsentationen bezeichnet. Mit Christian Schmid (2010) kann dieser gelebte Raum als Ort der „Bedeutungsproduktion“ verstanden werden. Die Bedeutungen werden erst durch den Gebrauch hergestellt. Im gelebten Raum repräsentieren sich gesellschaftliche Werte, Traditionen, Träume und Utopien. Raum und Räumlichkeit ist also ein soziales Produkt: „(Social) space is a (social) product“ (Lefebvre, 2010: 26). Als Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse ist Raum somit nicht als jeher Gegebenes zu betrachten, sondern Raum wird in gesellschaftlichen Prozessen erst hervorgebracht.

Der gelebte Raum kann als Raum der Praxis des Alltagslebens gelesen werden. In seiner Kritik des Alltagslebens (Lefebvre 1987) situiert Lefebvre hier die stärksten Potentiale für einen gesellschaftlichen Wandel: im Sinne einer Verortung der Kontingenz des Sozialen aus einer Entfremdungserfahrung heraus (vgl. ebd., auch Mullis 2014: 42f). Hier offenbaren sich die gesellschaftlichen Widersprüche und werden auch tendenziell bearbeitbar. Die Fokussierung auf die dabei hervorgebrachte Räumlichkeit ist dem Doppelcharakter des Raumes als Produkt gesellschaftlicher sowie sozialer Praxis und Produktionsmittel (vgl. Belina 2013) geschuldet.

In der endlosen Dialektik kann das Spiel zwischen in der Praxis produzierter (räumlicher) Struktur und der Kontingenz der alltäglichen Praktiken theoretisch gefasst werden. Ordnung meint hier einen Prozess in dieser Dialektik. Sie ist Ausdruck von – gesellschaftlichen, sozialen und materiellen – Verhältnissen und somit sowohl als bestehende Ordnung einer kapitalistischen sich urbanisierenden Gesellschaft zu fassen als auch als der Prozess, in dem diese Ordnung entsteht. Die Analyse der Raum(re)produktion als Betrachtung des Raumes im Moment seiner Herstellung ist somit auch die Analyse der hierbei vollzogenen Ordnungen durch Praktiken. Der Blick auf räumliche Praktiken lässt ein Verständnis zu, wie sich räumliche Ordnung ständig neu herausbildet oder entsteht.

### 3 Soziale Arbeit macht Raum: Prozess der (Re)Produktion der öffentlichen (Un)Ordnung durch Soziale Arbeit

Vor dem Hintergrund der Lefebvreschen Triade kann nun öffentliche Ordnung als Prozess verstanden werden, der im widersprüchlichen Dreieck von unterschiedlichen räumlichen Praxen, Repräsentationen und Konzeptionen sowie der darin entstehenden Räumlichkeiten fortschreitet. Anhand der folgenden Diskussion über (Un)Ordnung der Öffentlichkeit und die Rolle der Sozialen Arbeit darin können im Prozess auftretende Widersprüche verdeutlicht werden, um im Anschluss daran die Konzeption eines prozessual-relationalen Ordnungsbegriffes zu konkretisieren.

Raumbezogene Soziale Arbeit erweist sich damit als Praxis der Umsetzung einer Vorstellung von Ordnung in der Öffentlichkeit. Diese Vorstellung beinhaltet die Idee von Sauberkeit sowie An- bzw. Abwesenheit bestimmter sozialer Gruppen. Ziel der begleiteten Fachkräfte ist es, die wahrgenommene Un-Ordnung wieder in Ordnung zu bringen.

Mit dem sogenannten „Brokdorf-Beschluss“ legte das Bundesverfassungsgericht 1985 eine juristische Definition für die öffentliche Ordnung vor. Deren Aufrechterhaltung ist zunächst eine polizeiliche Aufgabe, wird aber – wie unser Beispiel zeigt – auch an Institutionen Sozialer Arbeit delegiert (vgl. Kern 2014). Dieser Grundsatzbeschluss enthält eine räumliche sowie zeitliche Komponente:

„Unter ‘öffentlicher Ordnung’ wird die Gesamtheit der ungeschriebenen Regeln verstanden, deren Befolgung *nach den jeweils herrschenden sozialen und ethischen Anschauungen* als unerlässliche Voraussetzung eines geordneten menschlichen Zusammenlebens innerhalb eines *bestimmten Gebiets* angesehen wird.“ (Verfassungsgericht, BVerfGE 69, 315 (352) Absatz 78, Herv. die Autor\_innen)

Demnach basiert das, was eine öffentliche Ordnung bestimmt, auf ungeschriebenen Regeln (vgl. auch Goffman 1974) und ist abhängig von aktuellen Herrschaftsverhältnissen sowie deren kulturellen Ausdrücken (vgl. auch Foucault 1990). Zudem können diese räumlich je nach Gebiet variieren. Es wird deutlich, dass auch verfassungsrechtlich öffentliche Ordnung das Verhalten im öffentlichen Raum reguliert und dieser somit über die „ungeschriebenen Regeln“ bedingt bestimmt.

Eine reine Fokussierung auf die strategischen und ideologischen Momente von Ordnung und Öffentlichkeit lassen jedoch die Praktiken, die geordnete, öffentliche Räume hervorbringen, in den Hintergrund treten. Vielmehr gilt es, die Herstellung räumlicher Wirklichkeiten sowie deren Verstetigung und Strukturierung als Praxis zu analysieren und zu beschreiben. Diese Praxis enthält körperliche

Praktiken ebenso wie ideologische Momente. Die Frage nach dem Zustand, der Bearbeitung und Entstehung öffentlicher Ordnung tritt so in den Mittelpunkt.

Analytisch getrennt, aber in die Praxis eingelagert ist eine visionäre, gedachte Ordnung, die als Vorstellung davon, wie der öffentliche Raum auszusehen hat, in Programme der Stadtentwicklung eingeschrieben ist. Hier findet sich ein hoheitlicher, normativer Begriff von öffentlicher (Un)Ordnung in den Begriffspaaren: sauber/vermüllt, sicher/unsicher, sozial/unsozial, Familie, Kinder und Senior\_innen/Ansammlungen von Menschen und TrinkerInnen. Die Formulierung der Leitziele: „sicher“, „sauber“ und „sozial“ zeigt, dass die jeweiligen Gegenpole Gegenstände einer avisierten Veränderung der wahrgenommenen Unordnung sind. Die räumlichen Praktiken der begleiteten Fachkräfte geben Hinweise darauf, wie in diesem Spannungsfeld zwischen beiden Ausdrucksweisen von Ordnung agiert wird. Dabei kann Sortierung als Praktik des Zuweisens oder Zuschreibens bezeichnet werden, mittels der eine bestimmte räumliche Ordnung hergestellt werden soll. Die vorgestellte visionäre Ordnung wird dadurch aber nicht zwangsläufig erreicht, vielmehr befindet sich diese Vorstellung als auch die tatsächliche soziale Ordnung wie auch die Prozesse der Ordnungsherstellung in einem ständig neu auszuhandelnden Verhältnis zu einander. Das Muster der Sortierung ist an der Herstellung von räumlicher Ordnung beteiligt. Räumliche Ordnung bzw. räumliche Unordnung als Arten und Weisen, wie sich Räumlichkeit im Alltäglichen immer wieder neu herausbildet und verhandelt wird. Die Bearbeitung von Ordnung stellt ordnend neue Ordnung her, die wiederum räumlicher Ausdruck aktualisierter Machtverhältnisse ist – und erneut durch die (kritische) Praxis des Alltags überprüft wird.

Diese Konzeption von öffentlicher Ordnung ist als eine, in der Alkoholiker\_innen im öffentlichen Raum nicht sichtbar sein sollten und gleichermaßen vor dieser Sichtbarkeit geschützt werden sollen, zu verstehen. Der entsprechende Rückzugsraum, den der Treffpunkt Zusa anbietet, hat somit eine doppelte ‘Schutzfunktion’, die gleichzeitig exkludierend und räumlich segregierend ist. Soziale Arbeit reproduziert hier die Idee des „sauber-sicher-sozial“ aus dem Stadtentwicklungskonzept Holzhausens und schafft dabei neue Orte für problematisierte Nutzer\_innen, die nicht mehr als zusätzliches Angebot des Schutzes fungieren, sondern als gebotene Alternative. Die Existenz dieser „anderen Orte“ (Foucault 1999, für die Soziale Arbeit: Dirks 2012) delegitimiert den Aufenthalt im öffentlichen Raum. Somit werden öffentlich geschaffene Orte für problematisierte Gruppen zum Mittel, eine ‘exklusive Öffentlichkeit’ zu schaffen, indem problematisierte Gruppen in eine nicht-öffentliche Unsichtbarkeit überführt werden.

#### 4 Prozessuale Ordnung der Öffentlichkeit

Der skizzierte Prozess der Herstellung öffentlicher Ordnung in Holzhausen weist Analogien zu Überlegungen auf, die Ziegler (2005) zu Präventionsstrategien vorschlägt. Er weist darauf hin, dass Prävention immer mit bestimmten Ordnungsvorstellungen und einem bestimmten Wissen, in dreifacher Form – (1) einem Wissen, über den „Ist-Zustand“, (2) einem Wissen, über den „Soll-Zustand“ und (3) einem Wissen darüber, was getan werden muss – gekoppelt ist. Analog dazu findet sich auch im Reproduktionsprozess des öffentlichen Raumes (1) die Feststellung einer Unordnung bzw. einer Abweichung von der normativen Vorstellung, wie öffentliche Ordnung auszusehen habe. Hierin sind gleichermaßen eingelagert die widersprüchlichen Praktiken von Raumnutzer\_innen: das Aufsuchen und Nutzen der Orte als Ausdruck der Notwendigkeit von Räumen ebenso wie das diagnostizierte Fernbleiben anderer Gruppen sowie (2) die Schaffung einer visionären, gedachten Ordnung, die als Norm für die Beschreibung aktueller Zustände sowie (3) als Zielvorgabe für anzustoßende Umordnungen dient.

Da diese Ordnungsvorstellungen aber nicht ausschließlich repressiv-polizeilich durchgesetzt werden können, werden andere Maßnahmen ergriffen, um den öffentlichen Raum neu zu ordnen. Das geschieht zum einen über die wegerechtliche Zonierung des Parks, die zu einer klaren territorialen Zuweisung der problematisierten Nutzer\_innen führt. Zum anderen dient dazu die Schaffung und Finanzierung spezieller Institutionen, wie des Treffpunkts Zusa, die jene Ordnungsvorstellung mit durchsetzen sollen. Einrichtungen, wie das Zusa, realisieren als Sonderzone(n) die Zonierungspraxis mit. Zugleich zeigt gerade deren Praxis, dass eine angestrebte Ordnung des öffentlichen Raumes, wie im Fall Holzhausen, eine Idealvorstellung bleiben muss, die im alltäglichen Tun der Fachkräfte nur teilweise umgesetzt werden kann. Denn dort zeigen sich Ambivalenzen und Widersprüche, z.B. angesichts der modifizierten Umsetzung der behördlichen Vorgaben durch die Einrichtungsmitarbeiter\_innen (u.a. Umgestaltung ihrer Route durch den Stadtteil) und vor allem durch die Verweigerungspraxis der potenziellen Nutzer\_innen (u.a. Nicht-Nutzung des Treffpunkts Zusa trotz Einladung durch die Mitarbeiter\_innen).

Der öffentliche Raum lässt sich somit als Ort bestimmen, an dem um die Sichtbarkeit sozialer Praktiken gerungen wird (vgl. Schmidt & Volbers 2011). Die Herstellung einer Ordnung dieses räumlichen Arrangements stellt somit einen machtvollen Prozess der Sichtbarmachung und Unsichtbarmachung von bestimmten Praktiken und ihren Akteur\_innen dar, oder anders gesprochen: deren (An)ordnung in einem relationalen Gefüge. In diesem Sinn agiert Soziale

Arbeit als Akteurin an der Bearbeitung der Grenzen des Sichtbaren und somit an der Frage, was gesellschaftlich existent erscheinen kann und soll.

#### Fazit

In der hier vorgestellten Konzeption der öffentlichen Ordnung als Prozess wird Soziale Arbeit als Bearbeiterin von Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit zu einer Akteurin der (Re)Produktion öffentlicher Ordnung. Dieser basiert auf einer visionär-normativen Vorstellung von öffentlicher Ordnung, die durch eine zonierend-sortierende Ordnungspraxis räumlich umzusetzen versucht wird.

Dabei wird deutlich, dass Soziale Arbeit hier nicht genuin zur Verbesserung der Lebenslagen von marginalisierten Gruppen beiträgt, sondern eher zu einer Aufwertung urbaner Areale. Die zonierende Praxis reagiert auf gesellschaftliche Konflikte, z.B. um die Nutzung öffentlicher Plätze, wie des Holzmarktes, mit der Bereitstellung von Orten für problematisierte Gruppen und deren Zuweisung an diese Orte. Die Nutzer\_innen werden daher nicht als Akteur\_innen verstanden, die ein Problem haben, sondern sie werden zum Problem gemacht, solange sie an bestimmten öffentlichen Plätzen sichtbar sind. So werden die Nutzer\_innen des Holzmarktes, die dort Alkohol trinken, als Behinderung für eine Nutzung dieser Orte als städtische Naherholungsräume betrachtet. Um diese Behinderung abzustellen, erfolgt der zonierende Ausschluss von Menschen mit spezifischen Verhaltensweisen. Entgegen der Habermasschen Idealvorstellung erweist sich diese öffentliche Ordnungspraxis als räumliche Segregationsmaschine: Mit ihrer Wanderung vom öffentlichen Platz ('Holzmarkt') in die Einrichtung ('Zusa') werden die Menschen an einem öffentlich bereitgestellten nicht-öffentlichen Ort platziert. Der Prozess der öffentlichen Ordnung sortiert und zioniert, und verschiebt damit räumliche Arrangements. Als Unordnung wahrgenommene Ordnungen werden dabei in neue Ordnungen überführt. Belina (2006a: 26, Herv., die Autor\_innen) analysiert dies im Kontext polizeilicher Strategien:

„Dabei fungiert die Ordnung des städtischen Raums durch Raumstrategien an verschiedenen Stellen als Mittel. [...] beim 'Polizieren' der überflüssig Gemachten [...] macht eine spezifische Eigenschaft räumlicher Praxen zum Zweck der staatlichen Kontrolle diese besonders geeignet: Indem ganz (polizei-)praktisch aus *sozialen Phänomenen räumliche gemacht werden*, indem also nicht mehr interessiert, warum jemand obdachlos oder gegen die Politik der Regierung ist, sondern nur noch, wo sie/er das ist, wird tendenziell vom Sozialen überhaupt abgesehen und damit eine technokratische, verwaltende und Risiken managende Kontrollpolitik ins Werk gesetzt, die dem Abschied von der zeitweilig für notwendig erachteten Integration

auch Überflüssiger [...] ins große Ganze der fordistischen Gesellschaft entspricht – und die zudem weit billiger ist.“

Die in diesem Beitrag vorgestellten Praktiken sind keine polizeilichen, sondern fachliche Praktiken Sozialer Arbeit, die aber genau in dem von Belina skizzierten Kontext erscheinen (vgl. Ziegler 2001, Lutz 2010). Soziale Arbeit übernimmt in ihrer Praxis die verräumlichte Perspektive auf soziale Problemlagen. Somit kann die Schaffung von Sonderzonen, wie dem Zusa, zur Entspannung von Konflikten im öffentlichen Raum führen, jedoch keineswegs zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte. Die beschriebenen Praktiken Sozialer Arbeit im öffentlichen Raum verschieben das Verhältnis von Hilfe und Kontrolle zugunsten der Kontrolle. Das geht auf Kosten der Bearbeitung und Problematisierung sozialer Problemlagen.

Die fast omnipräsente „Sozialraumorientierung“ Sozialer Arbeit erweist sich im vorliegenden Fall, im Einsatz für stadtentwicklungs- und ordnungspolitische Strategien und Programme, als Katalysator für eine tatsächliche fachliche Umorientierung. Allerdings nicht im Sinne einer emanzipatorisch-demokratischen Weise, die auf Partizipation zielt, sondern in eine ganz andere Richtung als die Protagonist\_innen einer Sozialraumorientierung häufig versprechen wollen: hin zu einer stärkeren, ja teilweise dominanten Kontroll- und Segregationsorientierung.

### Literatur

- Abeling, M. & Ziegler, H. 2004: Governance des sozialen Raums. Räumlichkeit und soziales Kapital in der Sozialen Arbeit. In: Kessl, F. & Otto, H.-U. (Hg.): Soziale Arbeit und Soziales Kapital. Wiesbaden, 269-289
- Bareis, E. 2007: Verkaufsschlager. Urbane Shoppingmalls – Orte des Alltags zwischen Nutzung und Kontrolle. 1. Aufl. Münster
- Baum, D. (Hg.) 2007: Die Stadt in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch für soziale und planende Berufe. 1. Aufl. Wiesbaden
- Belina, B. 2006a: Ordnung im städtischen Raum. Obdachlosenvertreibung und Verhinderung politischen Protests in US-Städten. *Fantômas* H. 9, 24-26
- 2006b: Raum, Überwachung, Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung. 1. Aufl. Münster
- 2013: Raum. Münster
- Diebäcker, M. 2014: Soziale Arbeit als staatliche Praxis im städtischen Raum. Wiesbaden
- Dirks, S. 2012: Heterotopien sozialer Arbeit. In: Füller, H. & Michel, B. (Hg.): Die Ordnung der Räume. Geographische Forschung im Anschluss an Michel Foucault. Münster, 179-205

- Dirks, S., Fritsche, C., Lippelt, M. & Reutlinger, C. 2016 (i.E.): Zur pädagogischen Herstellung städtischer Räume zwischen Ort und Klient\*in. Empirische Einblicke und theoretische Rückschlüsse. In: *Zeitschrift für Pädagogik*, 62. Jg., Heft 1
- Dünne, J. & Günzel, S. (Hg.) 2006: Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften. 1. Aufl, Frankfurt am Main
- Foucault, M. 1990: Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften. Frankfurt am Main
- 1999: Andere Räume. In: ders.: Botschaften der Macht. Der Foucault-Reader. Diskurs und Medien. (Hg. von Jan Engelmann), Stuttgart, 145-157
- Goffman, E. 1974: Das Individuum im öffentlichen Austausch. Frankfurt am Main
- Habermas, J. 1962: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied
- Kern, A. 2014: Ein Frankfurter Sicherheitsregime In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, Band 2, Heft 2, 17-38
- Kessl, F. & Reutlinger, C. 2015 (i.E.): Sozialraumorientierung. In: Böllert, K. (Hg.). *Kompodium Kinder- und Jugendhilfe*, Wiesbaden
- Lefebvre, H. 1974/ 2010: *The Production of Space*. Malden/Oxford
- 1987: Kritik des Alltagslebens. Grundrisse einer Soziologie der Alltäglichkeit. Frankfurt/Main (deutsche Erstausgabe Bd. I, München 1974, Bd.2/3, 1975)
- Lutz, T. 2010: Soziale Arbeit im Kontrolldiskurs. Jugendhilfe und ihre Akteure in post-wohlfahrtstaatlichen Gesellschaften. Wiesbaden
- Mohan, J. 2004: Sozialer Wandel, räumliche Spaltung und Sozialpolitik: New Labour und der britische Wohlfahrtsstaat. In: Kessl, F. & Otto, H.-U. (Hg.): Soziale Arbeit und Soziales Kapital: Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit, Wiesbaden, 97-112
- Mullis, D. 2014: Recht auf die Stadt. Von Selbstverwaltung und radikaler Demokratie. Münster
- Ronneberger, K, Lanz, S & Jahn, W. 1999: Die Stadt als Beute. Bonn
- Schmid, C. 2010: Stadt, Raum, Gesellschaft. Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes. 2. Auflage, Stuttgart
- Schmidt, R. & Volbers, J. 2011: Öffentlichkeit als methodologisches Prinzip. Zur Tragweite einer praxistheoretischen Grundannahme. In: *Zeitschrift für Soziologie* Jg. 41, 24-41
- Schmidt, R. 2012: Soziologie der Praktiken. Konzeptionelle Studien und empirische Analysen. 11, 1. Originalausgabe. Berlin
- Siebel, W. & Wehrheim, J. 2003: Öffentlichkeit und Privatheit in der überwachten Stadt. In: *DISP* 153, 4-12
- Von Borries, F. 2012: Zone. In: Günzel, S. & Kümmerling, F. (Hg.): *Lexikon der Raumphilosophie*. Darmstadt, 466-467
- Ziegler, H. 2001: Crimefighters United: Zur Kooperation von Jugendhilfe und Polizei. In: *Neue Praxis* Jg. 31, (H. 6.), 538-557

– 2005: Abweichung und Ordnung. In: Thole, W., Cloos, P., Ortman, F. & Strutwolf, V. (Hg.): Soziale Arbeit im öffentlichen Raum Soziale Gerechtigkeit in der Gestaltung des Sozialen. Wiesbaden, 113-122

Fabian Kessl, Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften,  
Berliner Platz 6-8, 45117 Essen  
E-Mail: [fabian.kessl@uni-due.de](mailto:fabian.kessl@uni-due.de)

Kristina Schulz, Universität zu Köln, Seminar für Geographie und ihre Didaktik,  
Gronewaldstraße 2, 50931 Köln  
E-Mail: [kristina.schulz@uni-koeln.de](mailto:kristina.schulz@uni-koeln.de)

Sebastian Dirks, Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften,  
Berliner Platz 6-8, 45117 Essen  
E-Mail: [sebastian.dirks@uni-due.de](mailto:sebastian.dirks@uni-due.de)

**DIE  
SINNE  
SCHÄR-  
FEN!!!  
JETZT  
TESTEN:  
4 Ausgaben für 10 €**  
Bestellungen: [www.akweb.de](http://www.akweb.de)

**ak**  
**analyse & kritik**  
Zeitung für linke  
Debatte und Praxis



**frauen\*  
solidarität**

feministisch-entwicklungspolitische  
informations- und bildungsarbeit

Bibliothek und Dokumentation  
Zeitschrift und Radio  
Medien  
Frauenrechte und

Bleiben Sie informiert mit einem Abol!  
Vier Hefte pro Jahr: € 20,- in Österreich,  
€ 25,- im Ausland. Bestellungen an:  
[abo@frauensolidaritaet.org](mailto:abo@frauensolidaritaet.org)  
[www.frauensolidaritaet.org](http://www.frauensolidaritaet.org)



Friedemann Affolderbach

## Gemeinwesen und Sozialraum im Spannungsfeld von Rechtsextremismus – Gemeinwesenorientierte Beratungsarbeit Mobiler Beratungsteams

Allgemein lässt sich feststellen, dass in der Diskussion, wie erfolgreiche Interventionen gegen rechtsextreme Hegemoniebestrebungen gestaltet werden können, neben ordnungspolitischen und polizeilichen Maßnahmen auch Handlungsoptionen Sozialer Arbeit im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen. Insbesondere im Kontext des Civitas-Programms<sup>1</sup> der Bundesregierung fanden gemeinwesen- und sozialraumorientierte Arbeitsprinzipien Sozialer Arbeit eine breite Übersetzung in Arbeitsmethoden politischer Beratung. Als Reaktion auf ein erstarktes Auftreten von Rechtsextremismus im Osten der Bundesrepublik sollte die Förderung zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagements zur Stärkung einer demokratischen Kultur beitragen. Grundannahme war es, dass ein Erstarken des Rechtsextremismus eng mit schwach ausgebildeten zivilgesellschaftlichen Strukturen und einem mangelnden bürgerschaftlichen Engagement verknüpft sei. In diesem Zusammenhang kam den Mobilien Beratungsteams<sup>2</sup> eine zentrale Bedeutung zu. Ihre Aufgabe war es, mit einer gemeinwesenorientierten Beratungsarbeit in kommunalen Zusammenhängen und in Auseinandersetzung mit konkreten rechtsextremen Erscheinungsformen

- 1 CIVITAS = Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ vom Bundesministerium für Frauen, Familie, Senioren und Jugend in den Jahren 2001-2007. Nach Auslaufen des Bundesprogramms wurden die entstandenen Projektstrukturen in die Förder-Verantwortung der Bundesländer übergeben. In Sachsen existieren die Mobilien Beratungsteams bis heute.
- 2 Vgl. Konzept Mobile Beratungsteams Kulturbüro Sachsen e.V.: <http://www.kulturbuero-sachsen.de/index.php/dokumente/category/5-mobile-beratung.html>. (Eingesehen, am 08.01.2015).

die Entwicklung des Demokratischen im Lokalen<sup>3</sup> zu unterstützen. Die Zielstellung der Beratungsarbeit durch Mobile Beratungsteams stand unter dem Zeichen „der Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft“ (Lynen v. Berg, Palloks, Steil 2007: 38) und folgte einem „aktivierenden Beratungsansatz“, der „die zu beratenden Akteure [...] zu eigenständiger demokratischer Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus befähigen“ (ebd.: 44, Auslassung F.A.) sollte. In diesem Kontext formten sich zwei unterschiedliche Arbeitsansätze der Beratungsarbeit, die von der Evaluation des Civitas-Programms<sup>4</sup> zum einen als „gegnerschaftsfixierter“ und zum anderen als „offen moderierender“ Ansatz skizziert wurden. Charakteristisch für den „gegnerschaftsfixierten Ansatz“ war seine Fokussierung auf den Rechtsextremismus und seine Erscheinungsformen. Hiermit verknüpft war die Idee, durch die Herstellung von lokalen Bündnissen und Öffentlichkeit entsprechende Erscheinungsformen zurückzudrängen und so perspektivisch beseitigen zu können. Die Beratungsarbeit konzentrierte sich dabei auf Überzeugungsarbeit lokaler Akteure, mit dem Ziel, diese für (vor)bestimmte Handlungsstrategien zu gewinnen. Demgegenüber stand der „offene moderierende Ansatz“ für eine Orientierung an Ideen des „Self-Empowerments“. In der moderierenden Unterstützung von öffentlichen Verständigungsprozessen von Akteuren im Lokalen, sah dieser Ansatz die Möglichkeit „die Mündigkeit der Bürger“ und deren „Selbstorganisationspotentiale“ (Lynen v. Berg, Palloks, Steil 2007: 46) zu fördern. Auf der Grundlage dialogischer Kommunikationsstrategien sollte eine Auseinandersetzung mit der Problematik Rechtsextremismus erfolgen und gleichzeitig die Möglichkeiten soziokultureller Interventionsstrategien hervorbringen. Programmatisch für die Beratungsansätze Mobiler Beratungsarbeit war es somit, Wege einer demokratischen Politisierung des Alltags zu befördern. Wie angedeutet wurde verstanden sich beide Arbeitsansätze als eine Form der Aktivierung. Gerade im Kontext der Diskussion um den „aktivierenden Staat“ ist in diesem Zusammenhang Mobile Beratungsarbeit als eine demokratische Politisierung des Alltags kritisch zu befragen. Dies deshalb, weil die umrissene Form Mobiler Beratungsarbeit als „Intervention, als Eingreifen von außen verstanden“ (Bringt 2013: 39) wurde. An dieser Stelle ist in Erinnerung zu rufen, dass dieses Projekt durch die Bundesregierung ins Leben gerufen und durch die jeweiligen Bundesländer unterstützt wurde. In diesem Sinne kann der Arbeitsansatz Mobiler Beratungsarbeit auch als praktisches Pro-

3 Das Angebot richtete sich an Kommunalparlamente, Gemeinderäte, Behörden, Vereine und politische Initiativen.

4 Vgl. Lynen v. Berg/Palloks/Steil 2007: 16-46.

jekt, als ein „Konzept staatlicher Intervention“ (Kessl 2000: 24) gesehen werden. Dies in einer doppelten Weise. Die Aufgabe der Mobilen Beratungsteams bestand darin, lokale demokratische Gemeinschaften, die Verantwortung und Aufgaben übernehmen, „die vom Staat zwar gefordert und gefördert, aber nicht selbst durchgeführt werden“ (Ziegler 2001: 29) zu erzeugen. Gleichzeitig ist die Form der Organisation der Mobilen Beratungsteams selbst durch dieses Paradigma bestimmt. Als nichtstaatliche Akteure gewinnen sie durch die Übertragung der skizzierten Aufgabe eine Form von Autonomie, um gesellschaftlich gestaltend (eingreifend) Handeln zu können. In der staatlichen Förderung solcher Konzepte wird die „Autonomie der zivilen Akteure nicht unterdrückt, sondern (ge)lenkt, kanalisiert“ und eine „neue Form von governance“ (ebd.: 29, Einlassung F.A.) hervorgebracht. Hieraus ergibt sich ein Widerspruch. Einerseits war den Mobilen Beratungsteams daran gelegen, Perspektiven des Demokratischen zu entwickeln. Maßstab hierfür war „Demokratie als emanzipatorische Lebensform“ (Bringt 2013: 44), verknüpft mit Vorstellungen, hierin liegendes progressives Potential zu fördern. Stichworte wie Verantwortungsübernahme, Solidarität, Gemeinwohl oder Zivilcourage stehen in dieser Sichtweise für Möglichkeiten der Selbstbestimmung. Gleichzeitig wird in dieser Position, die neue Form der sozialen Kontrolle, der kompensatorische Charakter der „Aktivierung, das in Tätigkeit Setzen“ als Impuls auf „Folgen desintegrativer Tendenzen der Moderne“ (Kessl 2000: 20) ausgeblendet. Mobile Beratungsarbeit ist somit eine von Widersprüchen durchzogene Handlungsform zur Bearbeitung von sozialen Problemen und Konflikten, insbesondere des Rechtsextremismus. Im Folgenden möchte ich auf einzelne Widersprüche eingehen und sie diskutieren.

### Gemeinwesen und Sozialraum als Spannungsfeld

Die Praxis Mobiler Beratungsarbeit konzentrierte sich in der Erschließung des Tätigkeitsfeldes auf die lokale, sozialräumliche Skizzierung<sup>5</sup> von rechtsextremen Erscheinungsformen durch Sozialraumanalysen<sup>6</sup>. Die hiermit verknüpften Kommunikationsprozesse verdeutlichten zwei Problematiken. Zum einen zeigte sich, dass in den wenigsten Fällen, die mit Rechtsextremismus verknüpften Konflikte ein lokal öffentlich diskutiertes Thema waren. Hiermit verbunden war eine Verlagerung der von einzelnen Menschen gemachten Erfahrungen in

5 Zur konzeptionellen Entfaltung dieses Ansatzes vgl.: Bringt/Korgel 2004: 6-21 und Bringt 2013: 38.

6 Vgl. Affolderbach Fischer-Tahir 2004.

den Bereich des Privaten. Die von ihnen erlebten Konfrontationen, beobachteten Ereignisse und registrierten Entwicklungen, führten in den ihnen zugänglichen Kontexten und Institutionen, wie z.B. Familie, Freundeskreis, Vereine oder Kirchengemeinde, zu separierten, isolierten Diskussionen und hiermit entsprechend voneinander unabhängigen Handlungsformen und Bewertungen der Situation.<sup>7</sup> In diesem Zusammenhang ist die Fassung des Lokalen, sprachlich skizziert als Sozialraum oder Gemeinwesen, kritisch zu betrachten. Sozialraum oder Gemeinwesen als Bezeichnung des Lokalen, verweisen verkürzend auf das Räumliche als eine empirisch-planerisch fassbare Größe, die beispielsweise die Grenzen einer Kommune als räumlich bestimmtes Territorium versteht. Eine Schwierigkeit hierbei ist, dass Raum in dieser Vorstellung als gegebene Größe angenommen und nicht als historisch gewachsener (produzierter und reproduzierter) sozialer Zusammenhang verstanden wird. Die Fassung des Sozialraumes als Territorium erfährt in der Verknüpfung mit dem Begriff Rechtsextremismus eine besondere Notation. Rechtsextreme Erscheinungsformen werden als Probleme des Lokalen identifiziert, deren Ursachen entsprechend im Lokalen bearbeitet werden müssen. Rechtsextreme Erscheinungsformen sind so keine gesamtgesellschaftlichen Effekte, sondern lokal hervorgebracht, lokalisierbar und durch entsprechende Interventionen zu beheben. Mobile Beratungsarbeit betont den Sozialraum als subjektiv-lebensweltlichen Kontext. Sozialraum wird als ein durch Menschen geschaffener, sozial ausgefüllter Raum angenommen, innerhalb dessen z.B. Formen des bürgerschaftlichen Engagements als Gradmesser einer „integrativen demokratischen Kultur“ (Bringt 2013: 34) gelten. Trotz Würdigung der subjektiven Perspektive, steht auch diese Position im Widerspruch, die Lösung gesellschaftlich-struktureller Probleme und ihrer Effekte, wie z.B. rechtsextremer Erscheinungsformen, im Lokalen zu verorten und gleichzeitig lokal auflösen zu wollen. Ein Blick in die Fachliteratur zu Methoden Sozialer Arbeit mit den Schwerpunkten Gemeinwesen<sup>8</sup>, Gemeinwesenarbeit<sup>9</sup>, oder am Gemeinwesen orientierten Interventionsstrategien<sup>10</sup> wie den Mobilen Beratungsteams verdeutlicht, dass im Kontext der Diskussion um den Sozialraum der Begriff des Sozialraumes und des Gemeinwesens häufig gleichbedeutend verwendet wird. Verallgemeinernd für diese Positionen steht der „neuere“

7 Exemplarisch steht hierfür das Fallbeispiel der Gemeinde „Waldsee“: Affolderbach/Höppner 2013: 75-97.

8 Vgl. Galuske 2007.

9 Vgl. Hinte/Lüttringhaus/Oelschlägel 2007.

10 Vgl. Lynen v. Berg/Pallocks/Steil 2007.

Oelschlägel; er spricht explizit von Gemeinwesenarbeit als einer „sozialräumlichen Strategie“ (2007: 111)<sup>11</sup>, eine Vorstellung, die erkennen lässt, dass Gemeinwesen als ein Sozialer Raum, ein abgrenzbarer Ort, eine räumliche Begrenzung verstanden wird. Bleibe ich bei Oelschlägel, so muss ich feststellen, dass er mit dieser Einschränkung hinter eine von ihm selbst formulierte, sich auf Marx berufende Vorstellung von Gemeinwesen zurückfällt. Im Versuch einer kritischen Abgrenzung vom Gebrauch des Begriffes Gemeinwesen, im Sinne bspw. einer territorialen Beschränkung und einer damit verbundenen Beschränkung von Gemeinwesen auf „einen funktionalen Aspekt“ (Oelschlägel 1978: 7-8), schlägt Oelschlägel ursprünglich die Brücke zu Marx und seiner Kritik an Hegel und dessen Trennung von politischem Gemeinwesen und bürgerlicher Gesellschaft. Bei Marx heißt es dazu: „Wo der politische Staat seine wahre Ausbildung erreicht hat, führt der Mensch nicht nur im Gedanken, im Bewußtsein, sondern in der Wirklichkeit, im Leben ein doppeltes, ein himmlisches und ein irdisches Leben, das Leben im politischen Gemeinwesen, worin er sich als Gemeinwesen gilt, und das Leben in der bürgerlichen Gesellschaft, worin er als Privatmensch tätig ist, die andern Menschen als Mittel betrachtet, sich selbst zum Mittel herabwürdigt und zum Spielball fremder Mächte wird. (...) Der Mensch in seiner nächsten Wirklichkeit, in der bürgerlichen Gesellschaft, ist ein profanes Wesen. Hier, wo er als wirkliches Individuum sich selbst und andern gilt, ist er eine unwahre Erscheinung. In dem Staat dagegen, wo der Mensch als Gattungswesen gilt, ist er das imaginäre Glied einer eingebildeten Souveränität, ist er seines wirklichen individuellen Lebens beraubt und mit einer unwirklichen Allgemeinheit erfüllt“ (Marx, Engels 1981: 355, Auslassung F.A.). Zwei Dimensionen sind bei diesem Zitat hervorzuheben. Zum einen verweist Marx auf die politische Form des bürgerlichen Gemeinwesens, den Staat als Ausdruck der Widersprüche in der Gesellschaft, indem der Mensch als politisch emanzipiert, als „Gattungswesen gilt“ und zum anderen der Verweis, wo sich der Mensch als „wirkliches Individuum sich selbst und andern gilt“, sich selbst „als Gemeinwesen gilt“.<sup>12</sup> Oder mit Leo Kofler gesagt: „Die bloß politische Emanzipation [...], emanzipiert nur den abstrakten Staatsbürger und nicht den ganzen Menschen, nur den rechtlich-politischen Menschen und nicht den Menschen als soziales

11 Oelschlägel steht hier exemplarisch. Vergleichbare Positionen lassen sich bei Hinte, Lüttringhaus und Galuske als Vertreter Sozialer Arbeit finden.

12 Vgl. Oelschlägel: Er beschreibt dies als einen dialektischen Zusammenhang, Gemeinwesen „als politisch, rechtliche Organisationsform“, „aber auch als Wesensmerkmal des Menschen, der sich selbst als Gemeinwesen gilt“ (Oelschlägel 1978: 10).

Wesen“ (Kofler 1992: 261, Auslassung F.A.). Anknüpfend hieran verweist Oelschlägel auf die Konkretisierung dieses Gedankens bei Marx. Marx formuliert in der Auseinandersetzung 1844 im „Vorwärts“ mit Bezug auf den schlesischen Weberaufstand 1843 folgende Überlegung:

„Das Gemeinwesen aber, von welchem der Arbeiter isoliert ist, ist ein Gemeinwesen von ganz anderer Realität und ganz anderem Umfang als das politische Gemeinwesen. Dies Gemeinwesen, von welchem ihn seine eigene Arbeit trennt, ist das Leben selbst, das physische und geistige Leben, die menschliche Sittlichkeit, die menschliche Tätigkeit, der menschliche Genuss, das menschliche Wesen. Das menschliche Wesen ist das wahre Gemeinwesen des Menschen. Wie die heillose Isolierung von diesem Wesen unverhältnismäßig allseitiger, unerträglicher, fürchterlicher, widerspruchsvoller ist als die Isolierung vom politischen Gemeinwesen, so ist die Aufhebung dieser Isolierung und selbst eine partielle Reaktion, ein Aufstand gegen dieselbe um so viel unendlicher, wie der Mensch unendlicher ist als der Staatsbürger und das menschliche Leben als das politische Leben“ (Marx, Engels 1981: 408).

Im Kern geht es bei einer kritischen Vorstellung von Gemeinwesen um die menschliche Emanzipation, die über die politische Emanzipation hinausweist, die soziale Emanzipation des Menschen, um die Gestaltung des Sozialen, des physischen, geistigen Lebens, der

„menschlichen Verhältnisse zur Welt, Sehn, Hören, Riechen, Schmecken, Fühlen, Denken, Anschauen, Empfinden, Wollen, Tätigsein, Lieben, kurz alle Organe seiner Individualität, wie die Organe, welche unmittelbar in ihrer Form als gemeinschaftliche Organe sind, [...] in ihrem gegenständlichen Verhalten oder in ihrem Verhalten zum Gegenstand die Aneignung derselben“ (Marx/Engels 1968: 539, Auslassung F.A.).

Die Orientierung ist hierbei der gesamtgesellschaftlich-strukturelle Zusammenhang. Vor diesem Hintergrund kann sich Mobile Beratungsarbeit nicht darauf beschränken „wie erfolgreich Partizipationsmöglichkeiten der Betroffenen in kommunalen Angelegenheiten erstritten bzw. verteidigt werden konnten“ (May 1997: 19, Auslassung F.A.). Partizipation und Nichtpartizipation bilden ein Spannungsfeld. Hierbei wird Nichtpartizipation einerseits als Frage der Erreichbarkeit und subjektiver Entscheidung individualisiert sowie andererseits als Prinzip des Ausschlusses und privilegierter Zugänge, die Partizipation verhindern, diskutiert.<sup>13</sup> Evers und Hirschfeld haben betont, dass alle Individuen „Teil der Gesellschaft“ (2001: 195) und somit „immer beteiligt“ (ebd.) sind. Schlussfolgernd stellt sich in einer kritisch-dialektischen Betrachtungsweise vor

13 Vgl. Schultze 2010: 723-725; Bullmann 1998: 80-113; Evers/Hirschfeld 2011.

allem die Frage nach dem „wie“ der Beteiligung. Sie reduziert sich nicht allein auf das Individuelle, das Lokale oder das Territoriale, sondern steht gleichzeitig als gesellschaftliche „Frage nach Fremd- und Selbstbestimmung“ (ebd.: 196). In den Blick geraten so auch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, ihre Produktions- und Reproduktionsweisen sowie die damit verknüpfte Entfaltung des Räumlichen, wie es beispielsweise Lefebvre in den Verzahnungen und Überschneidungen von „räumlicher Praxis“, „Raumpräsentationen“ und „Repräsentationsräumen“ skizziert hat (Lefebvre 2012: 331).

### Kritik Rechtsextremismus als Ordnungsbegriff und Kategorisierung

Weiter oben habe ich festgestellt, dass rechtsextreme Erscheinungsformen nicht als gesamtgesellschaftliche Effekte erkannt und stattdessen als lokale Problemlagen individualisiert und bearbeitet werden. Die Popularität des Begriffes und die damit verknüpften Interventionsmodelle stehen meines Erachtens auch im Zusammenhang, mit den im Begriff gebündelten und verdichteten gesellschaftlichen Phänomenen. Die hieraus resultierenden Vereinfachungen gesellschaftlicher Entwicklungen und Konflikte, sind Ausdruck und Mittel des Ideologischen, eine Form der Vergesellschaftung von oben. Die Verwendung dieses Begriffes bringt deshalb verschiedene Probleme mit sich und muss an dieser Stelle kritisch geprüft und gegengelesen werden. Das Dilemma des Begriffes besteht grundsätzlich in seiner Bestimmung von Normalität in Verknüpfung mit dem Extremismuskonzept. Der Diskurs um den Begriff des Extremismus geht bis in die 1970iger Jahre zurück. Dort dominierte noch der Gebrauch des Begriffes Radikalismus. Als politischer Begriff diente er vor allem dazu, die neue Linke (mit ihren Gruppierungen sowie AktivistInnen), als politisch Radikale zu kennzeichnen. Die hiermit verknüpfte Kategorisierung erlaubte eine Kontrastierung von Rechtsstaat auf der einen und den Radikalen auf der anderen Seite. Einen historischen Scheitelpunkt der mit dieser Gegenüberstellung verbundenen Begrifflichkeiten sieht beispielsweise Oppenhäuser im Radikalenerlass, der auch Extremismusbeschluss genannt wurde<sup>14</sup>. Wesentlich hierbei ist, dass durch diesen Erlass die Grundlage geschaffen wurde „BewerberInnen für den öffentlichen Dienst vom Bundesamt für Verfassungsschutz“ (Oppenhäuser 2011: 39) überprüfen zu lassen, er wurde justizabel, was z.B. zu Berufsverboten für AktivistInnen der neuen Linken führte. In diesem Zusammenhang etablierte sich z.B. in den jährlichen Berichten des Ver-

14 Vgl. Oppenhäuser 2011.

fassungsschutzes das Wort des politischen Extremismus als Kategorie zur Fassung politischer Orientierungen, die als verfassungsfeindlich zu gelten haben. Zwei Tendenzen sind hiermit verbunden. Oppenhäuser verweist zum einen darauf, dass der Begriff Extremismus als „juristische(r) Term der Verfassungsfeindlichkeit“ auf diesem Wege Einzug in den „allgemeinen Sprachgebrauch“ fand (ebd., Einfügung F.A.) sowie gleichzeitig geheimdienstliches, polizeiliches und ordnungspolitisches Handeln der Politik ausrichtet und legitimiert. Zum anderen wurde diese Entwicklung durch Ausarbeitung des Begriffes im Kontext der Sozialwissenschaften begleitet und der Begriff Extremismus als spezifischer Diskurs um Normalität auch im wissenschaftlichen Kontext etabliert.<sup>15</sup> Im Kern geht es darum, dass mit der Polarität von Links und Rechts gleichzeitig eine neutrale Mitte definiert wird, die sich selbst als Position der Normalität versteht. Im Prozess der Definierung, was als abweichend, extrem oder als politisch verächtlich zu gelten hat, formuliert sich das Normale als „ein Bild gesellschaftlicher Ordnung“ und „legitimiert“ diese zugleich (Feustel 2011: 118). Weil der Begriff Extremismus mit „seinen Konturen nichts präzise“ bestimmen kann, „lässt er sich in der argumentativen Praxis breit gefächert anwenden und provoziert Vorstellungen einer Ordnung, die auf einfache Weise [...] gefährlich von ungefährlich“ zu unterscheiden vermag (ebd.). Im Wissen um diese Problematik entwickelte sich in der Praxis Mobiler Beratung eine „Hilfskonstruktion“, die Rechtsextremismus anhand seiner konstituierenden Diskurse thematisierte. Rechtsextremismus wurde als eine Verzahnung aus drei verschiedenen Dimensionen beschrieben, zu denen die *Ideologisch-Politische*: Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus, die *Strukturelle*: Organisationsformen wie Parteien und Kameradschaften und die *Kulturell-Ästhetische*: z.B. Bild- und Musiksprache zählten.<sup>16</sup> Dies war der Versuch verschiedene Erscheinungsformen, die im Begriff Rechtsextremismus aufgelöst sind, sowie ihre Überschneidungen sichtbar machen und entsprechend thematisieren zu können. Allerdings ist in dieser Position das skizzierte Dilemma der Polarisierung nicht aufgehoben, sondern wird im Gegenteil durch die Bereitstellung eines differenzierteren Musters der Kategorisierung erweiternd reproduziert. Beispielfhaft steht hierfür das Stichwort Rassismus, was schon in seiner (unkritischen) „Übernahme des Ausdrucks (...) implizit der Überzeugung Raum (gibt), dass Rassen realiter existieren oder richtig erfasst werden könnten, oder besagt bestenfalls, dass die Rassenidee unbesehen akzeptiert wird“ (Miles

15 Prominent sind in diesem Zusammenhang Backe und Jesse, die seit ca. 1989 das „Jahrbuch Extremismus und Demokratie“ herausgeben. Vgl. Oppenhäuser 2011: 40.

16 Vgl. Affolderbach/Höppner 2013: 77-78.

1991: 97, Auslassung u. Einlassung F.A.). An dieser Stelle ist deutlich zu machen, dass in den letzten Jahren der Diskurs um Rassismus von einer Biologisierung von Menschengruppen in eine Naturalisierung von Kultur transformiert worden ist. Zum Beispiel wird „Flüchtlingen und Asylsuchenden (...) attestiert, dass die einmal erlebte Kulturalisierung nicht mehr aufgehoben werden kann, woraus die Verdinglichung des Menschen zu bloßen Kulturträgern folgt“ (Bauer 2015: 29). An die Stelle „biologischer Modelle“ tritt ein *reaktionärer Kulturalismus* und hat das „Ziel, stigmatisierte (fremde) Kulturen einzudämmen und die eigene zu überhöhen“ (ebd.: 30). Die hierauf bauende „Identitäre Bewegung“ setzt auf den sogenannten Ethnopluralismus – die Übereinstimmung von Kultur und Raum und knüpft damit an völkische Vorstellungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts an“ (ebd.: 30). Die Folge ist eine Hierarchisierung von Kulturen. Ausdruck dieser Position ist z.B. auch das Stichwort der Leitkultur und verknüpft in widersprüchlicher Weise eine Hierarchisierung von Kulturen mit der Idee der Einpassung des Fremden. Kultur scheint in diesem Zusammenhang veränderlich, als „fremde“ hat sie sich aber die Vorgaben einer leitenden Idee zu eigen zu machen und sich entsprechend selbstformend in eine hierarchische Ordnung zu fügen. Bauer unterscheidet vom reaktionären den des *konservativen Kulturalismus*. Im Kern geht es hierbei darum, „Kulturen in ihrer Eigenständigkeit“ anzuerkennen und als gleichwertig anzusehen. „das Gebot der Eindämmung wird vom Wunsch der Statik verdrängt“ (ebd.: 32). Die Äußerungsform des konservativen Kulturalismus sieht Bauer beispielsweise im „Multikulturalismus“, bei dem „die kulturelle Eigenständigkeit bewahrt“ und entsprechend, vielfältige Ausdrucksformen als „Bereicherung des Stadtbezirks oder Region“ gelten. Zugespitzt wird diese Position im *liberalen Kulturalismus*, der dazu ermutigt, „die jeweilige Kultur bei Beibehaltung zentraler Eigenschaften im Sinne eines diversity management produktiv zu nutzen“ (ebd.: 32). Die skizzierten Momente sind in den Perspektiven antirassistischer Politiken gebrochen. Zwei Tendenzen spiegeln sich hier wider, die auch ihren Niederschlag in den Konzepten Mobiler Beratungsarbeit fanden. Zum einen haben antirassistische Positionen das

„Subjekt [...] als Substitut seiner spezifischen Erfahrungen [...], seiner Kulturalisation anerkannt. Dementsprechend dürfen zu Themen [...] der Diskriminierung kultureller Minderheiten auch nur diese Minderheiten sprechen. [...] Aus diesen Erfahrungen jedoch die Identität des Subjekts zu stricken, die Erfahrungen also zur Grundlage des Sprechens über Rasse [...] zu erheben, reduziert die Sprecher [...] auf ihre kulturelle Herkunft“ (ebd.: 33, Auslassungen F.A.).

Ein anderer Fallstrick ist eine Fokussierung auf den Rassismus-Begriff und eine hieraus wachsende Vorstellung, den Rassismus im Rassisten bekämpfen zu wol-

len und somit Rassismus zu personalisieren. Osterkamp vermerkt dazu: „Gegenpol zum Rassismus ist nicht Antirassismus, die Bekämpfung der sogenannten Rassisten, sondern Solidarität mit den jeweils Ausgegrenzten bzw. die Resistenz gegenüber allen möglichen Ausgrenzungstendenzen“ (1996: 117). Aufgeworfen ist somit die Frage nach Formen und Möglichkeiten solidarischer Vergesellschaftung.

### Die Notwendigkeit einer Neu-Artikulierung des Lokalen

Für Rassismus und Kulturalismus ist eine spezifische Form der Herstellung von Zusammenhängen kennzeichnend. Rassismus und Kulturalismus naturalisieren gesellschaftliche Zusammenhänge und organisieren so die „soziale Welt“ durch „ethnische Teilungen des Sozialen“ (Scherschel 2006: 79). Die hierin liegende symbolische Macht und ihr „symbolischer Klassifikationsmodus“ überschneiden sich mit einer „Ökonomisierungsfunktion des Rassismus“ (ebd.) und Kulturalismus. Diese besteht darin, dass in der Verfügung über Rassismus und Kulturalismus als symbolische Ressourcen, die Möglichkeiten von Grenzziehungen enthalten sind. So wird der Zugang und Ausschluss „materieller und symbolischer Teilhabe“ (ebd.) an gesellschaftlichen Ressourcen und somit der Ein- bzw. Ausschluss gesellschaftlicher Gruppen definiert.<sup>17</sup> Hiermit verknüpfen sich zwei Dimensionen. Zum einen kann Rassismus und Kulturalismus als Form der Vergesellschaftung von oben gesehen werden, bei der z.B. Staatsbürgerschaft oder Arbeitsmarkt (mit ihren rechtlichen Verdichtungen) als gesellschaftliche (territoriale, lokale) Strukturelemente entsprechend selektiv wirken.<sup>18</sup> Gleichzeitig kann Rassismus und Kulturalismus auch „eine Form sein [...], in der sozialer Protest in Entfremdung steckenbleibt“ (Haug 1999: 120) und vor diesem Hintergrund eine an Ausschluss knüpfende Vergemeinschaftung von unten hervorbringt. Letztere „kann den Herrschenden Sorge bereiten, erst recht seine politische Verwertung durch oppositionelle Machtanwärter“ (ebd.: 121). Widersprüchlich gegenüberstehend sind sie ineinandergreifend Funktionsbedingung gesellschaftlicher Herrschaft sowie in ihrer Form und Färbung gleichzeitig umkämpft. Einerseits bieten sie das Material zur „politischen Machtgenerierung“ (ebd.). Zum anderen vernichtet „Kapitalismus [...] beständig herkömmliche Un-

17 Vgl. auch Miles 1991: 93ff.

18 Vgl. Terkessidis 2004. Er skizziert Rassismus als ein spezifisches Ungleichheitsverhältnis und beschreibt dieses anhand „des unterdrückten Wissens“ (ebd.: 90), aus der Perspektive von Betroffenen.

terschiede und schafft neue“ (ebd., Auslassung F.A.). Die hieraus resultierenden Konflikte mit ihren Krisen, sieht Haug als „Aufschrei der sozial getretenen Kreatur“, der „zum Hass-Schrei werden kann“ (ebd.). Für eine an Demokratisierung orientierte Mobile Beratungsarbeit bedeutet dies, dass die Alltäglichkeit der Menschen in den Fokus rückt. Thema wären so die Probleme, Sorgen und Hoffnungen, die in ihren Brechungen notwendig Erklärungen herausfordern und einen „Erklärungsrahmen für ihre Alltagswahrnehmungen“ erzeugen (Hirschfeld 2007: 8). An dieser Stelle ist noch einmal auf Lefebvre zurückzukommen. Raum fasst Lefebvre als eine „Dreiheit“ aus „räumlicher Praxis“, den „Raumpräsentationen“ und den „Repräsentationsräumen“ (2006: 333). Unter *räumlicher Praxis* versteht er diejenigen gesellschaftlichen Verhältnisse und „sozialen Formationen“, die einen „relativen Zusammenhalt“ sichern, das Alltägliche produzieren und reproduzieren (ebd.: 333). Es sind diejenigen räumlichen Praktiken, die „die Alltagswirklichkeit (den Zeitplan) und die städtische Wirklichkeit (die Wegstrecken und die Verkehrsnetze, welche Arbeitsplätze, Orte des Privatlebens und der Freizeit [...] miteinander verbinden“ (ebd. 335, Auslassung F.A.). Mit *Raumpräsentationen* skizziert er den „konzipierten Raum [...] der Raumplaner, [...] der Technokraten, die ihn zerschneiden und wieder zusammensetzen. [...] Dies ist der in einer Gemeinschaft dominierende Raum“ (ebd.: 336, Auslassung F.A.). Es handelt sich hierbei um den organisierten, administrativ bestimmten Raum, verknüpft mit spezialisierten „Kenntnissen, Zeichen, Codes und frontalen Beziehungen“, mit denen Ordnung durchgesetzt wird (ebd.: 333). Mit dem dritten Punkt, den *Repräsentationsräumen* skizziert Lefebvre ein Feld, „vermittelt durch Bilder und Symbole (...) ein Raum der Bewohner, der Benutzer. [...] Es ist der beherrschte, also erlittene Raum, den die Einbildungskraft zu verändern und sich anzueignen sucht“ (ebd.: 336, Auslassung F.A.). Lefebvre verweist somit auf Momente die einen Spannungsbogen von Phantasien, Wünschen, dem Utopischen hin zum Möglichen, konkreten Praxen und Aneignungsformen schlagen. Diese Perspektive verweist gleichzeitig kritisch auf einen spezifischen Widerspruch kapitalistischer Vergesellschaftung. Dieser besteht aus der Verwechslung von Individuum und seiner individuellen Situation, gefasst als Individuation mit Individualismus. Individualismus kann als eine Form der Entfremdung, als gesellschaftliche Isolation interpretiert werden. Individualismus als Ausdruck von Isolation bedeutet den Ausschluss des individuellen Menschen aus Prozessen bewusster „kooperativer Planung des gesamtgesellschaftlichen Lebens“ bei gleichzeitiger Betonung der personalen Einmaligkeit des einzelnen Menschen (Holzkamp-Osterkamp 1975: 313). Hiermit verknüpft ist die Spannung, „eine Form, in der das Individuum dazu verhalten wird, sich freiwillig

und als Ergebnis eines autonomen Willens dem zu unterwerfen, was von ihm verlangt wird“ (Demirović 2010: 166). Demgegenüber verweist Individuation auf den Prozess der individuellen Vergesellschaftung, der Aneignung der Welt durch das Subjekt. Es verbindet sich mit dem „Wissen und den Erfahrungen, die den Menschen einer gewissen gesellschaftlichen Entwicklungsstufe gemeinsam sind und sie miteinander verbindet“ (Holzkamp-Osterkamp 1975: 312). Zentral hierfür ist der „kooperative Zusammenhang, in welchem der eigene Teilbeitrag mit anderen Teilbeiträgen steht. [...] Mit der Herausbildung immer größerer individueller Unterschiede wächst also auch die bewusste Aufeinanderbezogenheit der Menschen (die) notwendig die Vertiefung der zwischenmenschlichen Beziehungen über die Kooperation einschließt.“ (ebd.: 312-313, Auslassung u. Einfügung F.A.). Dies ist aus meiner Sicht ein entscheidender Punkt für eine Neubestimmung des Lokalen. Die Bruchlinien sind nicht mehr ein administrativ bestimmtes Territorium, was zwanghaft Lokalität als Zusammenhang, als einen Lebensort der Menschen naturalisiert oder Rassismus als Grenzziehungen durch die soziale Welt fokussiert. In den Blick kommen Formen kooperativer Vergesellschaftung als alternative Entwürfe zur Herstellung von gesellschaftlichen Zusammenhängen. Anknüpfend an den Gedanken von Lefebvre zum Stichwort der *Repräsentationsräume* verweisen diese auf die unterdrückte sinnliche Dimension. Hierin liegt Widerständiges und Befreiendes. Eine emanzipatorische Perspektive zur Herstellung von Zusammenhang zielt deshalb auf Formen kollektiver-sinnlicher Vergesellschaftung. Vergesellschaftung und die Verortung des Individuums ist in diesem Falle bewusst und umfassend sinnlich erfahrbar. In diesem Sinne verstehe ich die oben angeführten Überlegungen von Marx zum Gemeinwesen als eine Ermöglichung erweiterter Handlungsfähigkeit sowie der Überwindung von Passivierung der Menschen.

Eine zentrale Erfahrung Mobiler Beratungsarbeit ist die isolierte und separierte Bearbeitung von diagnostizierten Problemlagen zu Rechtsextremismus im Lokalen. Beispielsweise beobachteten einzelne Personen Ereignisse, registrierten Entwicklungen und führten in den ihnen zugänglichen Institutionen, wie Verwaltung und Vereinen, separierte Diskussionen zur Einordnung rechtsextremer Erscheinungsformen. Das Problematische daran war, dass diese isolierten Erfahrungswelten individuelle Erlebnisse, Ereignisse blieben, die nur im engsten vertrauten Kreis kommuniziert wurden und so einer erweiterten kollektiven Reflexion und Problematisierung entzogen blieben. Die politische Dimension, das Streben rechtsextremer Kräfte nach kommunaler Macht und deren in Frage-Stellen demokratischer Organisation des Lebens in der Kommune bleibt damit öffentlich unsichtbar und die Situation begünstigende Machtverhältnisse im

kommunalen Raum und Alltag undiskutierbar. Diese Form selbst beschränkter Kommunikation verhinderte gleichzeitig eine gemeinsame Ressourcenanalyse kritischer Positionen, behinderte die Ausformulierung und das Aussprechen von Kritik und unterband in der Konsequenz den demokratischen Austausch über kollektiv zu gestaltende Lebensformen im Alltag der Menschen. Positiv formuliert gibt es immer wieder zahlreiche einzelne Personen mit Problemwahrnehmungen, die aktiv handeln, die Probleme zum Spannungsfeld Rechtsextremismus in unterschiedlichen informellen und formellen Zusammenhängen, über die sie mitverfügen können, besprechen. Wie Kunstreich betont, sind diese Zusammenhänge von besonderer Bedeutung, sie stehen für den Zugang und die „Mitgliedschaft in informellen Gruppen, in denen die Akteure sich subjektiv aufgehoben erfahren [...]. Derartige informelle Gruppierungen bilden sich quer zu den mächtigen hegemonialen Institutionen von Familie, Schule, Betrieb, [...] Parteien und anderen formellen Organisationen“ (Kunstreich 1997: 94), wie z.B. einer Gemeindeverwaltung. Nach Kunstreich entwickelt sich ein „solidarischer“ Gehalt der informellen Zusammenhänge und Gruppierungen und besteht in ihrer Freiwilligkeit, dem freiwilligen Austausch, dem „Interessenausgleich oder Ähnlichkeit des Sinnes und des Zweckes der Kooperation und nicht zuletzt der gemeinsamen Aktion“ (Kunstreich 1997: 96). Wichtig zu erkennen ist, dass diese Zusammenhänge quer zur politisch organisierten Herrschaft liegen, den beteiligten Menschen einen Schutz bieten können, ihnen helfen können, sich selbst zu vergewissern, zu prüfen, wo man steht, wie es andere sehen, und von staatlichen Institutionen unabhängig (aber eben auch isoliert voneinander und widerständige) Handlungsformen ermöglichen. Im Mittelpunkt einer Mobilen Beratungsarbeit (oder einer gemeinwesenorientierten Sozialen Arbeit) stehen damit die Aktionsfelder der Subjekte. Sie bilden mögliche Anknüpfungspunkte für einen weiterführenden, die Isolation überwindenden Dialog. Neben dem solidarischen Charakter der informellen Gruppierungen, speist sich eine Dynamik innerhalb und zwischen den Gruppierungen aus Konkurrenz und Konflikten<sup>19</sup>, die sich im Kern um die jeweils als gerecht oder ungerecht empfundene soziale Platzierung bewegen. In dieser Differenz erkennt Kunstreich ein „pädagogisches Moment“. Es ergibt sich eine „pädagogische Grundfigur des Erzieher-Zöglings, (die) immer auch eine strukturelle Differenz zwischen dem Wissenden und noch-nicht Wissenden enthält“ (Kunstreich 1997: 97). Die aus dieser Differenz entstehenden „Momente und Situationen sind zugleich die Orte, an denen“ (ebd.)

19 Oelschlägel weist darauf hin: „die Konflikte laufen nicht nur von oben nach unten, sondern die laufen auch quer“. Hinte/Lüttringhaus/Oelschlägel 2007: 30.

Widersprüche zum Tragen kommen, Machtpositionen verhandelt werden, Identifikationsmöglichkeiten hervortreten, Abgrenzungen stattfinden (etc.), aber eben auch Widerspruch geübt wird, Bestehendes in Frage gestellt wird. Dies ist eine mögliche Reibungsfläche aus der Neues entstehen kann, experimentiert werden kann, gelernt werden kann, verändert werden kann. Diese Widersprüche sind auch die Anknüpfungspunkte für das „Pädagogische“ im Lokalen, Anknüpfungspunkte für eine problemformulierende-dialogische Praxis als „Förderung des Kulturellen“ (Hirschfeld 2001: 25) und können Bausteine sein, die zu einer „geteilten Öffentlichkeit“ führen, um separierte Erfahrungen zu einer Erfahrung von „Vielen“ werden zu lassen und so Passivität, den Zustand des Ausgeliefertseins an die gesellschaftlichen Verhältnisse, zu überwinden.

### Literatur

- Affolderbach, F./Höppner, S. 2013: Umgang mit Hegemoniebestrebungen einer neonazistischen Kameradschaft im kommunalen Raum. Möglichkeiten und Grenzen von gemeinwesenorientierter Mobiler Beratung. In: Kulturbüro Sachsen e.V. (Hrsg.): (Dia)Logbuch Sachsen. Prozessorientierte Beratung im ländlichen Raum. Wiesbaden, 75-96
- /Fischer-Tahir, A. 2004: Mein Sohn wurde von Rechten zusammengeschlagen. Wahrnehmungen und Deutungen zum Thema Rechtsextremismus. Das Beispiel Wurzen. Eine Sozialraumanalyse. Wurzen
- Bauer, Benjamin 2015: Instrumenteller Sozialkonstruktivismus. Weshalb der Sozialkonstruktivismus dem kulturellen Rassismus nichts entgegenzusetzen hat, sondern Teil des Problems ist. In: Distanz – Online Magazin Nr. 1, 25-34 (Eingesehen am 25.01.2015 unter: <http://distanz-magazin.de/wp-content/uploads/2015/01/Distanz-komplett.pdf>)
- Bringt, F. 2013: Arbeit für demokratische Kultur ist die nachhaltigste Arbeit gegen Rechtsextremismus. In: Kulturbüro Sachsen e.V. (Hrsg.): (Dia)Logbuch Sachsen. Prozessorientierte Beratung im ländlichen Raum. Wiesbaden, 33-48
- /Korgel L. 2004: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – ein Konzept zur Unterstützung demokratischer Kultur. In: Wahrnehmen – Deuten – Handeln. Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus. Zur Arbeit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR). Bulletin 6/2004
- Bullmann, U. 1998: Politische Partizipation – soziale Teilhabe: Die Entfaltung der demokratischen Idee. In: Neumann, F. (Hrsg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien. Bd.1
- Demirović, A. 2010: Krise des Subjekts – Perspektiven der Handlungsfähigkeit. Fragen an die kritische Theorie des Subjekt. In Demirovic, Alex/Kaindl, Christina/Krovoza, Alfred (Hrsg.): Das Subjekt – zwischen Krise und Emanzipation. Münster, 147-173

- Evers, R./Hirschfeld, U. 2001: Partizipation. In: Herrmann, V./Hoburg, R./Zitt, R. (Hrsg.): Theologie und Soziale Wirklichkeit. Grundbegriffe. Stuttgart
- Feustel, R. 2011: Entropie des Politischen. Zur strategischen Funktion des Extremismusbegriffs. In: Forum kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden
- Galuske, M. 2007: Methoden der Sozialen Arbeit – Eine Einführung. Weinheim und München.
- Haug, W.-F. 1999: Politisch richtig oder Richtig politisch. Hamburg
- Hinte, W./Lüttringhaus, M./Oelschlägel D. 2007: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Weinheim/München
- Hirschfeld, U. 2001: Zur Bedeutung des Kulturellen für die Veränderung der Gesellschaft. In: Widersprüche Heft 80, 19-29
- 2007: Demokratieförderung im Gemeinwesen. Vortrag Fachtagung „Lokaler Aktionsplan Muldentalkreis“ in Grimma vom 14.11.2007
- Holz kamp-Osterkamp, U. 1975: Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung I. Frankfurt/New York
- Kessl, F. 2000: Wiederentdeckung der Gemeinschaft? Zur Verschränkung der Diskurse „Aktivierung neuer Gemeinschaftlichkeit“ und „Soziale Arbeit“. In: Widersprüche Heft 76, 19-35
- Kofler L. 1992: Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Bd. 2. Berlin
- Kunstreich, T. 1994: Ist kritische Soziale Arbeit möglich? Für eine Politik des Sozialen. In: Widersprüche Heft 50, 85-100
- Lefebvre, H. 2012: Die Produktion des Raums. In: Dünne J. u. Günzel S. (Hrsg.): Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaft. Frankfurt a.M., 330-342
- Lynen v. Berg, H./Palloks, K./Steil, A. 2007: Interventionsfeld Gemeinwesen – Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus. Weinheim/München
- Marx, K./Engels, F. 1981: MEW Band 1. Berlin/DDR
- 1968: MEW Band 40. Berlin/DDR
- May, M. 1997: Gemeinwesenarbeit als Organizing nicht nur von Gegenmacht, sondern auch von Erfahrung und Interessen. In: Widersprüche Heft 65, 13-31
- Miles, R. 1991: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs. Hamburg
- Oelschlägel, D. 2007: Strategiediskussion in der Sozialen Arbeit und das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit. In: Wolfgang Hinte, W./Lüttringhaus, M./Oelschlägel, D.: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Weinheim/München
- 1978: Gemeinwesenarbeit als Prinzip sozialer Arbeit – Überlegungen zu einer notwendigen Diskussion. (Eingesehen am 08.01.2015 unter: [http://jugendserver.spinnetwerk.de/~archiv/hits/1978\\_2\\_1sek.pdf](http://jugendserver.spinnetwerk.de/~archiv/hits/1978_2_1sek.pdf))
- Oppenhäuser, H. 2011: Das Extremismus-Konzept und die Produktion von politischer Normalität. In: Forum kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.): Ordnung.

- Macht, Extremismus, Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden
- Scherschel, K. 2006: Rassismus als flexible Ressource. Eine Studie über rassistische Argumentationsfiguren. Bielefeld
- Schultze, R.-O. 2010: Stichwort Partizipation. In: Nohlen, D./Schultze, R.-O.: Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 2. München
- Terkessidis, M. 2004: Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld
- Ziegler, H. 2001: Drei Mann in einem Boot. Warum sich die soziale mit der sicheren Stadt und beide mit dem aktivierenden Sozialstaat so gut verstehen. In: Widersprüche Heft 82, 25-38

Friedemann Affolderbach, Hardenbergstraße 47, 04275 Leipzig  
E-Mail: [friedemann.affolderbach@gmx.net](mailto:friedemann.affolderbach@gmx.net)

express



Niddastraße 64, 60329 FRANKFURT  
Tel. (069) 67 99 84  
**express-afp@online.de**  
[www.express-afp.info](http://www.express-afp.info)

---

- **Abgetreten?** Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- **Absurd?** Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- **Alternativlos?** Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- **Anachronistisch?** Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- **Antizyklisch?** Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

Probelesen? kostenfreies  
Probekopie anfordern!!

## Soziale Hilfe



Bernhard Rathmayr

### Armut und Fürsorge

Einführung in die  
Geschichte der Sozialen  
Arbeit von der Antike  
bis zur Gegenwart

2014. 363 Seiten. Kart.  
36,00 € (D), 37,10 € (A)  
ISBN 978-3-8474-0161-2

Der Umgang mit sozialer Not ist ein unveräußerlicher Gradmesser für die Menschlichkeit von Gesellschaften.

Die vorliegende Geschichte der Sozialen Arbeit versteht „Armut“ umfassend: als materielle Not, physische und psychische Krankheit, Behinderung, Heimerziehung, Kinderarbeit, soziale Ausgrenzung, politische Verfolgung. So lassen sich die Entwicklungen der Organisation und Praxis der Mitmenschlichkeit ebenso nachvollziehen wie die Entgleisungen der Unmenschlichkeit.

**Jetzt in Ihrer Buchhandlung  
bestellen oder direkt bei:**



**Verlag Barbara Budrich**  
**Barbara Budrich Publishers**  
Stauffenbergstr. 7  
51379 Leverkusen-Opladen

Tel +49 (0)2171.344.594  
Fax +49 (0)2171.344.693  
[info@budrich.de](mailto:info@budrich.de)

[www.budrich-verlag.de](http://www.budrich-verlag.de)



Philipp Mattern & Matthias Lindner

## Warum Bildungslandschaften?

Einige Überlegungen zu Form und Funktion  
einer eigenartigen Figur

Die Rede von der Bildungslandschaft erfährt in aktuellen Debatten eine enorme Konjunktur. Das sich zum schillernden Begriff gemauserte Schlagwort prägt einen breiten Diskurs, mitunter entsteht gar der Eindruck, dass inzwischen ein regelrechtes Modewort daraus geworden ist, auf das in bestimmten bildungswissenschaftlichen, -praktischen wie -politischen Debatten kaum mehr verzichtet werden kann. Doch was ist das Neue und Besondere daran? Dass sich etwa die deutsche Bildungslandschaft von der Schwedens oder Frankreichs unterscheidet, ist eine eher banale Feststellung, die auch vor Jahrzehnten hätte getätigt werden können. Wenn jedoch im gegenwärtigen Diskurs von Bildungslandschaften die Rede ist, so ist etwas anderes, spezielleres damit gemeint.

Die Bildungslandschaft begegnet uns in heutigen Debatten als eine Chiffre. Sie steht für eine Art „Konzeptfigur“ (Berse 2011: 39) bzw. für ein „(steuerungs) politisch-programmatisches Konzept“ (Reutlinger 2009: 119), dem von verschiedenster Stelle mannigfache Qualitäten, ja fast schon wundersame Kräfte beigemessen werden. Eine sich vordergründig aufdrängende Frage ist definitorischer Art: Was sind Bildungslandschaften? Was genau ist mit ihnen gemeint? Wo fangen Bildungslandschaften an – wo hören sie auf? Was gehört dazu – und was gehört nicht dazu? Eine zweite, hier viel spannendere Frage lautet jedoch: Warum wird das, was da stattfindet, in der Form von Bildungslandschaft zu fassen versucht? Warum erfährt gerade die sich hinter dem Label Bildungslandschaft verbergende Figur eine solche Konjunktur – und nicht etwas anderes?

## Was sind Bildungslandschaften?

Was aktuell unter dem Label Bildungslandschaft firmiert, unterscheidet sich mitunter beachtlich. Eine wirklich eindeutige Definition vermisst man bisweilen; häufig wird sie ersetzt durch Typologien oder additive Aufzählungen von Eigenschaften.<sup>1</sup> Die Kriterien und Abgrenzungen bleiben in der Literatur reichlich schwammig. Als gemeinsamen Nenner dieser Figur kann man festhalten, dass es sich dabei um ein wie auch immer geartetes kleinräumig definiertes Konglomerat aus Akteuren verschiedenster Couleur handelt, die verzahnt, vernetzt und miteinander abgestimmt ein Gesamtsystem dessen zu institutionalisieren versuchen, was man im weitesten Sinne als „Bildung“ bezeichnen kann. Je nach räumlicher Dimensionierung ist von regionalen, kommunalen oder lokalen Bildungslandschaften die Rede. Plädoyers für die Einrichtung von Bildungslandschaften finden sich etwa im 12. Kinder- und Jugendbericht (Deutscher Bundestag 2005), in der Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages (2007) oder einem Diskussionspapier des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (2007). Mehrere Modellvorhaben wurden in den letzten Jahren in Zusammenarbeit von Ministerien und privaten Stiftungen realisiert. Ihre Ergebnisse werden vermehrt flächendeckend umzusetzen versucht, etwa in der Initiative Lernen vor Ort. In den Kontext der sich um die Bildungslandschaften rankenden Debatte gehört auch das Programm Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken, das 2001 vom BMBF unter Beteiligung der Länder und des europäischen Sozialfonds als Kernstück des Aktionsprogramms Lebensbegleitendes Lernen für alle (BMBF 2001) in über 70 Regionen initiiert und von einem Forschungskonsortium über einen längeren Zeitraum wissenschaftlich begleitet wurde (vgl. Nuissl/Dobischat/Hagen/Tippelt 2006; Emminghaus/Tippelt 2009; Tippelt/Reupold/Strobel/Kuwan 2009).

Mitunter kursieren in der Literatur auch Bezeichnungen wie Bildungsregionen, Bildungsverbände oder dergleichen mehr. Trotz unterschiedlicher Namensschöpfungen, Zielgruppen, beteiligter Akteure und räumlicher Zuschnitten sind die dahinter stehenden konzeptionellen Figuren weitestgehend die gleichen. Es ist auffällig, dass in den Debatten um Bildungslandschaften kaum einheitliche Ziele und Inhalte benannt werden. Vielmehr ist zu beobachten, dass stattdessen eine

1 In dem Teil der Debatte, der für eine möglichst *enge Fassung* des Begriffs plädiert, haben sich Arbeitsdefinitionen wie die von Bleckmann/Durdel (vgl. 2009: 12) etabliert. Jedoch ist auch hier zu beachten, dass es sich dabei streng genommen um gar keine „klare Definition“ (ebd.) handelt, sondern um eine (durchaus erweiterbare) deskriptiv-additive Aufzählung von *Eigenschaften* und weniger von *Spezifika*.

gewisse Semantik bedient wird, die wiederum gewisse inhaltliche und programmatische Zielstellungen suggeriert. „Die aktuell hohe Attraktivität des Begriffes (der Bildungslandschaften) liegt vielleicht aber gerade darin begründet, dass er in seiner semantischen Streubreite und seiner Vieldeutigkeit ausreichend offen ist [...] und dadurch gleichzeitig über eine enorme Anschlussfähigkeit verfügt.“ (Berse 2011: 39) Die im Einzelnen je konkretisierten und durchaus verschiedenen Ziele und Inhalte lassen sich bei aller Varianz recht problemlos und großzügig unter ebendiese Semantik subsumieren. Die Semantik selbst bietet dabei nicht nur Offenheit und Anschlussfähigkeit nach quasi überallhin, sondern umgekehrt auch kaum Ansatzpunkte für Kritik. Sich ihr zu widersetzen scheint kaum möglich.

Das erklärt auch, warum bei der in den letzten Jahren recht üppig gewordenen Literatur zu Bildungslandschaften ein Punkt hervorsteht: „Die bisherigen Texte und Materialien sind alle affirmativ-programmatischer Art. Eine Kritik zur Bildungslandschaft gibt es bisher nicht.“ (Reutlinger 2011: 53) Diese Feststellung ist durchaus treffend, jedoch in gewisser Hinsicht nicht verwunderlich. Warum sollte man auch Kritik an den Bildungslandschaften haben? Wer sollte schon etwas gegen die wohlklingende und zuweilen hehre Ziele suggerierende Semantik einzuwenden haben, von der die Bildungslandschaftsdebatte getragen wird? Daran anknüpfend stellt sich auch die Frage, wie eine Kritik an den Bildungslandschaften überhaupt aussehen könnte. Aus kritischer Perspektive könnte man etwa danach fragen, ob die im einzelnen Fall konkretisierten Programmziele erreicht werden, ob z.B. Bildungsbenachteiligte wirklich besser integriert werden etc. So ließen sich gewissermaßen die postulierten Ziele einzelner Bildungslandschaften mit der Realität konfrontieren und an dieser messen. Das ist sicher notwendig und wird teilweise auch getan. Aber diese Frage greift zu kurz. Denn eine derartige, auch kritische, Beschäftigung mit einzelnen Bildungslandschaften und ihren konkret forcierten Inhalten und Zielen kann nicht die grundlegende Frage beantworten, warum es Bildungslandschaften – in dieser Form – überhaupt gibt. Diese vernachlässigte Frage scheint uns aber zentral für eine kritische Auseinandersetzung zu sein.

## Warum in dieser Form?

Mit Blick auf die inzwischen zahlreiche und vor allem deskriptiv und prozessbegleitend angelegte Forschung muss konstatiert werden, dass durchaus viel über die je konkreten Programmziele und -inhalte einzelner Bildungslandschaften geschrieben wird, aber, so unsere Feststellung, wenig darüber, warum diese Ziele und Inhalte in genau dieser Form programmiert werden. Das ist problematisch, denn die so zu beobachtende Engführung versperrt unserer Ansicht nach den

Blick auf eben die Form der Bildungslandschaften. Diese stellt in der Debatte einen bisher weitgehend blinden Fleck dar. Sie muss jedoch ins Zentrum gerückt werden, um erklären zu können, warum die Figur der Bildungslandschaften in gegenwärtigen Diskursen solch einen enormen Aufwind erfährt.

Um dieses Anliegen an einem Beispiel zu verdeutlichen: Die Kooperation von Schule und Sozialarbeit stellt einen wichtigen Bestandteil von Bildungslandschaften dar. Sie selbst ist aber noch keine Bildungslandschaft. Sie stand in vielen Bereichen schon auf der Tagesordnung, noch lange bevor der Hype um die Bildungslandschaften überhaupt begonnen hatte. Ähnliches gilt etwa auch für die Integration privater Akteure in das Bildungswesen. Auch diese ist in anderen Formen als der der Bildungslandschaft denk- und praktikierbar. Was eine Bildungslandschaft ausmacht, ist also nicht alleine die Summe ihrer Bestandteile, sondern vielmehr die spezielle Form, in der diese konfiguriert sind. Diese spezielle Konfiguration scheint etwas leisten zu können, das andere denkbare Konfigurationen nicht können. Wäre dem nicht so, wären die Bildungslandschaften kaum so beliebt. Die Bildungslandschaften scheinen in ihrer spezifischen Form eine passable Antwort auf etwas zu bieten. Unter Bezug auf das Thema dieses Heftes bleibt damit zu klären, was überhaupt die zu lösenden Fragen bzw. die zu bearbeitenden Herausforderungen waren. Das macht es nötig, einen Blick hinter die vorherrschenden Debatten über Bildungslandschaften und die je konkreten Ziele und Inhalte zu wagen.

„Die Programmziele können in ihrer Komplexität als Spiegelbild der aktuellen bildungspolitischen Herausforderungen und Problemlagen angesehen werden“, heißt es etwa in einem Bericht des „Forschungskonsortium Lernende Regionen“ (2004: 3). In solchen Äußerungen steckt eine tiefe Wahrheit, die es aber zu präzisieren gilt: Die angesprochenen „Herausforderungen und Problemlagen“ müssen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Umbrüche verortet und die Problemlösungskräfte der Bildungslandschaften in diesen Kontext gestellt werden.

Unsere These ist dabei, dass die Figur der Bildungslandschaft deshalb so erfolgreich ist, weil sie Antworten auf ein ganzes Bündel von Fragen verspricht, die aus objektiven Anforderungen an das Bildungssystem resultieren. Diese objektiven Anforderungen sind selbstredend nicht als Naturgesetze oder dergleichen zu verstehen, sondern vielmehr im Sinne von Zwängen der Verhältnisse, unter denen Bildung stattfindet. Oder anders formuliert: Wenn sich unsere Gesellschaft so entwickelt, wie sie sich entwickelt, dann hat das Konsequenzen für das Verständnis davon, was „Bildung“ ist und soll, sowie auf die Anforderungen, die an sie gestellt werden. Die Figur der Bildungslandschaft muss als das Resultat der Anstrengung verstanden werden, diverse Herausforderungen zu meistern, die eine zunehmende

Formierung der Gesellschaft mit sich bringt, die gemeinhin als neoliberal oder mitunter auch neosozial bezeichnet wird. Eine Vielzahl durchaus widersprüchlicher und konflikthafter Prozesse lässt sich in Form der Bildungslandschaft offenbar produktiv bearbeiten. Die Bildungslandschaften bieten somit einen geeigneten Modus, sie gangbar zu machen.

Was aber sind diese Prozesse und Herausforderungen, die Bildungslandschaften als Antwort so attraktiv machen? Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die diesbezüglich aus unserer Sicht relevantesten Stränge zu identifizieren und zu diskutieren. Es liegt in der Natur der Sache, dass sich die verschiedenen Themenfelder nicht sauber trennen lassen, sondern sich vielmehr überlagern und ergänzen, sowie – zumindest teilweise – auch widersprechen. Die vorgenommene Auffächerung kann daher keinen Anspruch auf Ausschließlichkeit oder Vollständigkeit erheben. Sie könnte freilich auch anders aussehen: Verbindungslinien ließen sich anders ziehen, einzelne Aspekte ließen sich noch weiter ausdifferenzieren oder stärker verallgemeinern etc. Wir hoffen jedoch, mit den folgenden Ausführungen unser Anliegen illustrieren und begründen zu können: Wenn Bildungslandschaften eine Antwort sind, dann lohnt es sich, nicht nur diese Antwort zu beforschen, sondern auch den dahinter liegenden Fragen und Herausforderungen nachzuspüren und sie vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Transformationen zu verorten. Diese Perspektive möchten wir stark machen.

## Die Funktion von Bildungslandschaften in der Bearbeitung von Widersprüchen gesellschaftlicher Transformation

Als grundlegende Klammer gegenwärtiger Transformationsprozesse lässt sich die neoliberale bzw. neosoziale Formierung der Gesellschaft und vor allem der damit verbundene Wandel des Wohlfahrtsstaats ausmachen. Gekennzeichnet ist diese Transformation von einer Abkehr kollektiver Risikoabsicherung hin zu individueller und privater Verantwortung. Dieser Wandel zeigt sich vor allem in einer Hinwendung zu aktivierenden Politiken. Unter Aktivierung kann dabei „die Mobilisierung der subjektiven Lebensgestaltungspotentiale“ (Kessl 2006: 217) verstanden werden. Dies zeigt sich in einer zunehmenden Abkehr des leitenden wohlfahrtsstaatlichen Motivs der Integration durch Normalisierung und einem Bedeutungsgewinn von Differenz und Eigeninitiative. Aufgaben, die vormalig wie selbstverständlich dem Verantwortungsbereich des Staates zugeschrieben wurden, werden in ihrer Erbringung zunehmend privaten Akteuren übertragen. Das Maß und die Art ihrer verantwortungsvollen Nutzung werden im Gegenzug vermehrt in die Sphäre individueller Entscheidung verlagert. Glei-

ches gilt für das Risiko, Schäden infolge 'falscher Entscheidungen' zu erleiden. Das alles bedeutet nicht zwangsläufig, dass dem Staat in Zukunft insgesamt weniger Aufgaben zukommen, sondern vielmehr, dass sich das Selbstverständnis seines Handelns ändert. Er kann nicht mehr in erster Linie als versorgend und leistungserbringend, sondern als investiv, aktivierend und entwickelnd verstanden werden.

Im Prozess der sukzessiven Auflösung des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements steht gewissermaßen das Verständnis des Verhältnisses von Allgemeinem und Besonderem, von Öffentlichem und Privatem, von Gesellschaft und Individuum zur Disposition. Die Karten werden neu gemischt, wie das kommende Blatt genau aussieht, ist weder eindeutig voraussehbar noch reiner Zufall, sondern vielmehr von sowohl den Erfordernissen basaler gesellschaftlicher Strukturen als auch dem Handeln von Akteuren und dem Geltendmachen von Interessen abhängig. Ein wahrlich widersprüchlicher und konflikthafter Prozess, der durchaus Auswirkungen hat auch auf das Verständnis von und die Anforderungen an Bildung: Wer sie bereitstellt, wer sie nutzt, wie sie genutzt wird, welchen Sinn und Zweck sie zu erfüllen hat etc. Zu beobachten ist etwa, dass auch Bildung in der Tendenz zunehmend aus dem Bereich sozialstaatlicher Verantwortung und ihrer Institutionen gelöst wird, dass Bereitstellung und Nutzung von Bildungsangeboten sowie Erfolg und Scheitern von Bildungsverläufen in die Sphäre des Privaten verlagert werden. Dort erlangt Bildung den Stellenwert einer Ressource, die individuell aufgehäuft zum Surrogat für ehemals kollektiv organisierte soziale Sicherheit wird. Bildung erweitert und entgrenzt sich in räumlicher und zeitlicher Dimension; bedient von einem marktähnlichen Angebot, das die Möglichkeit bietet, potentiell immer und überall lernen zu können – verbunden mit dem Zwang, dies aus genannten Gründen auch tun zu müssen. Schließlich muss, bei aller Individualisierung und Privatisierung, das Ganze in irgendwie steuerungsfähige Formen der Institutionalisierung gebracht werden. Kurzum: Es sind riesige Herausforderungen, die Bildung unter den Bedingungen dieser gesellschaftlichen Transformation zu meistern hat. Und genau in diesem Zusammenhang ist unserer Ansicht nach die Etablierung des Konzepts der Bildungslandschaften zu verstehen. Bildungslandschaften schießen nicht ohne Grund wie Pilze aus dem Boden. Sie passen perfekt in diese Zeit. Sie bieten eine passable Antwort auf zahlreiche dieser Herausforderungen und eine geeignete Form zur Austragung widersprüchlicher Prozesse. Diese Annahme wollen wir an einigen konkreteren Beispielen verdeutlichen.

## Institutionelle Neuordnung

Eine zentrale Herausforderung bei der institutionellen Neuordnung des Bildungssystems ist die Integration neuer Akteure, die Abstimmung von Zuständigkeiten und vor allem das Finden geeigneter Formen, Modi und Einheiten, die eine Steuerung der so geschaffenen neuen 'Gesamtsysteme' ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist ein verstärkter Einzug so genannter neuer Steuerungs- bzw. Governanceansätze in den Bildungsbereich zu beobachten. Diese rechtfertigen sich häufig nicht zuletzt über eine ausgesprochen neoliberale Institutionen- und Bürokratiekritik: Das 'alte', wohlfahrtsstaatliche Bildungssystem sei zu starr, zu unflexibel und zu sehr auf Regierung und Administration ausgerichtet und daher durch ein effizientes, kleinräumiges aber konzertiertes Gesamtsystem zu ersetzen, das Koordinationsleistung tendenziell nach unten bis zu den Akteuren selbst abgibt.

Vor allem in diesem Prozess, der mit der Etablierung neuer Akteurskonstellationen einhergeht, findet die Neuaushandlung der Verschränkung von privater und öffentlicher Verantwortung statt. Neu an diesen Akteurskonstellationen sind sowohl Teile der Akteure und Akteursgruppen selbst als auch die Konstellationen als solche. Als genau solch eine neue rahmende und kleinräumige Steuerbarkeit ermöglichende Konstellation können Bildungslandschaften gesehen werden. Sie bringen die alten originär mit Bildung, Erziehung und Betreuung befassten Einrichtungen (Schule, Jugendhilfe, Kindertagesstätten etc.) mit neuen, bisher 'fachfremden' Akteuren wie Stiftungen, Vereinen, Verbänden, aber auch etwa Wirtschaftsunternehmen, Polizei oder Wohnungsgesellschaften zusammen und stimmen sie 'netzwerkartig' orientiert an den Erfordernissen des jeweils gesetzten territorialen Rahmens aufeinander ab. In der Form von Bildungslandschaften bilden sich so „neue überschaubare Steuerungseinheiten“ (Reutlinger 2011: 56) heraus. Sie können insofern als ein Musterbeispiel für die „sektorale nahräumliche Inklusion“ (Kessl 2005, 141) gesehen werden, die zunehmend an die Stelle sozialer Integration tritt.

## Neuaushandlung von Kompetenzen

Der Prozess der Schaffung dieses nahräumlichen Gesamtsystems von Bildung ist ein Feld zur Neuaushandlung von Zuständigkeits- und Verantwortungsbereichen. Es ist nicht alleine die Neuordnung des Verhältnisses von öffentlicher und privater Verantwortung, die die Frage nach der Abgrenzung von Kompetenzen virulent macht. Sowohl was die Hoheit politisch-föderaler Zuständigkeiten als auch die Abgrenzung verschiedener Bildungsbereiche zueinander angeht,

stehen hier ungelöste und durchaus konfliktreiche Fragen im Raum, die mit der Schaffung von Bildungslandschaften bearbeitbar werden.

„Die Verantwortung der Städte in der Bildung muss [...] gestärkt werden. [...] Die Länder werden aufgefordert, kommunale Steuerungsmöglichkeiten insbesondere im Schulbereich zu erweitern und die Zuständigkeiten im Bereich der inneren und äußeren Schulangelegenheiten zugunsten der Kommunen neu zu ordnen“, verlautbart etwa der Deutsche Städtetag offensiv in seiner Aachener Erklärung (2007). Die Einrichtung von Bildungslandschaften scheint ein probates Mittel, dieses Interesse zur Geltung zu bringen – auch und gerade vor dem Hintergrund bestehender föderaler Schranken. Deutlich zu erkennen ist, dass dabei nicht nur eine Verknüpfung, sondern vielmehr eine Verschiebung der Zuständigkeitsebenen angestrebt wird. Ein Prozess, den man als Re-Scaling bezeichnen kann (vgl. Wissen/Röttger/Heeg 2008). In diesem Fall ist es die Verlagerung auf niedrigere Maßstabebenen, die der kommunalen – ebenso wie der lokalen und bezirklichen – Politik ein Mehr an Bildungskompetenz zukommen lässt. Dies eröffnet die Möglichkeit, auch die inhaltlichen Schwerpunkte von Bildungsprogrammen verstärkt an den Erfordernissen vor Ort auszurichten. Es ist deutlich zu erkennen, wie sich Bildungslandschaften tendenziell stark an Fragen der Regionalentwicklung, der Situation des lokalen Arbeitsmarktes, den Erfordernissen der lokalen Wirtschaft oder den konkret wahrnehmbaren Symptomen sozialer Probleme orientieren. Diese Fragen finden in der Form der Bildungslandschaft eine verstärkte Beachtung. Das muss nicht unbedingt schlecht sein, jedoch ist damit verbunden immer auch „die Gefahr der Zersplitterung in allzu unterschiedlich gestaltete und allzu unterschiedlich ausgestattete kommunale Bildungslandschaften, was die gebotene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland in Frage stellen würde.“ (Weiß 2010: 2) Umso kleiner der Maßstab wird, umso mehr gerät das große Ganze aus dem Blick, so könnte man diese Mahnung zusammenfassen. Ein Effekt, der beinahe unvermeidlich ist, wenn kleinräumige Inklusion soziale Integration ersetzt.

Auch in anderer Hinsicht bieten Bildungslandschaften eine geeignete Form der Neuaushandlung von Kompetenzen. In der Bildungslandschaft wird die bisherige Abgrenzung verschiedener Bildungsbereiche und ihrer Logiken aufgeweicht und neu zusammengefügt. Quer zu den relativ starren und klar definierten Säulen des Bildungs- und Erziehungssystems (Kindergarten, Schule, Jugendhilfe, Erwachsenenbildung etc.), die je spezifischen Eigenlogiken folgen, die weitgehend bürokratisch abgesichert und – zumindest teilweise – mit Rechtsansprüchen für die NutzerInnen versehen sind, etabliert sich mit den Bildungslandschaften ein netzwerkartiges Gesamtsystem, dessen einzelne Teile mitunter kaum noch

auseinanderzuhalten sind. Was ist Schule? Was ist Jugendarbeit? Solche Fragen lassen sich hier nicht mehr eindeutig beantworten. „Das einzelne Element, d.h. die Bildungsinstitution, muss sich fortan als Teil des größeren und rahmengebenden Ganzen denken“ (Reutlinger 2011: 57). Wer in diesem Ganzen was zu sagen und zu tun hat, ist dabei einem Prozess der Neuaushandlung unterworfen. Mit durchaus widersprüchlichen Ergebnissen, wie sich etwa anhand der viel diskutierten Verknüpfung von Ganztagsangeboten darstellen lässt: Einerseits kommt es zu einem Aufbrechen der schulischen Logik und einer Öffnung gegenüber anderen Logiken wie der der Jugendarbeit. Andererseits nimmt die Schule in diesem neuen Arrangement schnell den Standpunkt eines dominanten und, im wahrsten Sinne des Wortes, raumgreifenden Zentrums ein, das sich im Handumdrehen die Jugendarbeit zu einem Anhängsel macht. Die Öffnung der schulischen Perspektive kann so paradoxerweise einhergehen mit einer Verallgemeinerung dieser Perspektive. Dann ist irgendwann alles Schule. Soweit man das überhaupt noch so nennen kann. Denn die Unterscheidung zwischen etwa schulischer und außerschulischer Bildung wird in den Bildungslandschaften zunehmend obsolet. An ihre Stelle tritt die Verknüpfung formaler, nonformaler und informeller Bildungsprozesse zu eben jenem neuen Gesamtsystem. Aus Eigenlogiken werden dabei vereinheitlichte Logiken, die sich, und das ist eben die Gefahr, stromlinienförmig und funktional an gegebenen Standortfordernissen orientieren und einer kritikwürdigen Vorstellung erweiterten Lernens entsprechen.

### Subjektivierung von Bildung

Mit dem in den letzten Jahrzehnten durchgeführten flächendeckenden Einsatz von Informations- und Kommunikationstechniken und den sich dadurch verändernden Produktionsbedingungen entsteht ein neues bildungspolitisches Problemfeld: Die Bevölkerung ist mit sich schnell verändernden Anforderungen an ihre Fertigkeiten konfrontiert und es kommt zu einem rasanten Verfall ihres (verwertbaren) Wissens. Zunehmend wird unklar, welche Inhalte überhaupt noch relevant sind beziehungsweise welche Fertigkeiten in der Zukunft zum Einsatz gebracht werden können. Aus diesem Grund soll Wissen nicht mehr als reine fachliche Qualifikation an einen passiven Lerner vermittelt werden. Vielmehr wird diesem Modell ein aktives Lernkonzept zur Veränderung, Erneuerung und Schaffung von Wissen gegenübergestellt: Es fand ein „Paradigmenwechsel von der fremdbestimmten und von außen vorgegebenen fixen Qualifikation zum Prinzip der Selbstorganisation(sfähigkeit)“ (Höhne 2008: 825) statt.

Mit dieser Entwicklung werden die Lernenden mit neuartigen Subjektivierungsansprüchen konfrontiert: An die Stelle von Passivität und Gehorsam tritt die „marktkonforme Selbststeuerung“ (Böhmer 2013: 257). Entwickelt werden soll ein subjektives Interesse der permanenten Erweiterung und Aktualisierung der eigenen Fertigkeiten. Das selbstständige Beobachten künftiger Anforderungen und die immerwährende Bereitschaft zur Anpassung werden unentbehrlich. Damit ist eine Orientierung am Bild des Unternehmers und der Leitfigur des unternehmerischen Selbst (Bröckling 2007) durchgesetzt.

Die derzeitige Arbeitswelt benötigt ein passendes Bildungskonzept, welches bereits von Kindesbeinen an ein entsprechendes Selbstmanagement einübt. In einem Konzept, in dem Bildung ganztägig, lebenslang und ortsübergreifend stattfindet, verschwimmt nicht nur zunehmend die Trennung zwischen Jugendarbeit und Schule (s.o.), sondern auch die Trennung zwischen Freizeit und Schule überhaupt. Bildung ist allgegenwärtig, durchzieht Raum und Zeit. An dieser Stelle wird deutlich, dass Bildungslandschaften eine wunderbar geeignete Form sind, ein passendes Bildungskonzept zu der vielfach diskutierten Durchsetzung subjektiver Arbeit zu implementieren. Das ganztägige Bewegen in Bildungssettings und das Verwischen der Grenze zwischen Freizeit und Bildung führt deutlich zu einer Subjektivierung von Bildung. Die von Höhne (vgl. 2012: 803) beschriebene zunehmende Auflösung der Grenze von Leben und Lernen analog zur Auflösung der Grenze von Leben und Arbeit findet im Konzept der Bildungslandschaften eine Verwirklichung.

### Informelle Bildung, erweitertes und entgrenztes Lernen

Ein derart modernisierter Kapitalismus verlangt eine neue Form des Umgangs mit Wissen und Fertigkeiten. Die Fähigkeit, künftige gesellschaftliche und technologische Entwicklungen vorherzusehen und sich entsprechendes Wissen zu organisieren, tritt an die Stelle von einfacher Vermittlung und anschließender Anwendung. Dies setzt ein hohes Maß an Spontaneität, Kreativität und Phantasie der Arbeitskräfte voraus. Waren diese Eigenschaften in traditionellen Arbeitsverhältnissen mit ihrer Notwendigkeit von spezialisierten Kompetenzen und disziplinierter Arbeitswilligkeit (vgl. Scherr 2002: 100) noch eher als hinderlich und mit Skepsis betrachtet, gelten sie mittlerweile als höchst erforderlich. An die Stelle des auf bloße Nachahmung beschränkten, „genormten Disziplinarsubjekts“ (Bröckling 2012: 23) tritt der unkonventionell handelnde Individualist. Gefragt sind also zunehmend informelle Lernergebnisse, die gar die „entscheidenden Produktions- und Reproduktionsressourcen innerhalb

einer ‘Informationsgesellschaft’ darstellen (Kessl/Treptow/Otto 2002: 78). Doch wie können derartige Lernergebnisse generiert werden?

Die Herausbildung von Phantasie, Individualismus und Kreativität zählt bekanntlich nicht zu den Stärken der Schule. Arrangements, die derartiges fördern, sind dort entsprechend selten zu finden. Hier liegt die Hoffnung auf den nonformalen Settings der Jugendhilfe. Diese erfährt aufgrund der neueren Entwicklung eine nichtgekannte Anerkennung: Bisher eher ungehört, wird sie in das Konzept der Bildungslandschaft integriert und so zunehmend zum anerkannten Bildungsakteur. Bildungslandschaften mit ihren Verbindungen von formalen und nonformalen Settings sind hier besonders passend: Sie bieten genau für diese Anforderungen den passenden Rahmen und fügen sich so perfekt den Anforderungen eines modernisierten Kapitalismus an seine Arbeitskräfte. Gerade durch die Vernetzung lokaler Ressourcen ergeben sich vielfältige und weitreichende Gelegenheiten: Von den Angeboten der Jugendhilfe über die Möglichkeiten des Vereins- und Verbandswesens bis hin zu den privaten Anbietern eröffnet sich ein breites Spektrum an Möglichkeiten.

Diese Konjunktur informeller Lernprozesse birgt auf den ersten Blick die Chance auf mehr Autonomie und Selbstbestimmung. Verbunden damit ist die Hoffnung auf ein breites Bildungsverständnis, das Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit der Entfaltung von Subjektivität, kritischer Persönlichkeit und Mündigkeit bietet. Doch ist hier eine gewisse Skepsis angebracht. Persönlichkeit und Subjektivität, die aufgrund von Marktanforderungen hervorgebracht wurde, ist schwer als solche zu bezeichnen. Da die Ausprägung dieser Merkmale der eigenen Employability dient, ist ihnen damit gerade die Zweckfreiheit geraubt, sie sind ihres „oftmals gesellschaftskritischen und subjektmanzipatorischen Gehalts entkleidet“ (Hirschfeld 2008: 87). Und so ist davon auszugehen, dass von „Bildung als zweckfreier, nicht auf gesellschaftliche Funktionalität ausgerichteter Selbstbildung [...] unter solchen Bedingungen wenig übrig bleibt“ (Scherr 2006: 61). Dies gilt insbesondere, wenn durch ein hohes Maß an informeller Bildung die Attraktivität der eigenen Arbeitskraft gesteigert werden soll und die entsprechenden Inhalte als weiteres Konkurrenz Kriterium hinzugefügt werden. Zum schulischen Leistungsvergleich addiert sich das Bemühen um die Darstellung der eigenen anpassungsfähigen und dynamischen Persönlichkeit. Der moderne Arbeitsmarkt wird so zu einem „Umschlagplatz der eigenen Subjektivität“ (Böhmer 2013: 257). Relevant wird alles, was Kreativität, Dynamik und Flexibilität ausstrahlt.

Gerade mit den Momenten des Vergleichs und der Marktorientierung sowie der daraus resultierenden Vergabe von Lebenschancen und Lebensqualität wird

aus den Möglichkeiten zunehmend eine Zumutung und Nötigung. Informelle Bildung, wie sie auch im Kontext von Bildungslandschaften verstanden wird, kann so das eigentlich emanzipative Potential nicht entfalten. Vielmehr zeigt sich hier ein Grundwiderspruch, der die gesamte Entwicklung erweiterten Lernens durchzieht: Das Mehr an Autonomie, das sich fraglos ergibt, produziert gleichzeitig einen erhöhten Zwang. Aus dem erweiterten Lernen wird schnell ein entgrenztes. Bildungslandschaften sind ein Musterbeispiel der Institutionalisierung solch entgrenzten Lernens. Auch dies scheint uns ein wesentlicher Aspekt für ihre Attraktivität zu sein.

### Neuaushandlung von Bildungsgerechtigkeit

An dieser Stelle ist auch zu beachten, dass sich in den Diskussionen um Bildungslandschaften der umkämpfte Begriff der Bildungsgerechtigkeit wunderbar aufgreifen und produktiv bearbeiten lässt. Dass das bisherige Bildungssystem sozial selektiv sei, ist ein zentraler Kritikpunkt. Es gelte mit der Umsetzung von Bildungslandschaften, den „Automatismus zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft zu entkoppeln“ (Deutscher Verein... 2007: 21). Aus dieser Perspektive scheint das Problem aber nicht die soziale Ungleichheit an sich zu sein und auch nicht die Selektivität als solche, sondern lediglich der, beinahe automatische, Zusammenhang zwischen beiden. Eine „Entkoppelung“ dieses in der Realität ja tatsächlich bestehenden Zusammenhangs birgt jedoch die Gefahr einer fatalen Entkoppelung von Sozialpolitik und Bildungspolitik. Dies ist etwa der Fall, wenn sozialpolitische Fragen in bildungspolitische Fragen transformiert und zu Herausforderungen auf lokaler, regionaler oder kommunaler Ebene heruntergeschraubt werden. Auf Ebenen also, auf denen zahlreiche Ursachen gar nicht mehr ernsthaft zu greifen sind. Diese Art des Down-Scalings ist bei den Bildungslandschaften – auch in dieser Hinsicht – deutlich zu erkennen.

Wird Bildungserfolg nicht mehr vor dem Hintergrund sozialer Ungleichheit thematisiert, dann ist das noch in anderer Hinsicht problematisch. Denn die Kritik an der Koppelung von Herkunft und Bildungserfolg weist mitunter klare Anknüpfungen an ein vorherrschendes Effizienzdenken und eine florierende Leistungsideologie auf: Die starre, tradierte Selektion aufgrund nicht individuell beeinflussbarer Faktoren als potentielle Verschwendung von Humanressourcen. Oder anders formuliert: Selektion ja, aber nicht aufgrund des Berufs der Eltern, sondern aufgrund tatsächlicher, selbstverantwortlich erbrachter Leistung.

### Fazit

Die obigen Ausführungen plädierten dafür, nicht nur über die expliziten Ziele und Inhalte je konkreter Bildungslandschaften zu reden, sondern vor allem ihre Form und Funktion in den Blick zu nehmen. Wenn Bildungslandschaften die Antwort auf etwas sind, dann lohnt es sich, nicht nur diese Antwort zu beforschen, sondern den dahinter liegenden Fragen und Herausforderungen nachzuspüren. Dazu müssen gesellschaftliche Transformationen in und hinter den Bildungslandschaften deutlich und zum Gegenstand der Diskussion gemacht werden. So ließe sich sinnvoll diskutieren, warum die Figur der Bildungslandschaft solch eine enorme Konjunktur erfährt. Diese Perspektive fehlt in den bisherigen Debatten leider weitgehend. Für die Restrukturierung von Bildung im post-wohlfahrtsstaatlichen Arrangement sind die Bildungslandschaften ein Kristallisationspunkt par excellence. Sie als solchen zu behandeln wäre wünschenswert und könnte den Horizont bisheriger Debatten gewaltig erweitern. Der Ausarbeitung einer kritischen Perspektive auf die Bildungslandschaften und die um sie geführten Diskurse würde das jedenfalls enorm helfen.

### Literatur

- Berse, Christoph 2011: Kommunale Bildungslandschaften – Eine geeignete Konzeptfigur für die Förderung mehrdimensionaler Bildung? In: Petra Bollweg/Hans-Uwe Otto (Hg.): Räume flexibler Bildung. Bildungslandschaft in der Diskussion, Wiesbaden, 39-50
- Bleckmann, Peter/Durdel, Anja (Hrsg.) 2009: Lokale Bildungslandschaften. Perspektiven für Ganztagschulen und Kommunen, Wiesbaden
- BMBF 2001: Aktionsprogramm „Lebensbegleitendes Lernen für Alle“. Bonn
- Böhmer, Anselm 2013: Das Fördern des Forderns. Eine subjekttheoretische Kritik transformierter Sozialpolitik. In: B. Benz/G. Reiger/W. Schönig/M. Többe-Schukalla (Hrsg.): Politik Sozialer Arbeit. Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse. Weinheim/Basel, 247-264
- Bröckling, Ulrich 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main
- 2012: Die Arbeit des unternehmerischen Selbst. In: Gegenblende14/2012, Individuum und neue Arbeitswelt, 13-29
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2005: Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, 12. Kinder- und Jugendbericht und Stellungnahme der Bundesregierung. Drucksache 15/6014, Berlin

- Deutscher Städtetag 2007: Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages anlässlich des Kongresses „Bildung in der Stadt“ am 22./23. November 2007
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge 2007: Diskussionspapier des Deutschen Vereins zum Aufbau Kommunalen Bildungslandschaften, Berlin
- Emminghaus, Christoph/Tippelt, Rudolf 2009: Lebenslanges Lernen in regionalen Netzwerken verwirklichen. Abschliessende Ergebnisse zum Programm „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“, Bielefeld
- Forschungskonsortium Lernende Regionen 2004: Ausgewählte Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Programms „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“, Bonn
- Hirschfeld, Uwe 2008: Ganztagsstaat – Politik der Ganztagschulentwicklung im Kontext gesellschaftlicher Umbrüche. In: Ganztagschule – Hoffnung, Ernüchterung, Kritik. Bielefeld, 81-92
- Höhne, Thomas 2008: Wissensgesellschaft. In: T.Coelen/H.-U. Otto (Hrsg.): Grundbegriffe Ganztagsbildung. Das Handbuch. Wiesbaden, 823-831
- 2012: Ökonomisierung von Bildung. In: U. Bauer/U. H. Bittlingmayer/A. Scherr (Hrsg.): Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie. Wiesbaden, 797-812
- Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe/Treptow Rainer 2002: Jugendhilfe als Bildung. In: Hans-Uwe Otto/Ursula Rabe-Kleberg/Richard Münchmeier (Hg.): Bildung und Lebenskompetenz. Kinder- und Jugendhilfe vor neuen Aufgaben. Opladen, 73-84
- Kessl, Fabian 2005: Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernamentalität Sozialer Arbeit. Weinheim/München
- 2006: Aktivierungspädagogik statt wohlfahrtsstaatlicher Dienstleistung? Das aktivierungspolitische Re-Arrangement der bundesdeutschen Kinder- und Jugendhilfe. Zeitschrift für Sozialreform, 52 (2), 217-232
- Nuissl, Ekkehard/Dobischat, Rolf/Hagen, Kornelia/Tippelt, Rudolf 2006: Regionale Bildungsnetze. Ergebnisse zur Halbzeit des Programms „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“. Bielefeld
- Reutlinger, Christian 2009: Bildungslandschaften: Eine raumtheoretische Betrachtung. In: Jeanette Böhme (Hg.): Schularchitektur im interdisziplinären Diskurs. Territorialisierungskrise und Gestaltungsperspektiven des schulischen Bildungsraums. Wiesbaden, 119-139
- 2011: Bildungsorte, Bildungsräume und Bildungslandschaften im Spiegel von Ungleichheit – Kritischer Blick auf das „Räumeln“ im Bildungsdiskurs. In: Petra Bollweg/Hans-Uwe Otto (Hg.): Räume flexibler Bildung. Bildungslandschaft in der Diskussion. Wiesbaden, 51-70
- Scherr, Albert 2002: Aufgaben und Selbstverständnis im Spannungsfeld von sozialpolitischer Indienstnahme und aktueller Bildungsdebatte. In: R. Münchmeier, H.-U. Otto & U. Rabe-Kleberg (Hrsg.): Bildung und Lebenskompetenz. Kinder- und Jugendhilfe vor neuen Aufgaben. Opladen, 93-106
- 2006: Bildung. In: B. Dollinger/J. Raitel (Hrsg.): Aktivierende Sozialpädagogik. Wiesbaden, 51-61

- Tippelt, Rudolf/Reupold, Andrea/Strobel, Claudia/Kuwan, Helmut 2009: Lernende Regionen – Netzwerke gestalten. Teilergebnisse zur Evaluation des Programms „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken. Bielefeld
- Weiß, Wolfgang W. 2010: Kommunale Bildungslandschaften. Chancen, Risiken und Perspektiven. Kurzfassung des Gutachtens, Bremerhaven
- Wissen, Markus/Röttger, Bernd/Heeg, Susanne 2008: Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Münster

Philipp Mattern

E-Mail: [p hm@zedat.fu-berlin.de](mailto:p hm@zedat.fu-berlin.de)

Matthias Lindner

E-Mail: [matthias.lindner@fau.de](mailto:matthias.lindner@fau.de)



**# 347**

**iz3w** ◀

**Entgrenzte Herrschaft – Folter im 21. Jahrhundert**  
 Außerdem ▶ PEGIDA befremdet ▶ Genozidleugnung in der Türkei ▶ Ebola als Terrorismus der Armut ...

52 Seiten, € 5,30 + Porto

auch als PDF-Download

iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · [www.iz3w.org](http://www.iz3w.org)

**iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd**



Klaus Engelberty

## Der lange Weg zur Sozialraumorientierung – Unterschiedliche Sichtweisen beim Umstrukturierungsprozess

### Zur unterschiedlichen begrifflichen und konzeptionellen Füllung von Sozialraum(-orientierung)

Der Begriff des Sozialraums bzw. der Sozialraumorientierung findet sich in den verschiedensten Bereichen der Sozialarbeit wieder, „in unterschiedlichsten theorie-systematischen Überlegungen, fachlich-handlungspraktischen Konzeptionen oder einrichtungsspezifischen Projektbeschreibungen“ (Kessl/Reutlinger 2007: 37). Unklar ist jedoch häufig, was mit den Begriffen gemeint ist, da sie fast schon inflationär gebraucht werden. Oliver Fehren und Wolfgang Hinte sprechen deshalb auch davon, dass sich der Begriff Sozialraumorientierung zu „einem der schillerndsten Etiketten in der Sozialen Arbeit“ (Fehren/Hinte 2014: 7) entwickelt habe. Gleichzeitig wird der Begriff und dessen Umsetzung innerhalb der Praxis der Sozialen Arbeit nicht nur positiv bewertet; vermehrt gibt es skeptische Stimmen, ob mit diesem Prinzip nicht „die neoliberale Aushöhlung des Sozialstaatsprinzips verwirklicht“ (ebd.) werde.

Die Schwierigkeit bei der Begriffsdefinition zeigt sich schon da, wo vom Sozialraum gesprochen wird: die Einen verstehen darunter den Stadtteil oder den Handlungsraum der Bewohner, die Anderen das Wohnquartier, die Nachbarschaft oder gar die ganze Stadt. Der Sozialraum scheint ein Kunstbegriff zu sein: Einerseits ist er die räumliche Dimension der Lebenswelt – sozusagen der individuelle Sozialraum –, gleichzeitig ist er ein Planungs- und Steuerungsraum von Akteuren, Politik und Verwaltung. Ziel dieses Artikels ist es zwar nicht, den Sozialraumbegriff sozialraumorientierter Arbeit zu klären, doch werde ich später noch einmal auf die Schwierigkeiten bei der Operationalisierung des Be-

griffes eingehen, eröffnet sich doch in der Praxis Sozialer Arbeit ein nicht ohne Weiteres auflösbares Spannungsfeld zwischen den verinselten Lebenswelten ihrer Nutzer\*innen und der Planungsgröße der Akteure.

Und was hat es mit der Sozialraumorientierung auf sich? Es scheint der Versuch zu sein, sich „gegen alte, überkommene Vorgehensweisen“ (Kessl/Reutlinger 2007: 41) abzugrenzen. Dieser Versuch ist verbunden mit einem Paradigmenwechsel, der neben methodisch-fachlichen Implikationen (vgl. Fehren/Hinte 2014: 33) auch einen Wandel auf der Ebene der Organisationen nach sich ziehen muss: „Die Umstellung verlangt auf allen Organisationsebenen neue Strukturen, neue Regeln, neue Methoden und ein neues professionelles Selbstverständnis. Leitbild, Organisationsaufbau, Arbeitsmethodik, Kommunikationsregeln und Fortbildung sind sozialräumlich zu konzipieren“ (Früchtel u.a. 2013: 120). Es ist der Versuch, die Versäulung der Arbeitsgebiete, die durch zunehmende Spezialisierung und Ausdifferenzierung entstanden ist und so zu verkrusteten institutionellen Strukturen geführt hat (vgl. Kessl/Reutlinger 2007: 41), aufzubrechen.

Da ein solcher Prozess der Organisationsveränderung in der Praxis nicht ohne Schwierigkeiten und Widerstände verläuft, möchte ich die unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen in einem solchen Prozess des Organisationsumbaus eines regionalen Wohlfahrtsträgers beschreiben. Ich werde mich hauptsächlich auf die unterschiedlichen Motive der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konzentrieren; sie lassen sich jedoch auch in Beziehung setzen zu Positionen anderer Stakeholder wie z.B. Adressat\*innen Sozialer Arbeit, Kooperationspartnern oder auch der Kommunen, Kostenträger sowie der öffentlichen Verwaltung.

### Umsteuerung auf Sozialraumorientierung als Change-Management

Veränderungsprozesse, wie sie hier bezüglich des Umsteuerungsversuches eines regionalen Wohlfahrtsverbandes im Hinblick auf Sozialraumorientierung untersucht werden, lassen sich auch unter dem Begriff des Change-Management fassen: „Unter Change-Management werden alle Maßnahmen subsumiert, die zur Initiierung und Umsetzung von neuen Strategien, Strukturen, Systemen und Verhaltensweisen notwendig sind“ (Gattermeyer/Al-Ani 2001: 14). Angemessen scheint dieser Begriff für den hier untersuchten Prozess vor allem deshalb, weil die Idee zu einer Sozialraum orientierten Organisationsveränderung vom Leiter des regionalen Trägers ausging und als klassischer top-down Prozess begann.

Hintergrund war die eigene Kritik an der Versäulung der einzelnen Arbeitsbereiche; an den gewachsenen Strukturen, die von der Leitung als verkrustet

angesehen wurden. In der Veränderung lag der Wunsch, dass es ein Mehr an Miteinander geben solle, gefolgt von mehr Transparenz und Durchlässigkeit, einem Wissen umeinander. Ein nicht zu vernachlässigender Aspekt war damals wie auch heute noch ein finanzieller Druck von Seiten der Kostenträger, der die Vermutung zulässt, dass unter der Maxime der Sozialraumorientierung zugleich ein Konsolidierungskurs in der Restrukturierung verfolgt werden sollte. So kritisierte die Leitung, dass die Zuständigkeiten und Inhalte der Beratungsstellen bzw. Arbeitsbereiche „manchmal deckungsgleich [sind] oder sie überschneiden sich in ihrem Profil“ (aus der PowerPoint Präsentation der Mitarbeiter\*innenversammlung vom 28.11.2012). Es bestand also die Hoffnung, dass es mit Hilfe von raumbezogenen Versorgungsstrukturen gelingen könnte, die Ressourcen effektiver zu steuern.

Im Rahmen von Change-Management-Prozessen gibt es unterschiedliche Modelle, die versuchen, Prozesse der Veränderung zu beschreiben. Dabei spielen nicht allein rationale Gründe eine Rolle, vielmehr haben auch emotionale Aspekte einen gravierenden Einfluss. Ein anschauliches Bild hierfür ist der Eisberg: die rationalen Ursachen sind an der Oberfläche sichtbar, die emotionalen befinden sich unter Wasser und sind daher nicht sichtbar und gefährlich.

Richard K. Streich hat die emotionalen Reaktionen in Change-Management-Prozessen in sieben Phasen eingeteilt. Von Schock- und Überraschungszuständen, über Ablehnung und Einsicht hin zu Akzeptanz und Erkenntnis und Integration von neuen Handlungs- und Verhaltensweisen (vgl. Streich 1997: 243). Dieses Modell hat sicher weniger wissenschaftlichen Wert, als dass es Führungskräften eine Orientierung geben kann, mit welchen Verhaltensweisen zu rechnen ist, wenn ein größerer Veränderungsprozess top-down umgesetzt werden soll.

Allerdings zeigten sich, als seitens der Leitung in besagter Mitarbeiter\*innenversammlung die Vision einer sozialräumlich ausgerichteten Arbeit vorgestellt wurde, dann auch emotionale Reaktionen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie sie Streich in seinem idealtypischen Modell skizziert hat: Die Konfrontation mit dem notwendigen Wandel rief Reaktionen wie Überraschung, Schock, aber auch Angst und Unverständnis hervor. Es gab offene Ablehnung des Vorhabens. Gleichzeitig gab es aber auch positive Reaktionen auf den zu erwartenden Prozess. Insgesamt stand der überwiegende Wunsch im Raum, an dem Prozess der Neuausrichtung beteiligt zu werden.

Bezogen auf die genannten, teils entgegenstehenden, Reaktionen Ablehnung und Zustimmung könnte man ein polarisierendes Denkmodell von den guten Visionären und den bösen Bremsern entwerfen. Der Soziologe Kurt Lewin hat sich intensiv mit Veränderungsprozessen beschäftigt und dabei diese beiden Gruppen erkannt und als Kraftfelder bezeichnet, die in Organisationen wirken und nor-

malerweise gleich groß sind: Einerseits Kräfte, die den Wandel vorantreiben, die driving forces, und andererseits Kräfte, die den Wandel verhindern, die restraining forces. Da diese beiden Kräfte seiner Ansicht nach gleich groß seien, müssten die driving forces verstärkt und die restraining forces verringert werden, um eine Veränderung herbeizuführen (vgl. Vahs 2003).

Dieses Modell scheint aber zu dichotom, da es nur die extrem entgegengesetzten Meinungen, Haltungen und Kräfte bezeichnet und erkennt. Denn zwischen den Visionären und den Bremsern gibt es eine ganze Bandbreite von unterschiedlichen Haltungen, die man zu Typen zusammenfassen kann. Dietmar Vahs geht davon aus, dass es bei Change-Management-Prozessen Personen gibt, die sich gegenüber der Veränderung offen, abwartend oder ablehnend verhalten und schätzt diesen Anteil jeweils auf ein Drittel ein (vgl. Vahs 2003: 344). Doch auch diese Dreiteilung scheint noch zu grob zu sein. Zudem lässt die Dreiteilung einen gesetzmäßigen Eindruck entstehen. Demgegenüber aber sind die jeweiligen Kräfteverhältnisse von Interessensgruppen in solchen Prozessen jeweils konkret zu untersuchen. Von daher will ich mich bemühen, die hinter den plastischen Kategorien sich verbergenden Interessen etwas genauer zu beleuchten.

### Die Interessenlagen der Trägergruppen des Umbaus in Richtung Sozialraumorientierung

Wie schon beschrieben wurde der Kulturwechsel von den Fachbereichen hin zur Sozialraumorientierung des regionalen Wohlfahrts-trägers von dessen Leitung angestoßen. Man könnte den damaligen Leiter nach Vahs Kategorien als Visionär bezeichnen und das erweiterte Leitungsteam als Missionare, die versuchen, die übrigen Mitarbeiter\*innen vom Erfolg und der Notwendigkeit des Wandels bzw. der Veränderung zu überzeugen und diese auch aktiv in den Veränderungsprozess einzubinden. Diese Gruppe bestand aus wenigen Menschen, die den Prozess mit seinen Zielen und Maßnahmen schon im Vorfeld gemeinsam erarbeitet haben. Sie waren bzw. sind aus den zuvor skizzierten Gründen mehr oder weniger überzeugt, dass die Veränderungen richtig und wichtig für die Organisation sind. Dennoch gab und gibt es auch hier unterschiedliche Haltungen und Meinungen vor allem in Detailfragen, da jeder der Beteiligten unterschiedliche Interessen hat und unterschiedliche Hoffnungen und Wünsche mit dem Prozess verbindet bzw. verbunden hat. So zeigt sich auch hier, dass die von Vahs beschriebenen Typen kaum in ihrer Reinform in Erscheinung treten, sondern dass auch die Visionäre und Missionare Teilaspekte von anderen Typen in sich tragen und beispielsweise auch versteckten Widerstand leisten,

wenn der Prozess nicht in die Richtung verlaufen sollte, die sie sich wünschen und vorstellen.

Dies zeigte sich im vorliegenden Fall z.B. darin, dass ein Bereichsleiter, der den Prozess der Sozialraumorientierung offen begrüßte und mit vorantrieb, an dem Punkt Widerstand leistete, als durch eine geplante Umstrukturierung seines Teams sein offensichtliches Interesse tangiert wurde, weiter Einfluss auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu behalten. So hätte sich seine Dienst- und Fachaufsicht durch die Bildung von Regionalteams von zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf nur noch drei Personen verringert. Entsprechend gab es von seiner Seite viele Diskussionen und Argumente gegen die geplante Umstrukturierung: Keine adäquate Urlaubs- und Krankheitsvertretung, keine Überlebenschancen in der Region, keine geeignete Vertretung gegenüber Behörden und anderen Stakeholdern. Sein Hauptargument war, dass die Region für die er zuständig sein sollte, zu klein sei. Ein eigenes Sozialraumteam wäre nicht zu realisieren.

Neben den Visionären und Missionaren, die den Prozess erarbeitet haben und die Umsteuerung propagierten, ließ sich noch eine weitere Gruppe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern identifizieren, die von dem Prozess der Veränderung überzeugt waren. Hierbei handelte es sich zum überwiegenden Teil um Menschen, die erst verhältnismäßig kurz bei dem Träger beschäftigt waren. So gab es von diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kreative Ideen und positive Anmerkungen zu dem Gesamtprozess. Hier fanden sich vor allem sehr unterschiedliche Sichtweisen auf die Vorteile der Sozialraum-orientierten Arbeit. Neben der Sichtweise der Adressat\*innen (Kürzere Wege) und der Außendarstellung (Bessere Repräsentation in den Regionen; nur ein Ansprechpartner für die externen Stakeholder wie Kommunen, Institutionen etc.; Wachstum in strukturschwachen Gegenden und Erweiterung der Arbeitsgebiete bzw. Angebote) war es vor allem auch persönliche Anliegen: Zum einen war es der Wunsch nach mehr Austausch und Wissen umeinander. Dies wohl vor allem deswegen, da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch recht neu im Dienst waren und so noch nicht alle nötigen Informationen über die jeweiligen Arbeitsgebiete, Kooperationspartner und Anlauf- bzw. Beratungsstellen kannten. Zum anderen artikulierten sie mehr oder weniger explizit auch den Wunsch, mehr Verantwortung zu übernehmen und möglicherweise auch mehr Abwechslung zu haben, indem eine Beschäftigung in unterschiedlichen Arbeitsbereichen durch die Umstrukturierung entstehen könnte.

Zu dieser Gruppe gehörten vor allem auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Bereich der aufsuchenden Sozialen Arbeit. Diese bieten zwar eine Sozialpädagogische Beratung im Sinne einer Einzelfallhilfe, beziehen sich aber auf

den Alltag ihrer Zielgruppen. Es handelt sich also um eine Einzelfallarbeit mit einem hohen Verständnis und Bedürfnis an Netzwerkarbeit. Im Sinne Thierschs geht es zum Einen darum, professionelle Hilfe anzubieten und die Adressatinnen und Adressaten zu befähigen, ihre Probleme in ihrer eigenen Lebenswelt, in ihrem Alltag zu bewältigen. Hierzu ist es notwendig, das Lebensumfeld der Adressatinnen und Adressaten kennenzulernen, also die Wohnung, das Quartier, die Schule etc. (Thiersch 2011: 176ff.). Dies geschieht durch persönliche Kontakte und Hausbesuche. Nur so kann der erfahrene Raum, also die Umwelt, der Wohnraum, aber auch der soziale Raum erfahren und verstanden werden (ebd.). Dies schließt wieder an das Argument „Kürzere Wege für Adressat\*innen“ an, denn mit dem Begriff des erfahrenen Raumes meint Thiersch auch die soziale Infrastruktur, die durch die Soziale Arbeit gefördert werden soll (ebd.: 178ff.). Hieraus leitet Thiersch Struktur- und Handlungsmaximen der Arbeit ab, die sich zum Teil mit dem decken, was Hinte als die zentralen Prinzipien der Sozialraum-orientierten Arbeit formuliert hat (vgl. Thiersch 2011: 188ff.; Hinte 2011: 668ff.). An solche Konzepte schließen die Vorstellungen dieser Gruppe bezüglich des Sozialraum-orientierten Umstrukturierungsprozesses an – vor allem im Hinblick auf: mehr Orientierung am Willen des Individuums, neue Hilfemöglichkeiten vor Ort, Abbau von Barrieren, um Hilfen zugänglicher zu gestalten etc. (vgl. ebd.).

### Zu den Interessenlagen der gegenüber Sozialraumorientierung eher Verhaltenen

Neben den Missionaren und den Gläubigen gibt es noch weitere Rollen in einem Umstrukturierungsprozess, die im vorliegenden Prozess auch zu finden und erkennen waren, so die Gruppe der Untätigen, der Abwartenden und Gleichgültigen. Ich gehe – im Gegensatz zu Vahs – davon aus, dass im vorliegenden Fall die Mehrheit der betroffenen bzw. beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Beginn des Veränderungsprozesses dieser Gruppe angehört haben. Auch wenn diese Gruppe keinen aktiven Widerstand gegen den Umstrukturierungsprozess leistete, so zeigte sich hier jedoch ein passiver Widerstand in Form von Untätigkeit und Dienst nach Vorschrift, ja zum Teil auch Ignoranz (vgl. Przeworski 2011: 26). Dies schlug sich im vorliegenden Fall unter anderem auch in hohen Fehl- und Krankheitszeiten nieder.

Im Sozialraum-orientierten Umstrukturierungsprozess, der hier beispielhaft untersucht wird, lassen sich diesem Typus der Gleichgültigen vor allem Professionelle aus Arbeitsgebieten zuordnen, die eher beratend in der Sozialen Einzelfallhilfe tätig sind. Nach Galuske bezieht sich bei dieser Vorgehensweise die

professionelle Veränderungsabsicht primär auf Individuen, ihre Kompetenzen, Qualifikationen, Sichtweisen, Verhaltensweisen (vgl. Galuske 2001: 75). Es geht bei der Einzelfallhilfe also um therapeutische Interventionen, die mittels Einstellungs- und Verhaltensänderungen zu einer Verbesserung der problematischen Lebenslage beitragen soll (vgl. ebd.). Entsprechend waren von dieser Gruppe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr häufig Aussagen zu hören, dass sie der Prozess ja nichts angehe, da sie ja beratend tätig seien, oder dass sie sich ja schon um alle Menschen im Sozialraum kümmern würden – es könne ja jeder kommen. So äußerte sich diese Gruppe nicht offen gegen den Prozess der Sozialraumorientierung, sondern verhielt sich abwartend nach der Devise: „Naja, mal sehen, was passiert. Ich hab ja eigentlich nichts damit zu tun.“

Von daher scheint einer der Gründe für die Haltung dieser Gruppe zur Umsteuerung in Richtung Sozialraumorientierung auch im (klassischen) Methodenverständnis der Sozialen Arbeit zu liegen, das sich zunächst auf Einzelfallhilfe und Soziale Gruppenarbeit beschränkte, ehe sie um die Gemeinwesenarbeit als damals noch 3. Methode Sozialer Arbeit (vgl. Oehlschlägel 2000: 259) erweitert wurde. Über die Gemeinwesenarbeit rückten gesellschaftliche Strukturen, die bei der Einzelfallhilfe und der Sozialen Gruppenarbeit nur als Randbedingungen angesehen wurden, in den Fokus. Die Sozialraum-orientierte Arbeit hat ihre Wurzeln in der klassischen Gemeinwesenarbeit. Auch ihr geht es als Handlungskonzept Sozialer Arbeit um das Ziel, die Lebensbedingungen für Menschen eines Sozialraums zu verbessern und dabei nicht nur bei den Menschen selbst anzusetzen, sondern auch die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, um so eine eigenständige Lebensgestaltung und Problembearbeitung zu ermöglichen. Im Gegensatz zur klassischen Einzelfallhilfe gründen die Handlungskonzepte der Gemeinwesenarbeit als auch der sozialräumlich ausgerichteten Sozialen Arbeit auf der Annahme, dass soziale Probleme nur in ihrem sozialen Kontext bearbeitet werden können und deshalb auch dort bearbeitet werden müssen. Da sich das „Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit“ (Oehlschlägel) wie auch das Handlungskonzept Sozialraum-orientierter Arbeit als in dem Sinne übergeordnet verstehen, dass sie die Einzelfallhilfe, wie auch die Soziale Gruppenarbeit mit beinhalten, stellt es den bisherigen Anspruch der Höherwertigkeit therapeutischer Interventionen bezüglich Professionalisierung zumindest implizit in Frage. Dies könnte ein Grund dafür sein, dass zum Teil das eher abwartende und gleichgültige Verhalten dieser Gruppe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch in Ignoranz umschlug.

Zu den Gleichgültigen und Abwartenden lassen sich auch diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählen, die ihrer Ansicht nach schon sozialräumlich arbeiten und deshalb doch gar nichts verändern müssen. Diese Meinung war

besonders bei denjenigen zu hören, die sich um benachteiligte Menschen ohne festen Wohnsitz kümmern und für sich beanspruchen, als Vermittler zwischen den Lebenswelten und Institutionen „kategoriale Gemeinwesenarbeit“ zu betreiben. Zudem verwiesen sie auf das gemeinsame Sommerfest oder andere öffentliche Veranstaltungen, an denen sich die Einrichtung präsentiert und sich der Öffentlichkeit zeigt.

Bei einer genaueren Betrachtung stellt sich jedoch die Frage, ob diese tatsächlich „kategoriale Gemeinwesenarbeit“, wie sie von Michael May (vgl. 2008: 124) konzipiert wurde, leisten. Fabian Kessl und Christian Reutlinger sprechen hier von zentralen Dilemmata, denen die Soziale Arbeit bei solchen Vorgehensweisen immer ausgesetzt sei (vgl. Kessl/Reutlinger 2007: 124). So werden die Bewohner bzw. Besucher der Einrichtung stets als eine homogene Gruppe bezeichnet. Dabei handelt es sich jedoch auch im besagten Falle der Wohnsitzlosen um nichts Weiteres als eine statistische Zusammenfassung verschiedener Menschen, die sich in ähnlichen Lebenslagen befinden, deshalb aber sich nicht automatisch schon gleichen Unterdrückungsmechanismen – als Ausgangspunkt einer „kategorialen Gemeinwesenarbeit“, wie sie von May propagiert wird – ausgesetzt bzw. sich durch gemeinsame Interessen verbunden sehen. Erst recht aber erschöpft sich weder „kategoriale Gemeinwesenarbeit“ noch Sozialraum-orientierte Soziale Arbeit in Präventionskonzepten, wie die Nachbarn zu mehr Nachsicht zu bewegen und so die Akzeptanz gegenüber den Wohnungslosen zu erhöhen ist (ebd.).

### Zu den Interessenlagen der gegenüber Sozialraumorientierung Widerstand Leistenden

Am interessantesten und wichtigsten scheint es in einem Veränderungsprozess zu sein, die Widerstände zu erkennen und zu bezeichnen und letztlich auch mit diesen umzugehen. Denn das zentrale Dilemma aller Change-Management-Prozesse, das gerade untergründige emotionale Widerstände gegen Veränderungen stark befördert, ist die Entwertung des in der Vergangenheit Geleisteten. Hierin liegt ein Dilemma der Veränderung: Wenn etwas verändert werden soll, so deshalb, weil etwas nicht gut ist. Es liegen bisher nicht abgedeckte Bedarfe vor, d.h. es gibt Defizite, Mängel und Schwachstellen. Diese zu benennen führt aber dazu, dass sich auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwertet fühlen. Es folgen Gekränktheit, Ärger, Wut und Trotz.

Einen weiteren wichtigen Grund für Widerstand gegenüber top-down initiierten Veränderungsprozessen beleuchtet das Konzept psychologischer Reaktanz als eine Reaktion auf die Bedrohung bzw. Einschränkung der Handlungsfreiheit

mit dem Ziel, diese Handlungsfreiheit wieder herzustellen (vgl. Heinemann u.a. 2008: 39). Ein dergestalt motivierter Widerstand kann sich auf verschiedene Arten zeigen: Offen oder verdeckt. Beispielfähig kann man in Anlehnung an Vahs diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Widerstand leisten, in folgende Typen unterteilen: Emigranten, Offene Gegner und Untergrundkämpfer.

Ich möchte mit der Gruppe der Emigranten beginnen, die im vorliegenden Fall aus einer Person bestanden hatte: einer Bereichsleiterin. Es handelte sich hierbei um eine Sozialarbeiterin, die nach fast zwanzigjähriger Beschäftigung auf der Leitungsebene den Prozess der Sozialraumorientierung nicht mittragen wollte. Aus ihrer Sicht wurde ein funktionierendes Arbeitsgebiet durch die Reformpläne gefährdet. Ein Arbeitsgebiet, das sie mit aufgebaut hatte und das sie gegenüber allen Einflüssen und Veränderungen beschützen und bewahren wollte. Offensichtlich sah sie für sich nach dem Wandel keine ausreichende Perspektive bzw. konnte oder wollte sich nicht verändern, sodass sie kündigte. Leider bestand von ihrer Seite keine Bereitschaft, sich näher zu ihren Gründen zu äußern. Ihr Weggang hatte allerdings großen Einfluss auf die beiden anderen Gruppen, die eher als offene Gegner oder wegen ihres versteckten Widerstandes als Untergrundkämpfer zu bezeichnen wären. Denn insgesamt zeigt sich der größte Widerstand genau in diesem Arbeitsgebiet.

Diejenigen, welche als sogenannte Untergrundkämpfer keine offene Kritik am Prozess der Sozialraum orientierten Umsteuerung äußerten, beklagen immer wieder, dass die Stimmung schlecht, die Atmosphäre vergiftet und die Taktung bei der Arbeitsbelastung immer höher werde durch den Prozess. Es wurde hier auch oft davon gesprochen, dass die Leitung ja auch gar nicht wisse, was sie wirklich wolle. Einerseits wurden hier eine fehlende Transparenz und eine mangelnde Kommunikation kritisiert, andererseits wurde die bewusste frühe Einbindung der gesamten Mitarbeiter\*innenschaft, welche die Prozesshaftigkeit des Vorhabens unterstreichen sollte, kritisiert. Vielmehr verlangten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Gruppe klare Vorgaben von der Leitung.

Vor dem Hintergrund des Konzeptes der Reaktanz lässt sich dies damit erklären, dass die von der Leitung angebotene Mitwirkungsmöglichkeit – deren Tragweite damals noch nicht einzuschätzen war (!) – sich mit zusätzlicher öffentlicher Verantwortung koppelt. Paradoxe Weise würde dies die persönliche Autonomie, als Professionelle(r) in einem bisher für viele nicht transparenten Arbeitsfeld agieren zu können und Verantwortung nach „oben“ delegieren zu können, eher aushöhlen. Denn es gibt viele offensive und noch viel mehr verdeckte Möglichkeiten, die Vorgaben einer Leitung zu kritisieren und zu umgehen, um auf diese Weise die subjektiven Handlungsspielräume zu wahren, die bei Einwil-

ligung in die Mitwirkung beim Umstrukturierungsprozess aufgegeben würden zu Gunsten einer in ihrer Tragweite noch nicht abzuschätzenden subjektiven Gestaltungsmöglichkeit.

Jenseits dieser Interpretation ist jedoch das Misstrauen, welches die Untergrundkämpfer gegenüber der Leitung hegten, offensichtlich. Hinzu kommt, dass ihr versteckter Widerstand gegenüber dem Veränderungsprozess sich höchst wahrscheinlich auch aus verschiedensten Ängsten speiste, beispielsweise vor Überforderung durch die neuen Aufgabenstellungen, bis hin dazu, durch die Umsteuerung ihren Job zu verlieren (obwohl es seitens der Leitung dazu eindeutige Erklärungen gab, dass es im Prozess nicht um Stelleneinsparungen geht), aber auch die Angst vor Veränderung generell. Viele der dieser Gruppe zuzuordnenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind über 50 Jahre alt. Für sie haben Fragen wie „Was bedeutet Sozialraumorientierung konkret für meine Arbeit? Wie muss ich mich verändern? Muss ich auch mit anderen, mir bisher fremden Zielgruppen arbeiten? Muss ich in einem anderen Arbeitsbereich wechseln oder mitarbeiten?“ eine zugespitzte Bedeutung.

Gerade defensiv blockierendes und hintergründiges Agieren von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, indem sie Gerüchte streuten und Stimmung gegen den Wandel schürten, führte aber auf der anderen Seite wieder dazu, dass sich Unentschlossene und Abwartende eher für eine Mitwirkung am Prozess entschieden, da ihnen das Verhalten der Untergrundkämpfer fremd war: „Ach die meckern doch nur, die wollen doch gar nix, die sind doch immer gegen alles.“

Im Unterschied zu diesem verdeckten Widerstand der Untergrundkämpfer artikulierten die Offenen Gegner der geplanten Sozialraum orientierten Umstrukturierung ihre Überzeugung, dass die angestrebten Veränderungen in eine falsche Richtung führten. Für den Prozess des Change-Management erwies sich solch offene Kritik eher vorteilhaft, da so eine konstruktive Auseinandersetzung erst möglich wurde. So konnte dann auch offen über den Verlust von Freiräumen gesprochen werden, die es in den Arbeitsbereichen gibt. Selbst die Angst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor zu viel Kontrolle – die Angst davor, jede Minute nachweisen zu müssen und so in der eigenen professionellen Praxis überprüfbar und angreifbar zu werden – konnte so artikuliert werden.

Aufgrund der nicht unbegründet befürchteten Mehrbelastung ist diese Angst ja durchaus nachvollziehbar. In den vergangenen Jahren hat sich auch im Sozialen Bereich ein immer stärker werdender Effizienzdruck von Seiten der Kostenträger entwickelt. Gleichzeitig wird das Konzept der Sozialraumorientierung immer öfter als Sparprogramm kritisiert, das immer mehr Arbeit auf immer weniger Schultern verteilt (vgl. Fehren/Hinte 2014). Nahezu paradox artikuliert jedoch umgekehrt

gerade diese Gruppe auch Befürchtungen, dass der Träger durch die Veränderung nicht mehr zukunftsfähig sein könnte, dass konkurrierende Träger durch die Umsteuerung Anteile des künstlich erzeugten „Marktes“ dazu gewinnen könnten.

### Veränderungen im Umsteuerungsprozess auf Sozialraumorientierung

Letztlich führten solche Argumente jedoch dazu, die Mitarbeiterschaft noch stärker in den Prozess des Change-Management einzubinden. Hierzu wurden zwei Tagesveranstaltungen durchgeführt, zu denen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer Dienstzeit eingeladen wurden. In diesen Workshops wurde die Vision näher vorgestellt und bearbeitet. Es wurde nach den Ängsten, Wünschen und Hoffnungen der Mitarbeiter\*innenschaft gefragt. Letztlich ließ sich die Leitung sogar auf einen partizipativen Prozess ein: Es wurde eine Steuerungsgruppe gewählt, die aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus allen Bereichen und Regionen bestand. Diese sollte demokratisch wegweisende und bindende Entscheidungen erarbeiten und beschließen. Die Leitung sollte kein Vetorecht besitzen und auch nur eine Stimme haben. Der Aushandlungsprozess dieser Arbeitsweise war äußerst spannend. Der Leiter tat sich mit dieser Forderung zunächst schwer, willigte aber dennoch ein. Ich denke, die Angst, dass der gesamte Prozess zu einer Farce verkommen könnte, spielte möglicherweise eine gewichtige Rolle und wog schwerer, als gemeinsame Beschlüsse der Steuerungsgruppe durch ein Veto zu verhindern. Die Ängste der Leitung wurden aufgegriffen und beruhigt, indem die Gruppe sich einig war, dass sie nicht an dem Prozess rütteln wolle und auch keine Beschlüsse fassen würde, die das gesamte Unternehmen schädigen könnten. Ein weiterer Aspekt war, dass Entscheidungen in einem Konsensverfahren getroffen werden sollten, d.h. es sollte so lange diskutiert werden, bis ein Konsens gefunden wird. Dies könnte im schlimmsten Fall zu unproduktiven Treffen und Sitzungen führen, die zu keinem Ergebnis kommen. Auch die Frage nach der zeitlichen und inhaltlichen Freistellung von sonstigen Aufgaben wurde intensiv diskutiert. Im Laufe der Treffen war zu erkennen, dass die Gruppe einerseits zwar die Ängste und Befürchtungen der gesamten Mitarbeiter\*innen mit einbrachte, gleichzeitig aber auch den Prozess weiter vorantreiben wollte, in dem ihre Mitglieder als Multiplikatoren nach außen, d.h. in ihre Arbeitsgebiete und Regionen fungierten. Trotz aller Vorbehalte seitens der Leitung, möglicherweise aber auch seitens der Mitglieder der Steuerungsgruppe, funktionierte es! Die Steuerungsgruppe fällt Entscheidungen, die den Prozess vorantrieben. Durch dieses Vorgehen bekam der gesamte Umstrukturierungs-

prozess ein stärkeres Gewicht und fand mehr und mehr insgesamt positive Resonanz unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Dennoch zeigten sich über das bisher Benannte hin weitere Schwierigkeiten. Zu einem nicht unerheblichen Teil resultierten diese daraus, „dass Fachkräfte unterschiedlich ausgebildet und fortgebildet wurden und deshalb unterschiedliche Sprachen sprechen“ (Fehren/Hinte 2014: 9). Sie kommen aus verschiedenen Denktraditionen, die mit unterschiedlichen Handlungsansätzen verbunden sind: Hier die Wohnungslosenhilfe, die einen Gemeinwesen-orientierten Ansatz vertritt; das ambulante Betreute Wohnen, das eine klassische Einzelfallhilfe leistet, nach der die Leistungen in Form von Fachleistungsstunden erbracht und refinanziert werden, gleichzeitig aber ein hohes Maß an Vernetzung und Kooperation benötigen. Dort das integrierte Beratungszentrum, das viele stark ausdifferenzierte Beratungsangebote unter einem Dach vereint und einen hochschwelligem Ansatz vertritt, ähnlich einem fachärztlichen Modell. Damit verbunden werden die Menschen, die Unterstützung suchen, nach Problemlagen eingeteilt und von unterschiedlichen professionellen Kräften beraten und begleitet. Die sozialen Probleme und Bedarfe der Adressatinnen und Adressaten werden so zugeschnitten und uminterpretiert, dass sie zu den angebotenen Hilfeangeboten passen (vgl. Fehren/Hinte 2014: 34).

Interessanterweise wurde auch aus Mitarbeiter\*innensicht mehrfach geäußert, dass es unterschiedliche Teamkulturen gäbe, die man nur schwer vereinen könne. D.h. die unterschiedlichen Sichtweisen und auch daraus resultierende Selbstverständnisse der eigenen Arbeit – aber auch der durch die eigene Person verwirklichten Professionalität – führten offensichtlich zu einer Verfestigung der einzelnen Arbeitsbereiche und förderten so die Versäulung innerhalb der Organisation. Daraus speist sich auch das schon angesprochene Argument, dass durch die Sozialraumorganisation nicht nur Strukturen eher verwässert würden, sondern dass damit verbunden sogar ein Profilverlust beim Träger eintreten und so konkurrierende, spezialisierte Träger „Marktanteile“ gewinnen könnten.

### Schwierigkeiten der konkreten Schneidung von Zuständigkeitsräumen

Eine weitere Schwierigkeit, die sich im Prozess der Umsteuerung auf Sozialraumorientierung zeigte, ist deren Zuschnitt. Im disziplinären Diskurs um Sozialraum (vgl. z.B. Kessl/Reutlinger 2007; May 2008: 69) wird immer wieder betont, dass administrative Planungs- und Steuerungsräume von Akteuren, Politik und Kommunen niemals die Komplexität und Heterogenität sozialer Zusammenhänge aufgreifen und darstellen können. So zeigt sich auch im vorliegenden

Fall, dass eine sozialräumliche Ausrichtung entlang bestehender administrativer Planungs- und Steuerungsräume informelle sozialräumliche Strukturen nicht berücksichtigen kann. Grundlage sind vielmehr Zuständigkeiten der kommunalen Jobcenter bzw. Vorgaben des zuständigen Landkreises. Im besten Fall ist so ein Sozialraum entstanden, den Oliver Fehren in Anlehnung an Habermas als „Kompromissformel von lebensweltlichem Kommunikationsraum und administrativer Steuerungsgröße“ (Fehren 2008: 154) bezeichnet.

Die drei Planungsräume, die so entstanden sind, unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Struktur in überwiegend städtisch, intermediär und überwiegend ländlich (vgl. OECD 2007: 34). Dies hatte in der Vergangenheit Einfluss auf die dezentrale Ausrichtung der Angebote im Landkreis. So wurde der überwiegend ländlich geprägte Raum eher vernachlässigt und der überwiegend städtische Raum fokussiert. Diese Ausrichtung beeinflusst indirekt auch den sozialräumlich orientierten Organisationsprozess und macht sich vor allem in Hinblick auf die Zwischenebene der Bereichsleitungen bemerkbar. Gab es bisher Bereichsleitungen, die eine bestimmte Zuständigkeit für Arbeitsgebiete innehatten, so wurden nun die verschiedenen Regionen an diese übergeben. Aus den Bereichsleitungen sollten Regionalleitungen werden.

Aufgrund der unterschiedlichen Verteilung der bisherigen Angebote in den Regionen ergaben sich demzufolge sehr unterschiedliche Zuteilungen von Mitarbeiter\*innen an die jeweiligen Regionalleitungen. So gab es in der ländlichen Region – wie schon angedeutet – ein Team mit drei Professionellen, in der intermediär geprägten Region hingegen ein Team mit mehr als zwanzig; einerseits also ein Team, das zu klein scheint, um arbeitsfähig zu sein, andererseits ein Team, das nur eine Leitung überfordern könnte. So wird in der Literatur auch eher davon gesprochen, die Teams möglichst klein zu halten, d.h. die optimale Teamgröße sollte aus drei bis fünf Mitgliedern bestehen und eine Größe von bis zu sieben Mitgliedern nicht überschreiten (vgl. Yetton/Bottger 1983). Dies scheint m.E. auch für die als ländlich geprägte Region sinnvoll zu sein, nimmt man Aspekte wie Vertretungs- und Krankheitssituation sowie Vertretung gegenüber externen Kooperationspartnern als Parameter. Andererseits sollte ein Team mit mehr als sieben Mitgliedern geteilt werden, damit es arbeitsfähig bleiben kann. Dies führte dazu, dass die beiden Regionen weiterhin miteinander verknüpft arbeiten. So arbeiten Mitarbeiter\*innen der intermediär geprägten Region auch in der ländlichen Gegend. Gleichzeitig war es noch nicht möglich, ein eigenes Sozialraumteam in der intermediär geprägten Region zu gründen, da die Teams auch weiterhin weitestgehend fachbereichsorientiert arbeiten. Der Umgang und die momentane Lösung dieser Frage führte letztlich zu Unmut bei den Mitarbeiter\*innen:

Während die betreffende Leitung von den Mitarbeiter\*innen verlangt, dass sie offen für Veränderungen und Neues sind, verhält sie sich wie bisher und zeigt nur bedingt Veränderungsbereitschaft in ihrem Verhalten. So konnte bisher nur ein Sozialraumteam gegründet werden, das in der städtisch geprägten Region fachbereichsübergreifend zusammenarbeitet.

### Die Außenperspektive auf den Sozialraum-orientierten Umsteuerungsprozess

Die Sichtweisen von Anderen – also vom Landkreis, von den Kommunen und den Kooperationspartnern – auf das Vorhaben waren sehr unterschiedlich, aber spiegeln sich in den bereits beschriebenen Sichtweisen und Einstellungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wider. Da das Thema der Sozialraumorientierung immer noch en vogue zu sein scheint, gab es zunächst sehr viel positive Rückmeldung von außen. Allerdings haben diese zum Teil dann wieder Ängste und Befürchtungen der internen Gegner beflügelt: Findet der Kostenträger das Konzept der Sozialraumorientierung möglicherweise nur deswegen gut, da es eine kostengünstige Alternative zur einzelfallbezogenen Hilfe darstellt? Trägt es nicht zum Verlust der „politischen Dimensionen sozialarbeiterischer Fachlichkeit“ (Fehren/Hinte 2014: 7) und damit zum „Abbau des Rechtsanspruchs auf individuelle Hilfen“ (ebd.) bei?

Der mit der Sozialraumorientierung verbundene Gedanke der Vernetzung und Nutzung von Ressourcen der Lebenswelt könnte in dieselbe Richtung zielen: Was einerseits positiv scheint, also die tatsächliche Bezugnahme Sozialer Dienste auf die Lebenswelten der Nutzerinnen und Nutzer (ebd.: 34) kann auch als kostensparende Alternative angesehen werden, d.h. solange noch persönliche oder sozialstrukturelle Ressourcen vorhanden sind, muss der Kostenträger gar nicht einspringen. Bei aller positiven Rückmeldung seitens der Kostenträger wurde immer wieder verdeutlicht, dass die fallunspezifische Arbeit, die Netzwerkarbeit, die Overhead-Tätigkeiten kostenneutral zu erfolgen haben. Dies unterstreicht noch einmal die Argumente der Offenen Gegner des Vorhabens: Mehrbelastung, Neue Aufgaben, Netzwerkarbeit.

Die Kooperationspartner und Mitbewerber auf dem sogenannten „Sozialen Markt“ in der Region zeigten sich eher abwartend und gleichgültig mit Positionen von „das betrifft uns und unseren Arbeitsansatz nicht“ bis „wir arbeiten doch schon längst Sozialraum-orientiert“. Auch hier lassen sich Parallelen zu den internen Positionen unter Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum Sozialraum bezogenen Umbau der Organisation ziehen. Interessanterweise bestand seitens

anderer sozialer Träger außerhalb des Versorgungsgebietes ein großes Interesse an dem Prozess. Dies hängt wohl mit ähnlichen strukturellen Gegebenheiten zusammen, die dazu führen, dass sich größere regionale Träger Sozialer Arbeit verändern müssen, um zukunftsfähig zu bleiben.

### Versuch einer Zwischenbilanz

Vor allem durch die zielgruppen- und bereichsübergreifende Orientierung und die Kooperation und Koordination der sozialen Dienste konnte eine doppelte Öffnung der vom Träger geleisteten Arbeit einerseits zu den Adressatinnen und Adressaten Sozialer Arbeit und andererseits zu den Bezugsinstitutionen im Stadtteil bzw. in der Region (vgl. Fehren/Hinte 2014: 35) in Gang gesetzt werden. Durch die Einführung von Sozialraumteams ließ sich der oben beschriebenen Problemzerschneidung von Adressat\*innen in unterschiedliche Fachdienste entgegenwirken. Zudem lässt die gemeinsame raumbezogene Zuständigkeit auch eine entsprechende Verantwortlichkeit wachsen, lebensweltnah zu agieren, was hoffen lässt, dass bestimmte Adressat\*innengruppen zukünftig nicht mehr – oder zumindest weniger – ausgeschlossen werden.

Gleichzeitig besteht aber kein Zweifel daran, dass die Sozialräume planerisch festgelegt wurden, während sich die lebensweltlichen Räume der Adressatinnen und Adressaten möglicherweise jenseits dieser territorialen Aufteilung bewegen (vgl. Fehren/Hinte 2014: 46). Zumindest aber gibt es relevante Gruppen von Professionellen im Prozess, die auch in der neu gebildeten Steuerungsgruppe stark vertreten sind, welche die sozialraumorientierte Umorganisation des Trägers dahingehend zu profilieren suchen, den Willen der Nutzerin bzw. des Nutzers stärker in den Mittelpunkt zu rücken sowie zielgruppen- und bereichsübergreifende Sicht- und Arbeitsweisen zu kultivieren, die auf Kooperation und Vernetzung basieren und auch die individuellen, sozialen, baulichen und infrastrukturellen Ressourcen im Blick behalten.

### Literatur

- Fehren, Oliver 2008: Wer organisiert das Gemeinwesen? Zivilgesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit als intermediäre Instanz. Berlin
- /Hinte, Wolfgang 2014: Sozialraumorientierung – Fachkonzept oder Sparprogramm? In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.): Soziale Arbeit kontrovers. Bd.4. Berlin
- Galuske, Michael 2001: Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim/München

- Gattermeyer, Wolfgang/Al-Ani, Ayad 2001: Change Management und Unternehmenserfolg: Grundlagen, Methoden, Praxisbeispiele. Wiesbaden
- Heinemann, Friedrich/Förg, Michael/Frey, Dieter/Jonas, Eva/Rotfuß, Waldemar/Traut-Mattausch, Eva/Westerheide, Peter 2008: Psychologie, Wachstum und Reformfähigkeit. Mannheim
- Hinte, Wolfgang 2011: Von der Gemeinwesenarbeit über die Stadtteilarbeit zum Quartiersmanagement. In: Thole, Werner (Hrsg.): Grundriss Sozialer Arbeit. Ein einführendes Handbuch. Wiesbaden, 663-676
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian 2007: Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden
- May, Michael 2008: Sozialraumbezüge Sozialer Arbeit. In: Alisch, Monika/May, Michael: Kompetenzen im Sozialraum. Sozialraumentwicklung und –organisation als transdisziplinäres Projekt. Opladen/Farmington Hills
- OECD 2007: Prüfbericht zur Politik für ländliche Räume. [URL: [http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/LaendlicheRaume/OECD-Pruefbericht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/LaendlicheRaume/OECD-Pruefbericht.pdf?__blob=publicationFile)]
- Oehlschlägel, Dieter 2000: Gemeinwesenarbeit (Neufassung). In: Stimmer, Franz: Lexikon der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit. München/Wien, 258-264
- Przeworski, Gregor Maximilian 2011: Widerstände gegen Kulturwandel in Unternehmen: Ursachen und Lösungsansätze im Change Management. Hamburg
- Streich, Richard K. 1997: Veränderungsprozessmanagement. In: Reiß, Michael/Rosenstiel, Lutz v./Lanz, Anette: Change Management: Programme, Projekte und Prozess. Stuttgart
- Thiersch, Hans/Grundwald, Klaus/Köngeter, Stefan 2011: Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. In: Thole, Werner (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. Opladen, 175-196
- Vahs, Dietmar 2003: Organisation. Einführung in die Organisationstheorie und –praxis. Stuttgart
- Yetton, P.W./Bottger, P.C. 1983: The relationship among group size, member ability, social decision schemes and performance. Organizational Behaviour and Human Performance. 32, 145-159

Klaus Engelberty  
E-Mail: [horitenshi@web.de](mailto:horitenshi@web.de)

Lea Schumacher, Oliver Decker (Hg.)

### **Körperökonomien Der Körper im Zeitalter seiner Handelbarkeit**

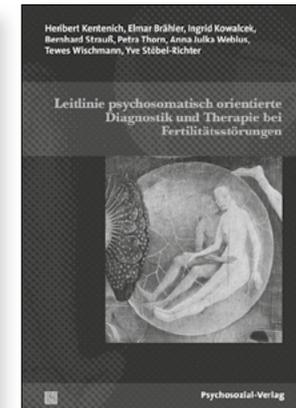


223 Seiten · Broschur · € 24,90  
ISBN 978-3-8379-2353-7

Der menschliche Körper ist in der heutigen Zeit selbst zu einem wirtschaftlichen Handelsgut geworden. Die Beiträge des Sammelbandes beschäftigen sich mit unterschiedlichen Erscheinungsformen der Ökonomien, in die der Körper historisch und gegenwärtig eingebunden ist – Phänomene von der Prostitution über Transplantationsmedizin bis hin zum globalen Organhandel werden dabei untersucht.

Heribert Kentenich et al.

### **Leitlinie psychosomatisch orientierte Diagnostik und Therapie bei Fertilitätsstörungen**



204 Seiten · Broschur · € 24,90  
ISBN 978-3-8379-2311-7

Das seelische Leid bei ungewollter Kinderlosigkeit stellt nach wie vor eine Herausforderung bei der Behandlung dar. Das Buch vermittelt einen Überblick über Inhalte, Ziele und Effekte psychologischer Beratung und Therapie. Im Vordergrund stehen dabei psychosoziale Aspekte der Entstehung und Verarbeitung von Fertilitätsstörungen – eine wertvolle Hilfestellung für die klinische Praxis.



Albert Scherr

## Was leisten Sozialpolitik und Soziale Arbeit in wohlfahrtsstaatlich verfassten Nationalgesellschaften?

Eine Replik

In seinem Beitrag in Heft 133 der Widersprüche trägt Norbert Wohlfahrt eine dezidierte Kritik an der von Michael Bommers und mir vorgelegten Analyse von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit vor. Diese Analyse geht davon aus, dass Sozialpolitik und Soziale Arbeit als Reaktion wohlfahrtsstaatlicher verfasster Nationalgesellschaften auf die Inklusions-/Exklusionsverhältnisse in der funktional differenzierten Gesellschaft betrachtet werden können und dass ihr gesellschaftlicher Auftrag als Exklusionsvermeidung, (Re-)Inklusionsermöglichung und Exklusionsverwaltung bestimmt werden kann.<sup>1</sup>

Zum Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung dieser Überlegungen (1996) wurde sie von manchen als provokativ wahrgenommen, weil „Exklusionsverwaltung“ als zynische Beschreibung dessen verstanden wurde, was Soziale Arbeit leisten kann und soll. Die nunmehr formulierte Kritik hat eine andere Stoßrichtung; sie richtet sich gegen die unterstellte gesellschaftstheoretische Naivität unserer Analyse und ihren angenommenen normativen Überschwang. Diese Kritik fordert Widerspruch heraus, nicht nur weil sie polemisch angelegt ist, sondern auch, weil sie auf einer nachweisbar falschen Interpretation unserer Überlegungen beruht.

Dies gilt insbesondere für die Behauptung, dass die analytische Unterscheidung von Inklusion und Exklusion einen normativen Maßstab und ein normatives Verständnis der Aufgaben Sozialer Arbeit voraussetzt oder impliziert (Wohlfahrt 2014: 22). Dies ist gerade nicht der Fall. Unsere Theorie der Sozialen Arbeit geht vielmehr davon aus, dass moderne Gesellschaften u.a. dadurch gekennzeichnet sind, dass die Lebensführung von Einzelnen und Familien in eine gesteigerte Abhängigkeit von der Teilnahme an den Leistungen unterschiedlicher gesellschaftli-

---

<sup>1</sup> S. dazu u.a. Bommers/Scherr 1996 und 2012; Scherr 2002 und 2008; vgl. Lambers 2013: 190ff.

cher Teilsysteme gerät. Das betrifft zweifellos nicht zuletzt die Abhängigkeit der Lohnabhängigen von Arbeit und Geldeinkommen in der Ökonomie, aber nicht nur diese. Hinzu kommen weitere Abhängigkeitsverhältnisse: Eine modernen Standards entsprechende Behandlung von Krankheiten setzt den Zugang zu den Leistungen des Gesundheitssystems voraus; ohne Zugang zu den Massenmedien sind Möglichkeiten der Informationsbeschaffung und Kommunikation erheblich eingeschränkt; ohne eine schulische Bildung im Erziehungssystem können das Wissen und die Fähigkeiten gewöhnlich nicht zureichend erworben werden, die erforderlich sind, um das Rechtssystem und das politische System so zu verstehen, dass eine informierte Vertretung eigener Interessen möglich ist, usw. So betrachtet sind Lebensbedingungen und Möglichkeiten der Lebensführung in einem hohem Maße abhängig von den Inklusions-/Exklusionsverhältnissen der modernen Gesellschaft und ihrer Teilsysteme. Dies ist eine theoretische, empirisch überprüfbare Aussage über die Realität moderner Gesellschaften, keine Bewertung im Sinne der Aussage, dass Inklusion immer besser sei als Exklusion. Darauf habe ich auch ausdrücklich in der Auseinandersetzung mit Formen der Zwangsinklusion und der Selbstexklusion hingewiesen (s. Scherr 2008). Die gesellschaftstheoretische Analyse von Inklusions- und Exklusionsverhältnissen und ihrer Folgen ist also nicht mit einem normativen politischen Diskurs identisch, der Ausschluss als Problem und Teilhabe als Lösung darstellt.

Die normative Bewertung, dass Formen und Auswirkungen von Exklusion – Gewährleistung von Menschenrechten, soziale Gerechtigkeit, selbstbestimmte Lebensführung – vielfach problematisch sind, kann man gleichwohl gut begründen. Dies gilt aber auch für bestimmte Formen der Inklusion, so in unwürdige Arbeitsverhältnisse oder Formen der Beschulung, in denen das Recht auf Bildung nicht zureichend eingelöst wird und die zu strukturellen Benachteiligungen auf Arbeitsmärkten führen.

Wir beanspruchen auch, dass unsere Analyse nicht, wie Wohlfahrt (2014: 22) unterstellt, auf begriffslosen Setzungen beruht, sondern auf einer ausgearbeiteten Gesellschaftstheorie. Warum die Theorie der funktional differenzierten Gesellschaft meines Erachtens Vorzüge gegenüber Theorien der bürgerlichen bzw. kapitalistischen Gesellschaft hat, kann hier nicht erneut dargelegt werden (s. Bommers/Scherr 2012: 15ff. und 115ff; Scherr 2008; Scherr 2015). Einzugehen ist aber auf folgende Behauptung von Wohlfahrt (2014:21): „Weder das Bildungswesen noch die Arbeitswelt oder der Zugang zu sozialen Leistungen folgen einem Prinzip von Einschluss oder Ausschluss.“

Wenn mit dieser Behauptung bestritten werden soll, dass für diese und andere gesellschaftliche Teilbereiche Regulierungen beschrieben werden können, die

den Zugang zu Positionen und Leistungen an bestimmte Bedingungen binden und die zu Ausschlüssen führen, dann lässt sich das Gegenteil nachweisen. Gäbe es in der Arbeitswelt kein Prinzip von Einschluss und Ausschluss, dann könnte es keine Arbeitslosigkeit geben. Ansprüche auf Sozialleistungen sind zu einem erheblichen Teil ersichtlich an die Staatsbürgerschaft und den Aufenthaltsstatus geknüpft; jährlich werden in Deutschland ca. 10.000 Menschen dadurch von nationalgesellschaftlichen Sozialleistungen ausgeschlossen, dass ihnen ein legaler Aufenthaltsstatus bestritten und sie in der Folge abgeschoben werden. Auch im Bildungswesen finden Exklusionen statt, so dann, wenn Kinder und Jugendliche als unbeschulbar definiert oder Schüler vor Erreichen eines Abschlusses von weiterer Teilnahme ausgeschlossen werden.

Die obige Behauptung führt bei Wohlfahrt (2014: 22) dann zu folgender These: „Weder dem Sozialstaat noch der Wirtschaft geht es um den Ausschluss von Individuen, sondern um ihre Nutzbarmachung im Sinne des Wirtschaftswachstums produzierenden Privateigentums.“

Dass es der Wirtschaft und dem Sozialstaat auch um einen instrumentellen Zugriff auf menschliches Arbeitsvermögen geht, ist nicht sinnvoll zu bestreiten und wird in den Sozialwissenschaften wohl auch von niemandem bestritten. Durchaus bestreitbar ist aber erstens, dass es im wirtschaftlichen Interesse liegt, alle Individuen wirtschaftlich nutzbar zu machen. Denn unterschiedliche Analysen sind zu der Einschätzung gelangt, dass die ökonomische Entwicklung eine große Zahl von Menschen zu ökonomisch Überflüssigen werden lässt, die als Arbeitskräfte nicht benötigt werden und dann auch als Konsumenten nicht mehr relevant sind. Schlimmer als arbeiten zu müssen ist es eben gewöhnlich, keine Chance zu finden, durch entlohnte Arbeit den eigenen Lebensunterhalt zu sichern.

Zweitens ist eine solche teleologische Beschreibung der Funktion von Sozialstaatlichkeit unzureichend, denn Sozialstaatlichkeit reduziert sich nicht auf Mechanismen, die auf die Erzeugung der Fähigkeit und Bereitschaft zu Erwerbsarbeit ausgerichtet sind. Vielmehr schränkt Sozialstaatlichkeit den ökonomischen Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft dadurch auch ein, dass unabhängig von der Fähigkeit und der Bereitschaft zu Erwerbsarbeit bestimmte Leistungen bereitgestellt werden, die einen Mindeststandard der Lebensführung garantieren. Unter Bedingungen von Sozialstaatlichkeit lässt man die Armen und Arbeitslosen nicht einfach verhungern, schließt sie nicht von medizinischer Versorgung aus und auch nicht von Teilhabe an schulischer Bildung. Das ist keineswegs selbstverständlich und weltgesellschaftlich keineswegs durchgängig der Fall. Deshalb ist die These, dass Sozialpolitik durch eine „dialektische Paradoxie“ (Heimann (1929/1980: 168) gekennzeichnet ist, nach wie vor hilfreich: Demnach ist Sozial-

politik sowohl auf die Begrenzung der gesellschaftlichen Reichweite der Prinzipien der kapitalistischen Ökonomie im Interesse der Lohnabhängigen ausgerichtet als auch auf die Erzeugung der Fähigkeit und Bereitschaft zu Lohnarbeit im Interesse der Ökonomie. Folglich ist es meines Erachtens erforderlich, Sozialpolitik (und Soziale Arbeit) als ein Feld von Widersprüchen und damit als ein gesellschaftliches Konfliktfeld zu analysieren (s. Scherr 2014).

Abschließend: Meines Erachtens ist es ebenso wenig sinnvoll, differenzierungstheoretische und kapitalismustheoretische Analysen gegeneinander auszuspielen wie den „Kältestrom“ gesellschaftstheoretischer Analysen gegen den „Wärmestrom“ normativer Ideen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Vielmehr kommt es darauf an, Dialoge und Kontroversen zu entfalten, die ein produktives Weiterdenken ermöglichen, sofern es gesellschaftlich und in der Sozialen Arbeit auf Theorie ankommt.

#### Literatur

- Bommes, M./Scherr, A.: Exklusionsvermeidung, Inklusionsvermittlung und Exklusionsverwaltung. Zur gesellschaftstheoretischen Bestimmung Sozialer Arbeit. In: neue praxis, H. 2, 107-123
- 2012: Soziologie der Sozialen Arbeit. Weinheim und Basel
- Heimann, E. 1929/1980: Soziale Theorie des Kapitalismus. Frankfurt
- Scherr, A. 2002: Soziale Arbeit und die nicht beliebige Konstruktion sozialer Probleme in der funktional differenzierten Gesellschaft. In: Soziale Probleme, H. 1-2/2002, S. 73-94
- 2008: Kapitalismus oder funktional differenzierte Gesellschaft? Konsequenzen unterschiedlicher Zugänge zum Exklusionsproblem für Sozialpolitik und Soziale Arbeit. In: R. Anhorn, R. et al: (Hrsg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Wiesbaden, S. 83-106
- 2014: Gesellschaftliche Krisen und ihre Folgen für die Soziale Arbeit. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 39. Jg., S. 263–279
- 2015: Einleitung: Keine 11. These mehr? Niklas Luhmann als kritischer Theoretiker der Gegenwartsgesellschaft. In: Scherr, A. (Hrsg.) System- und Differenzierungstheorie als Kritik. Weinheim und Basel (im Druck)
- Wohlfahrt, N. 2014: Vom „Klassenkompromiss“ zur klassenlosen Staatsbürgergesellschaft. In: Widersprüche, H. 133, 34. Jg. 11-24

Albert Scherr, Pädagogische Hochschule Freiburg, Konzerne 21, 79117 Freiburg  
E-Mail: scherr@ph-freiburg.de

## Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

Liebe Kolleginnen, Liebe Kollegen,

die Zeitschrift *Widersprüche* will ab Heft 133 den Arbeitskreisen Kritische Soziale Arbeit und vergleichbaren Initiativen den Raum und die Möglichkeit bieten, über ihre Positionen, Vorhaben, Publikationen, Kampagnen und andere wichtige Ereignisse zu berichten.

Kurze Texte, knappe Dokumentationen und Ähnliches können wir direkt in diese Rubrik aufnehmen. Längere Texte können mit einem kurzen Aufriss sowie einem entsprechenden Link vorgestellt werden, so dass Leserinnen einen leichten Zugang zum kompletten Dokument haben. Terminankündigungen sind dabei in einer Vierteljahreszeitschrift nur dann sinnvoll, wenn auf Ereignisse hingewiesen wird, die einen entsprechenden Vorlauf haben.

Koordiniert wird diese Rubrik von Timm Kunstreich, mit dem auch weitere Details besprochen werden können. Die Kontaktadresse zum Senden der Beiträge lautet: [TimmKunstreich@aol.com](mailto:TimmKunstreich@aol.com)

Die Beiträge werden zu den folgenden Redaktionsschlüssen für die nächsten Hefte entgegengenommen:

Heft 136: 10.04.2015

Heft 137: 10.07.2015

Heft 138: 10.10.2015

Die Redaktion



Bill Hughes

## Zivilisierung und ontologische Invalidierung<sup>1</sup> von Menschen mit Behinderung – Teil I<sup>2</sup>

### Einleitung

Eliminierung, Behandlung oder Korrektur bzw. deren Mischung sind die primären gesellschaftlichen Antworten auf von Behinderung betroffene Menschen in der Moderne. Invalidierung ist die primäre Erfahrung von Beeinträchtigung in dieser Periode. Dieser Begriff hat eine doppelte Bedeutung und umfasst sowohl die Internierung bzw. Gefangenschaft<sup>3</sup> aufgrund von Unvermögen bzw. Unfähigkeit ('confinement through incapacity') als auch das Absprechen von Glaubwürdigkeit bzw. von Wert ('deficit of credibility') (Hughes, 2000: 558). Die zweite und entscheidende Setzung gründet darauf, dass in dem nicht-behinderten Weltbild Beeinträchtigung bzw. Behinderung ein 'ontologisches Defizit' darstellen – eine Reduktion von 'leib' zum 'korpor'<sup>4</sup>, von Mensch zu Tier, von Persönlichkeit und Identität zu ausschließlich körperlicher Präsenz. Auf eben dieses Absprechen von Wert und Würde (deficit of credibility) gründet auch die Scheinrationalität für die Ver- und Entsorgung von beeinträchtigten Körpern: zum einen durch Eliminierung (u.a. Auslöschung oder Absonderung) und

---

1 Anmerkung d. Übs.: „Invalidierung“ ist die Übersetzung des von Hughes benutzten Begriffs *Invalidation*. Dieser Terminus impliziert zum einen den Prozess des 'zum Invaliden bzw. zur Behinderten Machens', also das den Disability Studies zu Grunde liegende soziale Modell von Behinderung, und zum anderen expliziert er eine „Entwertung“ bzw. „Annulierung“ der Person.

2 Der zweite Teil des Aufsatzes sowie das Literaturverzeichnis folgen in Widersprüche 136

3 Anmerkung d. Übs.: die Verwendung von „*Confinement*“ im Original verweist auf Foucaults Begriff der „Großen Gefangenschaft“ in „Wahnsinn und Gesellschaft“ (Foucault 1973: 68ff), auf die Hughes auch im Weiteren rekurriert.

4 Anmerkung d. Übs. 'leib' und 'korpor' im Original

zum anderen durch Behandlung (u.a. Sterilisation oder Rehabilitation); also die sozialen Praktiken, mit denen sowohl die psychologische Aversion als auch die problematische soziale Differenz, die durch Behinderung bzw. Beeinträchtigung repräsentiert wurde, getilgt werden.

Im Folgenden werde ich – mit Bezug auf Norbert Elias<sup>5</sup> – aufzeigen, dass die Behandlung von Menschen mit Behinderung in der Moderne ein barbarischer Nebenkriegsschauplatz auf dem langen Marsch des „Zivilisationsprozesses“ (Elias 2000) ist. Der „personality structure“ Ableismus<sup>6</sup> (Kumar Campbell 2012) der Moderne transformiert die eigene ontologische Unsicherheit in Aversion gegen Behinderung und in deren Entsorgung. Diese negierende Antwort auf biologische und geistige Differenzen in der Moderne wird vom Streben nach der Norm des bereinigten menschlichen Verhaltens und Erscheinungsbildes (Elias 2000) sowie der in den Zivilisationsprozess eingebetteten Tendenz getragen, die physische bzw. intellektuelle Unterschiedlichkeit zu belächeln und zu verachten. Die gesellschaftlichen und sozialpolitischen Antworten auf Behinderung in der Moderne können und dürfen nicht von der emotionalen Aversion gegenüber Einschränkungen getrennt werden, die die Hegemonie des Nicht-Behinderten kennzeichnen. Mit Elias Konzepten der Psychogenese und Soziogenese<sup>7</sup> werde ich

5 Anm. d. Übs.: für die Rückübersetzung der wörtlichen Zitate von Norbert Elias wurde auf die beiden bei Suhrkamp erschienen Bände „Über den Prozeß der Zivilisation“ (1978) zurückgegriffen. Die Seitenzahlen im Aufsatz beziehen sich auf die von Hughes zitierte englische Ausgabe.

6 Ableismus leitet sich vom englischen „ableism“ (von: *able* = *fähig, kompetent*; bzw. dem Gegensatz: *disabled* = *behindert, aber auch: arbeitsunfähig*) ab und meint Handlungen und Erwartungen gegenüber von Behinderung betroffenen Menschen und wird häufig verkürzt mit Behindertenfeindlichkeit übersetzt oder gleichgesetzt, obwohl er wesentlich weiter gefasst ist und, so bspw. Bruhn und Homann „sowohl das Objekt als auch den Mechanismus von Ausschließungspraxen und Diskriminierungen verschleiert. [...] Vielmehr liegt Ableism ein Biologismus zugrunde, dessen Grundlage für die soziale Bewertung das Gesunde, Nicht-Behinderte ist. [...] Es erscheint daher treffender, Ableism mit Validozentrismus (von lat. *validus* = *gesund*) zu ‘übersetzen’“ (Bruhn/Homann 2009, 237f.).

7 Elias ist fasziniert von der Verknüpfung zwischen *Soziogenese* und *Psychogenese* bzw. der Art und Weise, wie Kultur und Persönlichkeit sich so entwickeln, dass sie zusammenspielen und deren Verstrickung. Soziogenese bezieht sich dabei auf die Sozialstruktur, Psychogenese auf die Persönlichkeitsstruktur. Einige Kommentator\_innen heben hervor, dass die zentrale Botschaft des „Zivilisationsprozesses“ in der These bestehe, das ‘Persönlichkeitsstruktur’ und ‘Sozialstruktur’ nicht nur ineinander verschlungen sind, sondern ihr Erscheinungsbild wechselseitig bedingen (Bauman 1979: 121).

erläutern, wie sich die Geschichte von Behinderung in der Moderne in Richtung einer sozialen und ontologischen Invalidierung des Lebens von Menschen mit Behinderung entwickelt hat.

Die Soziogenese von Behinderung ist faktisch zwiefältig und kann entweder ‘anthropoemisch’ oder ‘anthropophagisch’ sein. Ersteres bezieht sich auf die sozialen Prozesse des Entwurzeln und Eliminierens von Menschen: Wenn Fehler, Abweichung und mangelnde Perfektion die Antihelden der Moderne sind, dann lassen sich zwingend Beispiele dafür finden, dass das Streben nach Wahrheit und Reinheit durch die Auslöschung derer realisiert wird, die gegen dieses moralische Universum verstoßen – und zwar mit Stumpf und Stiel. Das Einschließen von Menschen mit Behinderung in eine ‘Zone der Ausnahme’ (Agamben 2004), in der sie dem eugenischen Blick unterworfen und als unmenschlich bzw. untermenschlich kategorisiert werden, ist die eine Strategie des Umgangs mit Behinderung (Reave 2008). „The real solution to heresy“, so George Canguilhem (1991: 280) in seiner Auseinandersetzung mit dem ‘Normalen’ und dem ‘Pathologischen’, „is extirpation“, also die totale Zerstörung oder Auslöschung. In der Moderne waren medizinische Ideen und Praktiken eine munter sprudelnde Quelle für radikale Lösungen im Umgang mit Beeinträchtigungen. Medizinische Lösungen umfassen jedoch auch ‘anthropophagische’ Strategien der Verbesserung, Korrektur und Rehabilitation von ‘abnormen Körpern’. Heilung und Rehabilitation sind das Herzstück der medizinischen Doktrin der Erlösung (Soteriologie<sup>8</sup>). Diese Aussicht auf Erlösung wird Menschen mit Behinderung von Optimisten entgegengehalten bzw. versprochen; von Optimisten, die den wissenschaftlichen Fortschritt fetischisieren und biologische Lösungen für Beeinträchtigungen vorantreiben.

Beide Strategien – Töten oder Heilen – vermitteln im Kern dieselbe kulturelle Botschaft: Behinderungen repräsentieren das, ‘was nicht sein darf’, und sind deshalb ontologisch wertlos oder unzivilisiert – invalide. Die gesellschaftlichen Antworten auf Beeinträchtigung in der Moderne sind unterfüttert von Prozessen, die eine Psychogenese von Behinderung konstituieren. Dazu gehören die emotionale Abneigung und Intoleranz gegenüber Beeinträchtigungen, die dem Zivilisationsprozess entstammen. Die ontologische Invalidierung, die Menschen mit Behinderung in ihren alltäglichen Begegnungen erfahren, wird vor allem durch Emotionen von Ekel und Abscheu (mit Furcht und Mitleid im Schlepptau) vermittelt. Auf einer existenziellen Ebene ist die Präsenz eines behinderten

8 Anm. des Übs.: Soteriologie beschreibt die Lehre vom vollendeten Heil bzw. der Erlösung des Menschen.

Körpers beunruhigend für nicht behinderte Menschen, die häufig ihre eigene Vulnerabilität verneinen. Das ist die psychologisch-emotionale Komponente dessen, was Wissenschaftler\_innen Ableismus nennen. Die Pauschallösungen für dieses 'Problem' der Nichtbehinderten in der Moderne bestehen darin, die Objekte des Unbehagens – also die Personen mit Behinderung – zu entfernen oder zu korrigieren. Die Soziogenese der 'anthropoemischen' oder 'anthropophagischen' Strategien im Umgang mit Beeinträchtigungen haben ihre Wurzeln in den emotionalen Dispositionen der nichtbehinderten Menschen, die sich wiederum mit der Zivilisierung der Etikette und den Anforderungen an körperliches Benehmen und Betragen entwickelt haben.

Im Folgenden fokussiere ich unterschiedliche Arten und Weisen, mit denen der 'Zivilisationsprozess' Beeinträchtigung invalidiert und dass die Wege aus dieser ontologischen Sackgasse in der Regel die Auslöschung von 'behinderter Identität' voraussetzen. Im ersten Abschnitt zeige ich anhand einiger Beispiele, wie Behinderung bzw. Beeinträchtigung als Produkt des Zivilisationsprozesses gelesen werden kann. Anschließend untersuche ich die Psychogenese von Behinderung, indem ich deren Verhältnis zu der Ekelreaktion auf Beeinträchtigung und der Entwicklung des Ableismus erörtere, also zu dem Komplex und den Prozessen, die Menschen mit Behinderung aus dem 'psychischen Habitus' (Elias 2000: 367) der Moderne ausschließen. In den letzten beiden Abschnitten werde ich die Soziogenese von Behinderung in der Moderne untersuchen, indem ich die beiden zentralen zivilisierenden gesellschaftlichen Antworten auf Beeinträchtigung unter die Lupe nehme – die Eliminierung und die Korrektur/Behandlung.

### Behinderung und der Zivilisationsprozess

Die Götter des Olymp überschütteten Missbildungen und Abnormitäten mit himmlischem Gespött, während die irdische Autorität stillschweigend den Infantizid bei den Kindern duldete, die mit Beeinträchtigung geboren wurden. Die behinderten Pharmakós (Sündenböcke bzw. Menschenopfer) boten den Gemeinwesen in der Antike die Möglichkeit, ihre Sünden auf die zu projizieren, die – qua ihrer physischen oder intellektuellen Differenz – an den äußersten Rändern der polis existierten. Derartige Kulturen der Ausschließung nahmen im christlichen Mittelalter neue Formen an. Der Gott des Alten Testaments fürchtete, dass anomale Körper seine Heiligtümer beschmutzen. Fleischlichkeit und Sünde wurden untrennbar miteinander verbunden, so dass jede launenhafte Unberechenbarkeit des Ersten ein Anzeichen für das Zweite wurde: Behinderung wurde als moralische und ontologische Verunreinigung konstituiert.

Die Moderne bringt ein neues 'Set' von Herausforderungen für die Verortung von Menschen mit Behinderung in die Welt. Mit der Verdrängung der Kultur des Aberglaubens durch das Zeitalter der Vernunft und dem rasanten sozialen Wandel, der den Stillstand der lange Zeit etablierten Traditionen zerriss, also dem kulturellen Prozess, der als das Fortschreiten der 'Zivilisation' markiert wird, entwickelten sich neue Sitten und Technologien, die langsam das westliche Selbstbewusstsein ausrichteten. Zugleich wurden Persönlichkeit, emotionale Werte und organisatorischen Strukturen erneuert (Elias 2000).

Die Verfeinerung von Moral und Sitten, die den Zivilisationsprozess kennzeichnet, blieb jedoch nicht ohne barbarische Konsequenzen. Anstand und Zivilität trennen; sie schaffen eine soziale Distanz zwischen denen, die die Verbesserung verkörpern und denen, die das nicht tun. Der Zivilisationsprozess erschuf sowohl eine neue Vitalität von Körper und Geist als auch eine neue „Tyrannei der Norm“ („tyranny of normalcy“) (Davis 1995), die auf der Artikulation von Ekel gegenüber physischer und mentaler 'Unangemessenheit' basiert. Als das alltägliche Verlangen nach körperlicher Perfektion und emotionaler Veredelung vorangetrieben wurden, erhöhten sich auch die Scham und die „Peinlichkeitschwelle“ (Elias 2000: 98f, 414-21). Gleiches gilt für die Intoleranz gegenüber Beeinträchtigungen. So schrieb Elias (2000: 103), dass sich immer wieder zeige, „wie charakteristisch diese Figur des Aussonderns, dieses 'Hinter-die-Kulissen-Verlegen' des peinlich Gewordenen für den ganzen Vorgang dessen ist, was wir 'Zivilisation' nennen“. Die Intensivierung von emotionaler (Selbst-)Kontrolle und neuen strengeren Anforderungen rund um das körperliche Verhalten und Betragen verringerte die soziale Distanz zwischen sozialen Klassen, zugleich schuf sie jedoch eine Unterklasse von Außenseiter\_innen, eine neue Schicht von randständigen Männern und Frauen jenseits der Grenzzäune der höfischen bzw. zivilisierten Gemeinschaft. Die Kulturen der Ausschließung in der zivilisierten Moderne, die das Leben von Menschen mit Behinderung zunehmend bestimmten, begannen mit der Verkündigung von Benimmregeln, die das 'triebhafter' bzw. 'animalische' Element der Menschlichkeit verdammen, und setzen sich mit der Konstruktion von starren, institutionalisierten Räumen fort. Lager der Einsperrung und des Todes wurden zu Orten für die Internierung von Menschen mit Behinderung.

Während die Zivilisation der Moderne voranschreitet, erschafft sie ein neues Modell der 'kulturellen' Bürgerlichkeit und zugleich einen Rahmen für angemessenes Benehmen und die richtige Lebensführung. Dieser Rahmen stellt klar, wer berechtigt und würdig ist, sich den geschätzten Status der Bürgerlichkeit zu eigen zu machen. Das zu tun, was passt, selbst zu 'passen' und in der Lage zu sein,

das zu tun, was passt<sup>9</sup>, sich also entsprechend den Feinheiten und der Intimisierungen sozialer Interaktion zu benehmen, wurde zunehmend vorgeschrieben und eingeschränkt. Denen, die die zivilisierte Bürgerlichkeit augenscheinlich nicht verkörpern und repräsentieren, wird mit Missachtung und Reserviertheit begegnet. Die Unangepassten bzw. nicht Passenden fallen durch den Fitnesstest der Bürgerlichkeit. Menschen mit Behinderung scheitern so tagtäglich in der moralischen Umwelt, die über das adäquate Benehmen urteilt.

Elias (2000: 159) konstatiert, dass „die Ausrichtung der Zivilisationsbewegung auf eine immer stärkere und vollkommene Intimisierung aller körperlichen Funktionen, auf ihre Einklagung in bestimmten Enklaven, ihre Verlegung ‘hinter verschlossenen Türen’ [...] Konsequenzen sehr verschiedener Art“ hat. Was diese Konsequenzen für Menschen mit Behinderung bedeuten, bleibt jedoch ein Mysterium. Obwohl Elias erkennt, dass der Zivilisationsprozess eine Charta der Aussonderung und Ausgrenzung ist, widmet er der Frage, wie das Leben hinter den ‘verschlossenen Türen’ aussieht, kaum Aufmerksamkeit. Er beschreibt die Produktion einer geheimen Welt, einer Eskalation von Tabus und der Aneignung von Techniken der emotionalen und physischen Selbstkontrolle, die entwickelt werden, um Ekel, Scham und Peinlichkeit zu sühnen. Aber was ist mit denen, die im Schatten dieser geheimen Welt leben, die durch die Intoleranz des Anstandes bzw. der Zivilität gezwungen werden, jenseits des Schleiers der Rechtschaffenheit zu leben? Was ist mit denen, die verstecken, wer und was sie sind, weil das tote Gewicht der aufgehäuften gesellschaftlichen Konventionen sie nicht (so-)sein lässt? Wie ist das Leben für die, die gesellschaftlich invalidiert worden sind, weil sie die ‘Peinlichkeitsschwelle’ immer übertreten? Ihre Geschichte erzählt Elias nicht. Er gibt allerdings einige Hinweise, wie sie erzählt werden könnte. Der verbleibende Abschnitt zeigt einige Beispiele dafür, wie der Zivilisationsprozess Behinderung formt, konfiguriert und gestaltet.

Für die Entwicklung der Idee der Bürgerlichkeit in der Moderne – insbesondere im alltäglichen Umgang und Benehmen – spielte Behinderung eine tragende Rolle. Garland-Thomson (1997: 42) argumentiert, dass der moderne amerikanische Bürgerbegriff auf der berühmten Idee des sich selbst regierenden Individualismus aufbaut, der ein spezifisches Verständnis von Körperlichkeit beinhaltet: „a stable, neutral instrument of the individual will“. Der ideale Bürger der resoluten Republik Mitte des 19. Jahrhunderts – detailliert nachgezeichnet in den Werken

9 Anm. d. Übs.: Im Original lautet diese Sentenz „To do what is fitting, to be fit and to be fit to do what is fitting“ und verweist mit diesem Wortspiel auf die Komplementarität von “fit” bzw. fähig sein und passend zu sein (to be fit).

von Ralph Waldo Emerson, insbesondere seinem Porträt von Henry Thoreau (1862) – besitzt das physische und intellektuelle Kapital, das dem ‘Krüppel’ und dem ‘Idioten’ augenscheinlich fehlt. Die Unterscheidung zwischen dem normalen Körper und seinem defekten, beschädigten Gegenstück wird durch literarische Repräsentationen geschärft und naturalisiert, etwa anhand der behinderten und nicht-behinderten Protagonisten in Onkel Toms Hütte. Zudem bestimmte es die kulturellen und sozialen Praktiken, die die Grenze zwischen der Toten Welt der Absurdität in den Werken von Rabelais und der neuen, zivilisierten (gleichwohl, wie Elias hervorhebt, mystischen und theoretisch naiven) Welt des homo clausus. Eine entscheidende kulturelle Praxis stellen in diesem Zusammenhang die „Freak Shows“ des 19. Jahrhunderts dar, die auf dem „cardinal principle of enfreakment“ basieren: das heißt auf der Negation der potenziellen Menschlichkeit der Freaks („freak’s potential humanity“ (Garland-Thomson 1997: 44)). Das Gefühl des Ekels – Peinlichkeit wäre der von Elias bevorzugte Begriff – wird von der Freakshow vermittelt und es vermittelt die Freakshow. Das Gefühl des Ekels beinhaltet nicht nur eine „curious enticement“, eine eigenwillige Verführungskraft, sondern auch „a certain low evaluation of its object, a feeling of superiority“ (Kolnai 2004: 42-44). Die ‘Show’ diene freilich im selben Atemzug der ‘positiven’ Absicht, den Zuschauer\_innen ihre eigene Norm (Konformität) und Menschlichkeit zu bestätigen: auf unwiderstehliche Weise manifestiert in der Differenz zwischen den zivilisierten Zuschauern und den Ausgestellten – grotesken und barocken Geschöpfen.

Sowohl die Freakshows als auch die in Deutschland, England und Frankreich der frühen Moderne üblichen „lunatic exhibitions“, in denen die Insassen von Anstalten als in Käfige gesperrte Monster einem zahlenden Pöbel präsentiert wurden (Winzer 1997: 100), markieren die Differenz zwischen Bürger\_innen/ Publikum und Ausstellungsstücken/Monstern. Beide verschoben den Status von Behinderung zum Tierischen bzw. Animalischen, denn es sind ebendiese Triebe des Körpers und der niederen Impulse der Natur, die der Zivilisationsprozess einzudämmen sucht. Behinderung wird damit von der Welle der Zivilisierung erfasst und von den Normen des Anstandes weggespült; eine Welle, die nach Elias (2000: 365) in „immer differenzierterer Form menschliche Verrichtungen hinter die Kulisse des gesellschaftlichen Lebens verdrängt und mit Schamgefühlen belegt [...], wie die Regelung des gesamten Trieb- und Affektlebens durch eine beständige Selbstkontrolle immer allseitiger, gleichmäßiger und stabiler wird“.

Einfluss und Prestige der Medizin wuchsen während des 19. Jahrhunderts und ersetzten diesen Karneval der Normalisierung und Entmenschlichung durch eine Wissenschaft – mit ähnlichem Ziel: Sie führten neue Kategorien ein, etwa Pathologie und Abnormität, um die ontologischen Grenzen zu untermauern, die

behinderte und nicht-behinderte Menschen voneinander trennen. Die Architektur des modernen westlichen Bürgertums wird vor dem Hintergrund der Ruinen der Beeinträchtigung definiert, den Bruchhölzern der Menschlichkeit, den Anwärter\_innen für die ausgeschlossenen Orte, jenen, deren Rechte in einer „Deklaration der Abhängigkeit“ ausgesprochen sind, die niemals niedergeschrieben wurde.

### Ableismus und Ekel: Psychogenese und Behinderung

Die trennende Binarität von Behinderung/Nicht-Behinderung und der Antagonismus des Zweiten gegenüber dem Ersten wird durch Gefühle des Ekels und der Abscheu vermittelt und aufrechterhalten. Ekel ist der Gallensaft des diskursiven Komplexes, den Campell (2008: 153) Ableismus nennt, „ein Netzwerk von Überzeugungen, Prozessen und Praktiken, das eine besondere Art von Selbst und Körper (physischer Standard) erzeugt und als perfekt, arttypisch und daher wesentlich und komplett menschlich projiziert.“

Der Körper, der durch den Ableismus produziert wird, entspricht dem, was Kristeva (1982:71) den „clean and proper body“ nennt. Wie Rosemarie Garland-Thomson (1997) formuliert: Es ist der Körper der „Norm“/„Normalität“, die sich selbst für unverwundbar, definitiv und letztgültig hält. Es ist der hygienische, richtungsbestimmende Körper des Zivilisationsprozesses und der Moderne – gegossen aus den immer rigideren Normen und Regeln für emotionale Verhaltensäußerungen und körperliche Erscheinung, die die sozialen Beziehungen in der Lebenswelt<sup>10</sup> markieren.

Dieses sonderbare nicht-behinderte Körper-Selbst hat keine empirische Existenz per se. Im Gegenteil: Der Körper des Ableismus ist ein normatives Konstrukt, ein unangreifbares Ideal, das sich in der Vorstellung der „modernist ontology, epistemology and ethics“ als „secure, distinct, closed and autonomous“ (Shildrick 2002: 51) manifestiert. Es betont die „human perfectability as a normative physical or psychological standard“ und beinhaltet „a curious disavowal of variation and mortality“ (Kaplan 2000:303). Er ist das, was wir anstreben sollen, was wir lernen sollen, was wir aber niemals erreichen können. Dieser Körper hat durchaus eine Grundlage in der materiellen Welt. Es handelt sich um „a body schema, a psychic construction of wholeness that [...] belies its own precariousness and vulnerability“ (Shildrick 2002: 79). Es ist ein „body divorced from time and space; a thoroughly artificial affair“ (Mitchell/Snyder 2000: 7). Dieser Körper ist der Inbegriff der

10 Anm. d. Übs.: deutsch im Original

Zivilisation, abgeschnitten von jeder Verbindung mit der animalischen, triebhaften Seite des Menschlichen sowie vielen Arten und Weisen, mit denen unsere körperliche Natur sich in fleischlichen Unzulänglichkeiten wälzt. Es ist ein Körper, der angesichts der Unordnung der Existenz entseelt ist.

Behinderung ist das Gegenteil dieses idealen Körpers, seine inverse Widerspiegelung (Deutsch/Nussbaum 2000:13). Der behinderte Körper ist oder neigt zumindest dazu, ungehörig und unbändig zu sein. Im Königreich des „clean and proper body“, ist Behinderung der Inbegriff dessen, ‚was nicht sein darf‘. In der Konsequenz kann der beeinträchtigte/behinderte Körper leicht aus dem vorherrschenden „psychischen Habitus“ (Elias 2000: 167) ausgeschlossen werden. Der „clean and proper body“ ist indessen ein normativer Körper der Verfeinerung, der Veredelung und der Selbstdisziplin. Das hat bedeutende gesellschaftliche Konsequenzen, die sich am stärksten in der Normalisierungsdynamik manifestieren. Er ist der Beurteilungsstandard, mit dem beeinträchtigte Körper invalidiert und in abstoßende Objekte transformiert werden. Er ist das Emblem der Reinheit, das im Vergleich ein existenzielles Unbehagen stiftet. Er teilt die Scham und Peinlichkeit zu, die dem Zivilisationsprozess eingeschrieben sind (Elias 2000: 114-119, 414-421).

Durch den Ableismus war es in der Moderne möglich, Behinderung als unzivilisiert, als jenseits der bzw. an den Grenzen des Menschseins zu strukturieren. Eines der berühmtesten Werke aus der Geschichte der Naturwissenschaften, *Systema Naturae*, wurde 1735 von Linnaeus veröffentlicht und unterscheidet zwischen *homo sapiens* und *homo monstrosus*. In dieser Klassifikation wird Beeinträchtigung – am extremen und hochgradig sichtbaren Ende – aus der menschlichen Spezies ausgeschlossen. Die Unterscheidung ist schon begrifflich ein Akt der Gewalt und Invalidierung, eine Lehrstunde der Transformation von Differenz und ‚Defekt‘ in etwas Verabscheuungswürdiges. Diese Unterscheidung mobilisiert ablehnende Emotionen und Affekte der Furcht und des Ekels. Ableismus ist ein unbarmherziger Lehrer, der Gewalt auf allen Ebenen verkörpert: „epistemic, psychic, ontological and physical“ (Campbell 2008: 159). Er ist besonders angriffslustig, wenn er durch Ekel vermittelt wird. Die Vermittlung durch Ekel wird zumeist in der gesellschaftlichen Herstellung des Tabus aufgerufen und entfaltet die größte Wirkmacht in einem Kontext, der die Grenze zwischen Mensch und Tier infrage stellt.

Ableismus beruht darauf, Chaos, Verwerflichkeit, Animalität, Triebhaftigkeit und Tod aus dem Bewusstsein zu vertreiben, also all das, was die Zivilisation zu unterdrücken sucht. Er ermutigt uns, mit der falschen Hoffnung zu leben, weder zu leiden noch zu sterben und die Perspektive der Unverwundbarkeit einzunehmen. Moral mit Schönheit zu verwechseln, Tod, Schmerz und Behinderung

als die abscheulichen Seiten der Sterblichkeit wahrzunehmen und abzuwehren, anstatt diese abgedrängten Punkte als existenzielle Basis für Gemeinschaft und Kommunikation wahrzunehmen. Kolnai (2004: 74) erinnert uns daran, dass „in its full intention, it is death [...] that announces itself to us in the phenomenon of disgust“. In der Moderne wird Behinderung im ontologischen Haushalt des Verachtenswerten und Minderwertigen produziert, als die Antithese von Kommunikation und Gemeinschaft. Behinderung ist ein Raum, in den wir nur gelegentlich schielen, und das auch nur, um angesichts des widerlichen Anblicks zu würgen. Behinderung wird ausgestoßen, weggeräumt und versteckt, oder sie wird in das Gegenteil transformiert – verdeckt mit allen medizinischen oder ästhetischen Techniken, die verfügbar sind. Jede Möglichkeit, Behinderung ihren Platz im Zentrum der Kommunikation und Gemeinschaft zu geben, wird durch die ableistische Sensibilität vereitelt und Behinderung zurückgedrängt zu den Abstoßenden, den Kranken, den Toten und den Sterbenden. Das ruft angar (würgen) oder anguista (Beklommenheit) hervor.

Es ist zentral, den ableistischen Ekel als einen Affekt zu verstehen, der den Mangel der nicht-behinderten Menschen unterstreicht, ihre eigene Verletzlichkeit und mangelnde Perfektion voll und ganz anzuerkennen, insbesondere weil dieser Mangel sich auf ihr sterbliches Selbst bezieht – auf Tod und Verfall, die das Schicksal aller sind. Obwohl Ableismus als eine Aversion gegenüber dem ‘Fremden’ und ‘Anderen’ erscheint, ist er eine Form der Selbstaversion bzw. ein Mittel, mit dem wir uns von der körperlichen Basis unserer eigenen Menschlichkeit verstecken (Nussbaum 2004). In der Tat beginnt der Ekel in uns selbst: Er speist sich aus unserem Unbehagen gegenüber unseren eigenen körperlichen Funktionen, gegen unsere schleimigen, klebrigen „leaky selves“ (Shildrick 1997; Kolnai 2004). Begründet wird er durch die Tatsache, dass wir uns im Inneren und in unseren eigenen Grenzen nicht kontrollieren können – deutlich wird dies an der Scham und der Peinlichkeit, die uns der ‘Zivilisationsprozess’ auferlegt, wenn unsere Undichtheit (leakiness) anderen gegenüber offenbar wird. Weil die Moderne eine Charta der analen Zurückhaltung ist, können wir uns unsere physikalischen Verunreinigungen nicht verzeihen. Wir kaufen uns mit dem Mythos des „clean and proper body“ frei: mit dem Mythos des perfekten Körper der ableistischen Kultur, mit dem wir uns gegen die instinkthaften Realitäten unseres eigenen Lebens abschirmen. Der ableistische Körper soll nichtbehinderten Menschen helfen, mit ihren Ängsten vor der eigenen körperlichen Verletzlichkeit fertig zu werden. Dies geschieht, indem das Gegenteil aufgerufen wird: der behinderte Körper, eine fremde Entität, die abnormal, chaotisch und ekelregend ist. Die Geschichte der Moderne hilft dabei, das Objekt des Ekels (be-)greifbarer zu machen.

Der Zivilisationsprozess veranschaulicht das Stigma und verwandelt biologische Differenzen in sozio-moralische Kategorien. Ekel und Abscheu provozieren das zivilisierte Zartgefühl. In der Folge erweitert sich die psychologische und soziale Distanz zwischen Behinderung und Nicht-Behinderung. Ekel in „it’s thought content (is) typically unreasonable, embodying magical ideas of contamination, and impossible aspirations to purity, immortality, and non-animality, that are just not in line with human life as we know it“ (Nussbaum 2004:12). Abscheu ist ein Affekt, der eine zentrale Rolle unserer alltäglichen Beziehungen mit unseren Körpern spielt, in den Mustern unserer sozialen Interaktionen und – wie in diesem Kapitel veranschaulicht wurde – in den Prozessen der sozialen Ausschließung. Ekel und Abscheu sind der emotionale Treibstoff des Ableismus.

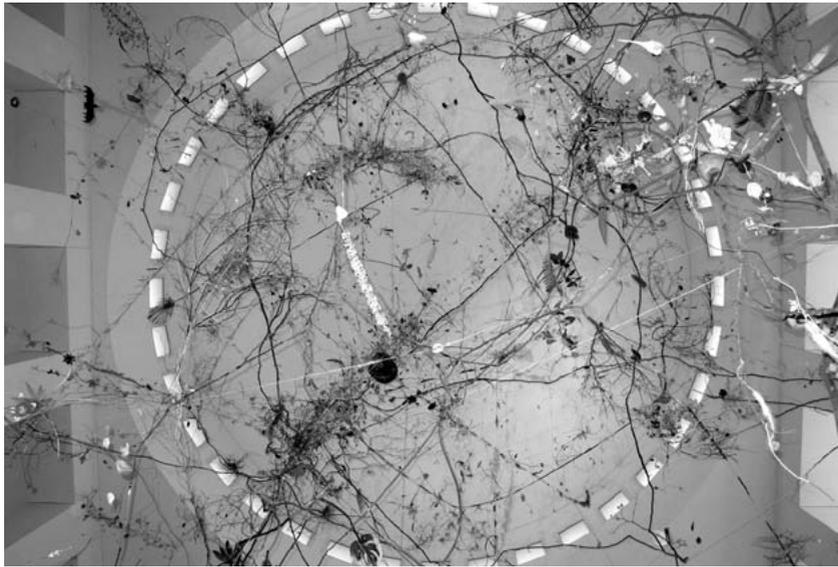
Die Bedrohung, die wir uns selbst auferlegen (und auf andere projizieren), die Bedrohung unserer ‘Körperlichkeit’ sowie die Scham und die Sorge, die damit assoziiert werden, sind Produkte des Ableismus, der „tyranny of perfection“. Ableismus entfremdet die Welt von behinderten Körpern und produziert zugleich Beeinträchtigung als invalidierende Erfahrung bzw. Entwertung. Dies manifestiert sich in unserem kulturellen Hang zur Normalität durch Korrektur, zur Homogenität durch Abwertung von Differenz. Dies bedeutet für Menschen mit Behinderung, dass von ihnen erwartet wird, ihre eigenen Körper bzw. Körperlichkeit zurückzuweisen und „adjust to the carnal norms of non-disabled people“ (Paterson/Hughes 1999:608). Die „corporeality of the disabled body“ ist nach Campbell (2008:157), „constantly in a state of deferral“, und affektiven Erwartungen und Anforderungen ausgesetzt, sich entsprechend zu ‘benehmen’ oder den soziogenetischen Bemühungen auszusetzen, die sie entweder entfernen oder verbessern wollen.

*Bill Hughes, Glasgow School for Business and Society, Cowcaddens Road, Glasgow, Scotland, United Kingdom G4 0BA  
E-Mail: w.hughes@gcu.ac.uk*

Übersetzung:  
*Tilman Lutz<sup>11</sup>, Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie,  
Horner Weg 170, 22111 Hamburg  
E-Mail: tlutz@raubeshaus.de*

11 Ein herzlicher Dank gilt Kerstin Rathgeb und Esther Bollag für wertvolle Hinweise bei der Übersetzung.

## Reproduktion, Subjektivität und der Staat



Über: Mechthild Bereswill, Carmen Figlestabler, Lisa Yashodhara Haller, Marko Perels, Franz Zahradnik (Hg.) 2012: *Wechselverhältnisse im Wohlfahrtsstaat. Dynamiken gesellschaftlicher Justierungsprozesse*, 1. Aufl., Westfälisches Dampfboot Münster

Die Hans-Böckler-Nachwuchsgruppe „Junge Erwachsene zwischen Aktivierung und Prekarisierung – Institutionelle Interventionen und biographische Verarbeitung im Wohlfahrtsstaat“ hat im November 2011 eine Tagung zum Thema „Wechselverhältnisse im Wohlfahrtsstaat – Neue Perspektiven für eine reflexive Sozialforschung“ durchgeführt. Die Gruppe wie auch die von ihnen eingeladenen Referierenden haben ihre Statements zum Kongress zu entsprechenden Beiträgen für den Sammelband ausgearbeitet. An diesem haben sich aber auch andere zum Verhältnis von Subjekt und Struktur im Wohlfahrtsstaat Forschende beteiligt, sodass das Kompendium einen breiten Überblick über gesellschafts-, bürokratie- und machtheoretische wie auch empirische Beiträge aus politikwissenschaftlicher, sozialpsychologischer und mikrosoziologischer Perspektive zur aktuellen bundesrepublikanischen Debatte zu diesem Thema vermittelt. Damit verbinden die Herausgeber\_innen die Erwartung, dass „Anknüpfungen, Verbindungen und Weiterentwicklungen von bisher eher getrennt verlaufenden wissenschaftlichen Diskursen [...] neue Erklärungspotenziale für aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen“ (9) ermöglichen.

Mit dem „Bild der Wechselverhältnisse“ (7) fokussiert der Band – wenngleich zum Teil auch ungleichzeitig – „ineinandergreifende Dynamiken von subjektiven und institutionellen Strukturierungsprozessen“ (ebd.) im Wohlfahrtsstaat, um dabei auch „verborgenen Interdependenzen gesellschaftlicher Institutionen“ (ebd.) und der Verknüpfung vermeintlich getrennter Sphären auf die Spur zu kommen. So gehen die Herausgeber\_innen davon aus, dass eine solche Untersuchung nicht nur neue fruchtbare Perspektiven auf die Frage eröffnet, „wie sich Reproduktionsweisen in einer dynamisch, kapitalistisch verfassten Gesellschaft entwickeln“ (10) und welche Effekte diesbezüglich aktuelle sozialpolitische Lenkungsversuche zeitigen. Auch konkrete Interaktionen und darin wirksam werdende „Reziprozitätsdeutungen“ (ebd.) zwischen „Unterstützungssuchenden und den Repräsentanten staatlicher Wohlfahrtspolitik in den Verwaltungsagenturen“ (ebd.) ließen sich auf dieser Basis analysieren – bspw. im Hinblick auf die Auswirkungen der „gesetzliche[n] Verankerung des Aktivierungsparadigmas“ auf solche „Beziehungsstrukturen und die Interaktionsordnung“ (ebd.). Und schließlich lasse sich über die Problematik der „Bedingungen wissenschaftlicher Erkenntnis in politisch aufgeladenen Forschungszusammenhängen“ (ebd.) im Rahmen eines solchen reflexiven Forschungsansatzes nicht nur „die Gefahr der Reifikation von vermeintlichen Alltagsgewissheiten“ (S. 11) vermeiden, sondern auch neue „Handlungsalternativen“ (ebd.) entdecken.

Eröffnet wird der Band durch einen Beitrag von Berthold Vogel, in dem dieser Grundzüge einer politischen Sozio-

logie des gegenwärtigen Wohlfahrtsstaates umreißt. Deren Zentrum bildet für ihn eine genaue Untersuchung über den öffentlichen Dienst als „arbeitender Staat“ (20) sowie „das Recht als ‚ordnende Form‘ und ‚geordnete Materie‘“ (25) wie aber auch die im Zuge einer privatisierenden Entkommunalisierung erfolgende Aushandlung, „wer künftig in welcher Weise für öffentliche Güter und Daseinsvorsorge, für sozialen Zusammenhalt und Ausgleich, für Gemeinwohl und Bürgersinn Sorge trägt“ (32). Bezüglich dieser Frage trägt Vogel zu allen drei Aspekten relevante Befunde gegenwärtigen Forschens zusammen. „Kompromiss und Konflikt“ (32) fungieren dabei für ihn als „analytische [...]“, aber zugleich auch empirisch beobachtbare [...] Stellschrauben einer neu zu justierenden Gesellschaft, deren soziale, wirtschaftliche und normative Ressourcen an ihre Grenzen gekommen sind“ (ebd.). In einer Ausmessung des Spannungsfeldes von Konflikt und Kompromiss, die statt „Modellrechnungen und Typenbildungen, die die sozialwissenschaftliche Wohlfahrtsanalyse allzu lange prägten, [...] die Interessen und Orientierungen der Bürgerinnen und Bürger“ (ebd.) in den Mittelpunkt rückt, welche „gleichermaßen Repräsentanten und Klienten des ‚arbeitenden Staates‘ sind“ (ebd.), sieht er denn auch das Zentrum jener von ihm vorgeschlagenen „Neubegründung einer politischen Soziologie“ (ebd.) wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung.

In einem zweiten, ebenfalls eher grundlegenden Artikel analysiert Michael Wolf den Beitrag der verschiedenen Formen formeller und informeller Reproduktion der Arbeitskraft als Verflechtungszusammenhang sozialer Wohlfahrtsproduktion.

Dabei differenziert er (vgl. 42ff.) bei den formellen Formen noch einmal nach kommodifizierten und substituierenden, bei den informellen nach elementaren und residualen und bei Letzteren noch einmal zwischen individuellen und kollektiven. Die Leistung dieses theoretisch konsistenten „kategorialen Apparat[es]“ (51), „der nicht an den Grenzen des Lebens diesseits von Markt und Staat endet“ (50), sieht er in der Ermöglichung „theoriegeleiteter Untersuchungen“ (ebd.) unter diachroner wie synchroner Perspektive. Gerade „von den Subjekten ergriffene Strategien zur Reproduktion ihrer selbst als Besitzer und Träger der Ware Arbeitskraft“ (ebd.) könnten auf diese Weise „als tätige Auseinandersetzung mit und als Aneignung der objektiven gegenständlichen und sozialen Welt“ (51) analysiert werden.

Am Beispiel des institutionellen Umbaus der Altenhilfe untersucht Ingo Bode den Wandel von Wohlfahrtsstaatlichkeit in einem Vergleich zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Kanada vor dem Hintergrund „typisch moderne[r] Meta-Normen“ als „neue moralische Ökonomie der Altersversorgung“ (74). Diesbezüglich beleuchtet er Wechselverhältnisse nicht nur „im Hinblick auf die Beziehung zwischen kulturellen und allgemeineren gesellschaftlichen Entwicklungen“ (77), sondern auch zwischen traditionellen Interpretationen, wie sie noch prägend für die universalistische wohlfahrtsstaatliche Versorgung waren, und neuen neoliberalen Interpretationen, die zu entsprechend „diffusen, unruhigen Kompromiss[bildungen]“ (72) in den einzelnen Staaten führen. Vor diesem Hintergrund kommt er zu dem Ergebnis, dass „Frankreich oder auch Québec

spezifische Konfigurationen eines Dritten Weges ausgebildet“ (75) haben, während „die Idee einer tendenziellen Vermarktlichung nicht nur in Großbritannien, sondern – angesichts der Vorgeschichte des deutschen Wohlfahrtsstaates kulturell überraschend – auch hierzulande ein recht positives Echo“ (ebd.) findet – allerdings in einer nicht ganz so radikalen Variante.

Um „alte Wechselverhältnisse vor neuen Herausforderungen“ (81) geht es in dem Beitrag von Lisa Yashodhara Haller, der vor dem Hintergrund von Gesetzesänderungen der jüngeren bundesdeutschen Sozial- und Familienpolitik „die Neujustierung der Reproduktionssicherung zwischen Markt, Familien und Wohlfahrtsstaat“ (ebd.) untersucht. Dabei greift sie auf die Ausdifferenzierung verschiedener Formen formeller und informeller Reproduktion der Arbeitskraft zurück, wie sie als Analyseinstrumentarium des Verflechtungszusammenhangs sozialer Wohlfahrtsproduktion im Beitrag von Michael Wolf zu diesem Band vorgestellt wurde. Auf diese Weise gelingt es ihr, den „von der wohlfahrtsstaatlichen Theoriebildung mehrheitlich angenommenen Antagonismus zwischen Staat und Markt [...], der insbesondere in der Begriffsopposition Kommodifizierung versus Dekommodifizierung zum Ausdruck kommt“ (81f.), zugunsten einer detaillierten Analyse der Wechselverhältnisse zwischen verschiedenen Reproduktionsweisen im Spannungsfeld sowohl von Familie und Staat (97f.), wie von Familie und Markt (98) zu überwinden. Ihre Untersuchung zeigt, wie die darin in exemplarischer Weise fokussierten Gesetzesänderungen nicht nur zu einer Reduzierung von Transferleistungen zur Reproduktionskostendeckung für Fami-

lien in Bedarfsgemeinschaften führen, sondern es zeitgleich – in Verbindung mit einer Ausdehnung von familialen Lohnersatzleistungen und Steuerfreibeträgen für einkommensstarke Familien – zu einer Überführung ehemals im privaten Reproduktionsbereich erbrachter Tätigkeiten in einen personenbezogenen und haushaltsnahen Dienstleistungssektor kommt.

Im Anschluss untersuchen Christina Klenner und Svenja Pfahl die Übernahme des Hauptverdienstes von Familien durch Frauen und beleuchten dabei die Rolle des „komplexen Wechselspiel[s] von Kultur und Institutionen [...], bei dem kulturelle Leitbilder mit der Entwicklung wohlfahrtsstaatlicher Politiken, des Arbeitsmarktes und der Familie zusammenwirken“ (102f.). Anhand von Strukturdaten und auf der Basis qualitativer Interviews analysieren sie so das widersprüchliche Wechselverhältnis von „Veränderungen auf der Makroebene des Arbeitsmarktes auf der einen Seite und in der Architektur des Wohlfahrtsstaates auf der anderen Seite“ (103) aus der Perspektive von sich wandelnden „Geschlechterarrangements“ in ihrem Einfluss auf das Handeln solcher Familienernährerinnen „auf der individuellen und der Paarebene“ (121). Dabei schenken sie dem Zusammenhang von Armut, sozialer Ungleichheit und Geschlechterbeziehungen besondere Aufmerksamkeit. In der Analyse ihrer qualitativen Interviews unterscheiden sie „in der Zusammenschau der Dimensionen“ (108) der Einkommenssituation der Haushalte, der „Genesemuster des Familienernährerinnen-Status“ (ebd.), der Dauer der Konstellation sowie der Haltung der Partner dazu, wie auch ihrer „Geschlechterrollenorientierung“ (ebd.) und der Art

und Weise ihrer Interaktion als Mann und Frau vier unterschiedliche Typen von Familiernährerinnen: a) „weiblicher Karrierevorsprung“, b) „ausgehandelte biographische Egalität“, c) „solidarische Wirtschaftsgemeinschaft“ und d) „erzwungene Notgemeinschaft“.

„Ausgehend von einem Konzept des Staates als relationale Ordnung“ (124) untersuchen Boris Traue und Lisa Pfahl in ihrem Beitrag zum Sammelband das „Verhältnis von Befähigung, Wissen und Recht nach dem Neoliberalismus“ (ebd.) für die „Formierung von Subjekten“ (ebd.). Identität „als Effekte einer Verklammerung von körperlichen Positionierungen, von Affekten, von Wissensformen und von rechtlichen Privilegien“ (ebd.) begreifend, entwickeln sie so ein „Subjektverständnis, das (De-)Subjektivierungsprozesse“ (ebd.) als Ausdruck von sich ausweitenden Prekaritätszonen, aber auch Möglichkeitsräumen analysiert. So habe sich das durch „die neoliberale Staats- und Wirtschaftstheorie“ (134) artikulierte Versprechen, „hergebrachte Identitäten und Subjektivierungsformen“ (ebd.) zu öffnen, „als problematisch erwiesen, weil zugleich gesellschaftliche Sanktionierungen eingeführt bzw. verschärft wurden, die viele desubjektivierten Individuen einer Verwerfung aussetzen, also einer symbolischen und/oder materiellen Exklusion“ (ebd.). Neben solchen Ebenen „der verletzenden Desubjektivierung“ (S. 133) haben sie jedoch auch versucht, Bedingungen zu identifizieren, die Desubjektivierungen – im Sinne von „andere Relevanzen zuzulassen, in desorientierende[] Suchbewegungen einzutreten und eine Positionierung an den Rändern vorgegebener Identitäten zu ertragen“ (124) – ermöglichen, „ohne die Indivi-

den den Gefahren auszuliefern, die mit den temporären Handlungsunfähigkeiten der Desubjektivierungen einhergehen“ (134). Aus ihrer Sicht sind dazu „Dekommodifizierungen der Bildung und der Lebensführung, insgesamt: wohlfahrtsstaatliche Befähigungsdispositive“ (ebd.) erforderlich. Im Hinblick auf Konturen eines „Postneoliberalismus“ stellen Traue/Pfahl so der wohlfahrtsstaatlichen Dekomodifizierungsthese eine subjekttheoretische Dimension zur Seite.

„Erwerbsarbeit als Vergesellschaftungsinstanz in Zeiten der Prekarisierung“ (137) fokussieren Marko Perels und Julia Weber in ihrem Beitrag. Darin unterziehen sie „einschlägige Studien“ (ebd.) – u.a. auch den Klassiker der Marienthalstudie – zur Erwerbsintegration, die „deutlich die Brüchigkeit dieses Systems und seine Konsequenzen für die Beteiligten aufzeigen“ (ebd.), einer kritischen „Re-Lektüre“, um nachzuweisen, dass diese „dennoch an der Erwerbszentrierung fest[]halten und keine andere Perspektive auf Gesellschaft und soziale Kohäsion einzunehmen“ (ebd.) erlauben. Für eine „die Erwerbszentriertheit reflektierende Forschung“, wie sie im Titel des Beitrages postuliert wird, halten Perels/Weber „ähnliche Herangehensweisen“ (154) für nötig, wie in der „kritischen Migrationsforschung“ (ebd.), deren Ansätze „versuchen starre Klassifikationen zu hinterfragen, indem Perspektiven verschoben werden oder eine breitere Kontextualisierung der entsprechenden Aussagen“ (ebd.) erfolgt. Weitere Anknüpfungspunkte für die von ihnen für nötig erachtete „Weitung der Perspektive“ (ebd.) sehen sie „in der feministischen Theorie und Kritik von Arbeits- und Industriesoziologie“ (ebd.), ohne dass solche Forschungsansätze

allerdings im Einzelnen von ihnen detaillierter ausgeführt werden.

Ebenfalls Befunde der Erwerbslosenforschung greifen Mechthild Bereswill und Anke Neuber in ihrem Beitrag „zur Bedeutung von Tätigkeit im Kontext gesellschaftlicher Prekarisierungsprozesse“ (158) auf. Und auch ihr „erneute[s] Ansehen sozialpsychologischer Debatten zur Erwerbslosigkeit im Vergleich mit der gegenwärtigen Prekarisierungsforschung fördert eine erstaunliche [...] Kontinuität der Verknüpfung von Arbeit, Armut und Abweichung“ (169) zu Tage. Ähnlich dem vorausgehenden Beitrag sehen sie dies der großen Bedeutung geschuldet, „die Erwerbs- oder Lohnarbeit in der industriekapitalistischen Gesellschaft für die strukturelle Integration ihrer Mitglieder hat, selbst wenn nicht alle Menschen unmittelbar erwerbstätig sind“ (ebd.). Die Pointe ihres Beitrages ist jedoch, dass sie „die alte Frage des Wechselverhältnisses von Produktionsverhältnissen und vergesellschafteter Subjektivität“ (158), welche in der Prekarisierungsforschung zu „polarisierten“ Argumenten und „auch ermüdenden Debatten“ (169) geführt hat, durch eine „sozialpsychologische“ Orientierung zu wenden versuchen, der zufolge „Subjekte grundsätzlich in einer tätigen Beziehung zur Welt und zu sich selbst stehen“ (161). Mit dieser „Revitalisierung sozialpsychologischer Ansätze zum Zusammenhang von Tätigkeitssinn und Sozialität [...] im Hinblick auf ein erweitertes Verständnis des Wechselverhältnisses von gesellschaftlichem Wandel und subjektiven Verarbeitungsformen“ (162) zielen sie zugleich auf eine „Öffnung des forschenden Blicks für die ungleichzeitigen und ambivalenten Dimensionen der subjektiven Verarbei-

tung von Verlust, Unsicherheit und neuen Möglichkeiten in prekären oder erwerbslosen Situationen“ (ebd.). Solche (biographischen) Rekonstruktionen jener „Tiefenstruktur von Tätigkeitssinn“ (171) in ihrem „dialektische[n] Wechselspiel von Arbeitslust und Leiden“ (ebd.) könnten nicht nur „die undifferenzierten Bilder von ‘müden’ und ‘apathischen’ Menschen aufbrechen helfen“ (ebd.), sondern zugleich auch „die Frage nach den Konsequenzen von Prekarisierungsprozessen anders wenden: Was hält eine Gesellschaft wach, rege und lebendig?“ (ebd.).

Keine diesbezüglich richtungsweisende praktische Alternative dürfte jene „Sammel-Verteil-Praxis“ (175) sogenannter „Tafel“-Initiativen und anderer, ähnlicher gelagerter Formen eines Freiwilligenengagements eröffnen, die im Zentrum von Stephan Lorenz „Reflexionen zur Erforschung gesellschaftlichen Wandels“ (ebd.) im Hinblick auf „Wohlfahrt“ stehen. Schlaglichtartig beleuchtet sein Beitrag zum Sammelband „spezielle analytische Herausforderungen“ (176), die mit unterschiedlichen Perspektiven auf dieses Phänomen verknüpft sind. Da wäre zunächst „die ökologische Dimension der Wohlfahrt“ (176), die sich für die Tafel-Initiativen mit dem „strukturelle[n] Interessenkonflikt“ (177) verbindet zwischen „einer gewünschten Reduktion der Überschüsse“ (ebd.) der „Wegwerfgesellschaft“ (ebd.) und einem „Angewiesensein des sozialen Engagements“ (ebd.) auf genau diese. Lorenz arbeitet als noch viel grundlegendere Blindstelle heraus, dass „mit dieser Art sozialen Engagements aber zugleich Ausgrenzung verfestigt wird“ (178): „Ökologisch destruktives Handeln“ (ebd.) geht so Hand in Hand mit „sozialer Polarisie-

„rung“ (ebd.) zwischen denjenigen, „die im Überfluss leben und Überschüsse erzeugen“ (S. 177), und den „vom gesellschaftlichen Reichtum“ (178) dadurch Ausgegrenzten, dass „sie auf die Überschüsse verwiesen werden“ (ebd.). Unter einer weiteren Perspektive, welche die Einbindung „lokale[n] Engagement[s] in einen transnationalen Entwicklungstrend“ (176) fokussiert, analysiert Lorenz die Tafeln dann sogar als „Symptom – und wo sie selbst ihre Etablierung vorantreiben auch Katalysator – einer sich verfestigenden Polarisierung der Überflusgesellschaften“ (189). Unter der Perspektive „Wohltätigkeit oder Rechte?“ (189) weist Lorenz auf die Gefahr hin, dass wenn Tafel-Initiativen sich „ihrerseits – neben Angeboten ‚sozialer Wärme‘ – nicht advokatorisch für verbesserte Rechte und deren Durchsetzung einsetzen, sondern nur wohltätige Hilfe auf freiwilliger Basis anbieten, [...] sie verbindliche soziale Sicherungen und damit den demokratischen, nämlich grundsätzlich gleichberechtigten (sozialen) Bürgerstatus derer, die Unterstützung benötigen“ (185), unterlaufen. In einem vierten Zugang „Reden und Handeln: Zur Sprach-Praxis der Tafeln“ wird die Ambivalenz der Verwendung solcher Begriffe wie ‚Tafel-Gäste‘ oder ‚Kund\_innen‘ von Tafel-‘Läden‘ herausgearbeitet, um abschließend eher andeutungsweise und kursorisch die Konsequenzen soziologischer Gesellschaftsverständnisse für den „sozialwissenschaftliche[n] Blick auf die gesellschaftliche Rolle der Tafeln“ (188) anzureißen.

In ihrem Sammelband-Beitrag „Fordern und Fordern ... aber wen eigentlich?“ (194) untersuchen Wolfgang Ludwig-Mayerhofer und Ariane Sondermann

im Anschluss die „Reproduktion sozialer Ungleichheit in der Arbeitsverwaltung“ (ebd.). Dabei arbeiten sie anhand von Interviews heraus, wie deren neue „Organisationsregime“ (199) zu einer Verschärfung der Auswirkungen der Einstufungen von Arbeitslosen in sogenannte „Kunden-gruppen“ der Bundesagentur für Arbeit durch die Praxis der Vermittlung – sowohl für Aspekte des „Forderns“, wie für die Leistungen des „Förderns“ – dergestalt führen, dass „die vorgesehenen Kompensationseffekte für Beratungskunden nicht in dem Ausmaß zur Geltung kommen, wie man bei einem alleinigen Blick auf die offiziellen Vorgaben vermuten könnte“ (209), und es in Verbindung damit „zu einer Privilegierung der ohnehin chancenreichen Marktkunden“ (ebd.) kommt. Bezüglich der „Beratungs- und Betreuungskunden“ (ebd.) verweisen sie auf den damit für diese verbundenen Bedeutungszuwachs „ihres sozialen und ökonomischen Kapitals, mit dem sie ihre geringe Förderung durch die Institution und die Favorisierung bestimmter Berufsgruppen durch die vorausgesetzten kulturellen Praktiken ihrerseits kompensieren oder nicht kompensieren können“ (ebd.). In diesem Zusammenhang führen sie die Kategorie „verwaltungsbezogenes kulturelles Kapital“ (ebd.) ein, dessen „Fehlen zu einer deutlichen Benachteiligung führen [kann], die sich gerade auch auf die Seite des ‚Forderns‘ bezieht“ (210). So schlage „fehlende Affinität zu formalen Vorgaben [...] schnell in Nicht-Einhaltung um, die dann manifeste Nachteile in Form einer Disziplinierung durch Sanktionen oder zumindest deren Androhung nach sich ziehen kann“ (ebd.).

Auf die Überführung der „als bürokratisch und ineffizient kritisierte[n] Bundes-

anstalt für Arbeit in eine rundum erneuerte Organisation, die Bundesagentur für Arbeit (BA)“ (212), bezieht sich Sylvia Terpe in ihren Reflexionen zu „Mit Gefühl‘ im Wohlfahrtsstaat: Berechenbarkeit, Gleichbehandlung und Transparenz in der entbürokratisierten Arbeitsverwaltung“ (ebd.). Diese schließen an Max Webers „bürokratiethoretischen Überlegungen“ an, die dieser im Kontext seiner „immer auch um Fragen der politischen Legitimität“ (213) kreisenden Herrschaftssoziologie formuliert hat. Anhand der auf Weber zurückgehenden idealtypischen Unterscheidung zwischen einer auf die Ziele einer Organisation bezogenen „materialen Rationalität“, die sich im Falle der BA auf die Schaffung eines weitestgehend entbürokratisierten Dienstleistungsunternehmens bezieht, und einer „sich insgesamt in der Wahl der am besten geeigneten Mittel zur Erreichung der von außen gesetzten Zwecke und normativen Standards“ (214) ausdrückenden „formalen Rationalität“, analysiert sie das durch die Reformen für Fachkräfte verstärkte Spannungsverhältnis zwischen einer von moralischen Erwägungen befreiten formalen Regelerorientierung und gleichzeitig „erweiterter Ermessensspielräume und widersprüchlicher Anforderungen“ (222). Terpe kommt zu dem Ergebnis, dass „das Ziel der Aktivierung [...] tatsächlich vermehrt normative und moralische Elemente in die Verwaltungslogik eingebracht zu haben [scheint], versucht es doch einen bestimmten Wert – eine als gut erachtete ‚motiviertere‘ Haltung und Lebensführung – zu rationalisieren“ (ebd.). Wenn dabei „Gefühle als formal rationales Instrument der Steuerung von Klienten“ (223) fungieren, berge dies zwar auch das Potenzial

für eine „größere Einzelfallgerechtigkeit“ (230), jedoch sehr viel stärker die Gefahr einer „Verletzung der Prinzipien von Gleichbehandlung und Schutz vor willkürlichen Eingriffen“ (ebd.).

Vor dem Hintergrund eines an Goffmann angelehnten Analyseansatzes, der darauf zielt, „die impliziten Mechanismen ans Licht zu bringen, die fortwährend eingesetzt werden, die soziale Welt zugleich herzustellen und interpretierbar zu machen“ (237), untersucht Stefan Bernhard in seinem Sammelband-Beitrag, wie Gespräche zur Gründungsberatung als standardisierter Verwaltungsakt im institutionellen Kontext der Arbeitslosenversicherung „mit drei Erwartungshorizonten konfrontiert [sind d.V.], die von jeweils eigenen regulativen Imperativen durchdrungen sind und aus denen sich konkurrierende Handlungserwartungen ableiten lassen“ (253). Dabei arbeitet er heraus, dass „die sachlich-inhaltliche Behandlung der Gründungsprojekte der Versicherten (Gründungsberatung) und der individuell auszuarbeitende optimale Integrationsweg in den Arbeitsmarkt (Einzelfalladäquanz) [...] lediglich als Transformation des primären Rahmens“ (ebd.) der „Orientierung am standardisierenden verwaltungspraktischen Handeln“ (ebd.) (Standardisierung) zur Geltung kommen können, weil „die Beteiligten die Gründungsförderung durch den Gründungszuschuss (implizit oder explizit) als einen bürokratischen Vorgang verstehen, der für Weiteres nur wenig Raum lässt“ (ebd.).

Vor dem Hintergrund der reziprozitätstheoretischen Unterscheidung einer „generalisierte[n] Reziprozität“ als einem „potenziell einseitige[n] Austauschverhältnis, insofern Gaben nicht zwingend durch

Gegengaben ausgeglichen werden müssen“ (256), einer „negative[n] Reziprozität“ als „Streben nach reiner Nutzenmaximierung [...] demzufolge jede Seite versucht, möglichst wenig zu geben und möglichst viel zu bekommen“ (ebd.) und einer „ausgeglichen[e] Reziprozität“, bei der die Äquivalenz von Gabe und Gegengabe im Zentrum steht“ (ebd.), untersuchen Carmen Figlestahler und Franz Zahradnik am Beispiel zweier Fallstudien „Reziprozitätsdeutungen junger Menschen im Arbeitslosengeld-II-Bezug und ihre damit verbundenen Konflikte“ (261), die sich aus der starken Machtasymmetrie hinsichtlich der Ausbalancierung der gesetzlichen Maxime des „Förderns und Forderns“ ergeben. Zwar weist der Fallvergleich „prägnante Unterschiede hinsichtlich der inneren Konflikte, die im institutionellen Kontext intersubjektiv mitgeformt werden“ (270), auf. Für beide wird die Reziprozität jedoch insofern prekär, als sie „trotz häufiger Rückschläge an der Hoffnung festhalten, dass der Zyklus des Gebens und Nehmens zu einer positiven Spirale aus dem Leistungsbezug führt“ (ebd.).

Auch der den Sammelband abschließende Beitrag „Zwischen ‘Hartz IV’ und geförderter Beschäftigung“ (273) von Andreas Hirsland und Philipp Ramos Lobato bezieht sich auf Menschen im Arbeitslosengeld-II-Bezug. In einer „qualitativen Explorationsstudie“ untersuchen die beiden die mit dem Teilhabesicherung priorisierenden arbeitsmarktpolitischen Instrument des sogenannten „Beschäftigungszuschusses“ einhergehende Neupositionierung von Hilfebedürftigen in ihrer Auswirkung bezüglich „Ausgrenzungserfahrungen und Teilhabeerleben“ (281). Die Ergebnisse zeigen, dass „Anerkennung

und Selbstachtung [...] entscheidende Ressourcen“ (288) für „die Übernahme von Eigenverantwortung aus subjektiver Perspektive“ (ebd.) darstellen und wie vor diesem Hintergrund „eine aus einer institutionalisierten Mißtrauensperspektive operierende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik als Nebenfolge gerade zur Erosion ihres Ansatzpunktes, der subjektivierenden Eigenverantwortlichkeit, beitragen kann“ (287f.). Demgegenüber gebe im Beschäftigungszuschuss „eine am Solidargedanken ansetzende Form aufgeschobener Reziprozität [...] den Betroffenen im Sinne des Wortes moralischen Kredit“ (288) und eröffne „offensiv Teilhabechancen“ (ebd.), seien doch „die im Zuge der Reformen neu positionierten Hilfebedürftigen bzw. Leistungsempfänger als Bürger zugleich immer auch Teil jener Allgemeinheit, der gegenüber sie nun in die Pflicht genommen werden sollen“ (ebd.).

So konzentrieren sich die Beiträge des zweiten Teils des Sammelbandes vor allem auf interaktionale „Wechselverhältnisse“ zwischen „Unterstützungssuchenden und den Repräsentanten staatlicher Wohlfahrtspolitik in den Verwaltungsagenturen“ (10). Eine Vermittlung mit den im ersten Teil stärker fokussierten „Wechselverhältnissen“ gesellschaftlicher Institutionen und vermeintlich getrennter Sphären, die bezüglich Formen der Reproduktion durchaus „ineinandergreifende Dynamiken von subjektiven und institutionellen Strukturierungsprozessen“ (7) zu beleuchten vermochten, steht dabei jedoch noch aus. So reden die Herausgeber\_innen ja auch nur vom „Bild der Wechselverhältnisse“ (ebd.). Zwar noch nicht als Vermittlungskonzept begrifflich ausgearbeitet artikuliert dies jedoch mehr als bloß eine

metaphorische Klammer. So sind zumindest die Theoreme und Analysen aller in diesem Band versammelten Beiträge strikt relational ausgerichtet und überwinden damit in der Wohlfahrtsstaatsforschung weit verbreitete deterministische, funktionalistische und strukturalistische Engführungen. Dennoch wären stärkere Bezüge der Beiträge aufeinander – wie im Beispiel von Lisa Yashodhara Haller auf Michael Wolf – wünschenswert und mit nur wenig Mehraufwand – beispielsweise bezüglich der Studien zur Arbeitsverwaltung – auch umsetzbar gewesen. Gleiches gilt für eine wechselseitige kritische Bezugnahme nicht so ohne weiteres miteinander vermittelbarer theoretischer Positionen, wie beispielsweise zwischen diskursanalytischen und

aneignungs- bzw. tätigkeits-theoretischen Ansätzen. Auch hätten stärker an der Kritik der politischen Ökonomie orientierte Beiträge – wie beispielsweise regulationstheoretische oder neo-Gramscianische Ansätze – den Blick auf „Wechselverhältnisse im Wohlfahrtsstaat“ weiter bereichern können. Insofern ist auf eine Fortsetzung der mit Tagung und Sammelband durch die Hans-Böckler-Nachwuchsgruppe angestoßenen produktiven Debatte zu hoffen.

*Michael May  
Hochschule RheinMain  
Kurt-Schumacher-Ring 18  
65197 Wiesbaden  
E-Mail: Michael.May@hs-rm.de*

## DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND  
SOZIALWISSENSCHAFTEN

### 311 Widersprüche des Hightech-Kapitalismus

W.F.HAUG: Jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger

G.M.QUETGLAS: Digitalisierung und Arbeitsplätze

CH.OHM & M.BÜRGER: Industrie 4.0 und ihr Kybertariat

N.BOEING: 3D-Druck – Computergesteuerte Produktionsmittel für alle?

W.SCHRÖTER: Roboter – Assistenz der Humanoiden

K.ULUDAĞ: Grenzen der Hirnforschung

A.UMGELTER: Organtransplantation – Das Fleisch der anderen

D.M.SØNDERGAARD: Roboter – unsere ›neuen Anderen‹

TH.S.GRINDSTED: Widersprüche des Algorithmischen Kapitalismus

S.PACKARD: Non fecit: Produzierender Fan und Ware

W.F.HAUG: Menschenbildung in Zeiten des Internets der Dinge

\*\*\*

L.SÈVE: Marxist sein

U.HIRSCHFELD: Alltagsverstand bei Gramsci

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de  
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin  
Tel: 030-611-3983 · Fax: -4270

[www.inkrit.org/argument](http://www.inkrit.org/argument)

Redaktion DAS ARGUMENT · I. Schwerdtner  
Aug.-Hechr-Str. 33 · 63067 Offenbach  
Tel: 069-27244151 · [argument@inkrit.org](mailto:argument@inkrit.org)



## AG Kritische Bildungsarbeit junge GEW Berlin

### Die kritische Schreibwerkstatt

Dem Aufruf der Widersprüche Redaktion folgend wollen wir die AG Kritische Bildungsarbeit kurz vorstellen und zu einer kritischen Schreibwerkstatt einladen.

#### Wer wir sind

Die AG Kritische Bildungsarbeit entstand 2012 auf einer Tagung der jüngeren Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Berlin. Wir sind Student\_innen, Lehrer\_innen, Referendar\_innen Sozialarbeiter\_innen, Wissenschaftler\_innen und andere Interessierte, deren Tätigkeiten im Bildungsbereich liegen.

#### Was wir wollen

Die AG Kritische Bildungsarbeit möchte innerhalb der Gewerkschaft Impulse geben für linke Konzepte von Lernen und Bildung, einschließlich neuer Perspektiven zu Methoden und praktischer Umsetzung. Dazu beschäftigen wir uns inhaltlich mit der Kritik von Bildungs- und Lernkonzepten, sowie Schul- und Hochschulkritik. Es geht uns darum, die Zusammenhänge von institutionalisierter Bildung und kapitalistischer Vergesellschaftung herauszuarbeiten. Dabei diskutieren wir, inwiefern kritische Theorien von Gesellschaft und Bildung anknüpfbar sind an unsere pädagogische Praxis, beziehungsweise welche Bedeutung sie in diesen Zusammenhängen haben (können). Bisher haben wir uns vor allem mit Überlegungen des Kommunisten und Philosophen Antonio Gramsci, der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule und der Lerntheorie Klaus Holzkamps (Kritische Psychologie) auseinandergesetzt. Auch feministische und rassistuskritische Perspektiven sind uns wichtig.

## Was wir machen

Nachdem wir vor zwei Jahren zu einer Veranstaltungs- und Diskussionsreihe unter dem Titel: „Alle pädagogischen Verhältnisse sind politische Verhältnisse“ eingeladen, und im letzten Jahr den Lesekreis „Befreiung Lernen?! Perspektiven kritische Bildung“ veranstaltet haben, wollen wir in diesem Jahr zu einer kritischen (Lese- und) Schreibwerkstatt aufrufen. Hier wollen wir die Ergebnisse unserer bisherigen Überlegungen und Diskussionen in Textform ausarbeiten sowie die eigenen und fremden Texte zur Bildungskritik/kritischen Bildung vorstellen und besprechen und gemeinsam Möglichkeiten der Veröffentlichung diskutieren.

## Wie ihr uns erreichen könnt

Wir sind als AG Kritische Bildungsarbeit Teil der jGEW Berlin, die sich zur Zeit einmal im Monat trifft. Unsere Veranstaltungen sind aber immer auch offen für Nicht-Mitglieder.

*AG Kritische Bildungsarbeit*

*Blog: [bildungsarbeiterin.blogspot.de](http://bildungsarbeiterin.blogspot.de)*

*E-Mail: [kritischebildungsarbeit@gmx.de](mailto:kritischebildungsarbeit@gmx.de)*

# Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Gesellschaft als „Diskurs der Wünsche“ meint das Verfertigen  
des Sozialen im Prozess des sozialen Diskurses,  
nicht Unterwerfung unter vorgefertigte Normierungen.

*Niko Diemer (1952 – 1992)*

## Wir über uns

1981/82 gründeten Mitglieder der Arbeitsfelder Gesundheit, Sozialarbeit und Schule des Sozialistischen Büros die Zeitschrift Widersprüche. In dieser Zeit des grünen Aufbruchs und der radikalisierten konservativen Wende versuchten wir eine erste Standortbestimmung als Redaktionskollektiv: „Verteidigen, kritisieren, überwinden zugleich“. Unter dieser Programmatik wollten wir als Opposition dazu beitragen, die materiellen Errungenschaften des Bildungs- und Sozialbereichs zu verteidigen, dessen hegemoniale Funktion zu kritisieren und Konzepte zu ihrer Überwindung zu konkretisieren. Zur Überzeugung gelangt, dass eine alternative Sozialpolitik weder politisch noch theoretisch ausreichend für eine sozialistische Perspektive im Bildungs- und Sozialbereich ist, formulierten wir unseren ersten Versuch einer Alternative zur Sozialpolitik als Überlegungen zu einer „Politik des Sozialen“. An der Präzisierung dieses Begriffes, an seiner theoretischen und politischen Vertiefung arbeiteten wir, als die Frage nach der „Zukunft des Sozialismus nach dem Verschwinden des realen“ 1989 auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das Kenntlichmachen der „sozialen Marktwirtschaft“ als modernisiertem Kapitalismus im Westen und Kapitalismus „pur“ im Osten erleichtert uns zwar die Analyse, gibt aber immer noch keine Antwort auf die Frage nach den Subjekten und Akteuren einer Politik des Sozialen, nach Kooperationen und Assoziationen, in denen „die Bedingung der Freiheit des einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist“ (Kommunistisches Manifest).

Wer in diesem Diskurs der Redaktion mitstreiten will, ist herzlich eingeladen.